D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main
Nr. 211, Oktober 1987
DM 5,—, 19. Jahrgang

Foto: Volker Diehl

links-thema sowjetunion

Detlev Claussen: Über die Fortsetzung eines schmerzlichen Verzichts ● Michal Reiman: Perestrojka und das Jubiläum ● Hansgeorg Conert: Wirtschaftsreform und Demokratisierung ● Dieter Maier: UdSSR und Entwicklungsländer ● Egbert Jahn: „Neues Denken" in der sowjetischen Außenpolitik ● Diethard Behrens: Die Linke und die Sowjetunion

Dan Diner: Heimat oder Babylon? Unpopuläres zum Frankfurter Börneplatzkonflikt ● Micha Brumlik: Entscheidung am Börneplatz

Mohessen Massarat: Neue Eskalationsstufe im Golfkrieg ● Rainer Werning: Krisenherd Südkorea.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

erwähnenswert scheint uns, daß die Neugestaltung auf viel Wohlgefallen, ja Lob getroffen ist. Schließlich wurde die ,,links'' sonst nicht gerade wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes mit Beifall bedacht. Allerdings sind uns in der Hektik der Umstellungen peinlich viele Druckfehler durchgegangen. Nicht nur wollen wir unsere LeserInnen dafür um Entschuldigung bitten, sondern wenigstens zwei Grobheiten berichten, die sich im Beitrag ,,Kultur als bunter Flickenteppich'' von Horst-Dieter Zahn geradezu sinnentstellend auswirkten:

1. Auf S. 32, linke Spalte, zweiter Absatz, muß es richtig natürlich lauten ‚alternativenfreie' Gewohnheiten würden nicht mehr allgemein verbindlich erzeugt. ‚Alternative Gewohnheiten' hatten dieses Privileg bisher noch nicht und werden es hoffentlich auch nie haben.
2. Auf S. 33, rechte Spalte, oberer Absatz, muß es heißen, daß die Neokonservativen ,,wesentliche Kennzeichen der sozialen Not mit dem Etikett ‚gleichverteilungsunfähig' versehen.''

Daß im 70. Jahr nach der Oktoberrevolution die Sowjetunion im Mittelpunkt der ,,links'' steht, wird niemand verwundern. Freilich ist weniger von den Ereignissen des 9. November 1917 als von den gegenwärtigen Veränderungen die Rede, die in aller Munde sind. Die weltweite Popularität, deren sich die sowjetische Politik seit Gorbatschow erfreut, hat nicht nur das ewige Eis des Antikommunismus angeschmolzen, sondern ist längst mit ,,Chic'' und ,,Pfiff'' vermarktet (s. Titelbild).

Mit Motiven des ,,Deutschen Herbstes'' werden auch zehn Jahre nach Schleyer, Mogadishu und Stammheim keine T-Shirts feilgeboten. Fassungslos und ein wenig ungläubig wie damals stehen viele Noch- und Neulinke heute vor der Offenbarung des ,,Spiegel'', daß es nicht etwa halb so schlimm, sondern viel schlimmer war, als sie gedacht hatten. Praktisch in die gleiche Zeit fallen die Wiederentdeckung der bürgerlichen Rechte und die parlamentarischen Debuts bunter und grüner Listen. Mit diesem immerhin möglichen Zusammenhang und den Ereignissen des ,,Deutschen Herbstes'' wird sich die November-Ausgabe der ,,links'' eingehender befassen.

Außerdem setzen zunächst György Dalos, Bianca Pietrow und Hans-Henning Schröder die Sowjetunion-Debatte fort. Thema der nächsten ,,links'' ist die NATO. Es gibt gute Gründe, hinter die Parole ,,Raus aus der NATO'' ein dickes Fragezeichen zu setzen: Dan Diner erläutert sie. Daneben wird es wie immer aktuelle und internationale Themen, Beiträge zur Theoriediskussion u.a. Interessante mehr geben.

Die Redaktion

Foto: Sander/Hess

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Robert Detobel, Allegra de Laurentiis, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Jens Huhn, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Petra Lindloff, Ludi Ludovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretär: G. Krum (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Verlag 2000 GmbH

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 49,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

links-kommentar

Felix Schneider: CDU-Visionen 5

links-aktuell

Dan Diner: Heimat oder Babylon? Unpopuläres zum Frankfurter Börneplatzkonflikt 7

Micha Brumlik: Entscheidung am Börneplatz 9

Thomas Risse-Kappen: Probleme mit der Abrüstung 10

Dan Diner: Gut gemeint! Eine Replik 11

links-thema sowjetunion

Detlev Claussen: Über die Fortsetzung eines schmerzlichen Verzichts 13

Michal Reiman: Perestrojka und das Jubiläum 16

Hansgeorg Conert: Wirtschaftsreform und Demokratisierung 20

Dieter Maier: UdSSR und Entwicklungsländer 22

Egbert Jahn: „Neues Denken" in der sowjetischen Außenpolitik 27

Diethard Behrens: Die Linke und die Sowjetunion 30

links-international

Mohessen Massarat: Neue Eskalationsstufe im Golfkrieg 33

Rainer Werning: Krisenherd Südkorea 36

Hans G. Mittermüller: Philippinen zurück in die Zukunft? 38

Sigrid Thomsen: Nach dem Bergarbeiterstreik in Südafrika 39

Holm-Detlef Köhler: Spaniens Gewerkschaftsbewegung am Scheideweg 41

links-theorie

Silvia Lange: Anthropologie und Gesellschaftstheorie bei Kofler 43

links-lektüre

Heinz Brakemeier: „Ist die Zukunft noch zu retten?" von Ossip K. Flechtheim 44

Leserbriefe 4

cosa nostra 46

Termine 46

„links"-/SB-SekretärIn gesucht

Das Sozialistische Büro sucht zum 1.1.88 oder früher für die Redaktion der „besten linken Monatszeitschrift" und politische Projektarbeit initiative(n) und kooperationsfreudige(n)/fähige(n) „KleinmanagerIn" mit politischem Engagement.

Bedingungen:
Fulltime; 2600 DM brutto/Zulagen/Kindergeld; 30 Tage Urlaub.

Berwerbungen bis zum 15.11.87 an:
Sozialistisches Büro
Bleichstr. 5 - 7, 6050 Offenbach 1, Tel. 88 50 06

Betr. links Nr. 210, Sept. '87

Bitter notwendig

Auch wenn die ..einmal so kulturlose Linke" (links 9/87) zum feinsinnigen Propheten des neuen Zeitgeistes „Kultur" geworden ist und das ..links"-lay-out dessen adäquater Ausdruck, diese Umgestaltung war bitter notwendig!

Rainer Schmitt

Viel besser

Die „links" ist viel besser geworden mit dem sogenannten neuen Erscheinungsbild.

Otto Alder

Warum Glanzpapier?

Vom neuen Layout und der inhaltlichen Verbesserung (der Kulturschwerpunkt ist gut gelungen!) bin ich sehr angetan. Aber muß es denn Glanzpapier sein? Die Zeitschrift Ökotest zeigt, wie man auch auf grauem Papier eine graphisch ansprechende Zeitschrift machen kann!

Hermann Wiefels

Lesenswert

Die neue Gestalt der „links" gefällt mir sehr gut! Abgesehen von der optischen Auflockerung bieten die grau unterlegten Einsprengsel eine gute Möglichkeit, Zitate und ähnliches Hintergrundmaterial einzuschalten. (Aufpassen müßte man nur, daß es nicht zum entlegenen ‚Lückenfüller' wird.) Auch die anderen Elemente der optischen Perestrojka sind ansprechend und sinnvoll. Schön, daß die „links" wesentlich tiefschürfender und erheblicher ist.

Die Artikel dieser Nummer sind alle lesenswert und die beiden Beiträge zum Sartre-Kongreß eine lang erwartende Erkärung für Dinge, die man als Zeitungsleser fern von Frankfurt verwundert zur Kenntnis zu nehmen hatte.
Auch Schreibfehler waren nur ganz wenige zu finden: schmerzlich allerdings das fehlende Häkchen unter dem „c" von „a ira"...
Helmholt freut sich sehr über den Abdruck seines Fotos aus Neuseeland auf Seite 2.

Rico Müller-Schmidt
Helmholt Rademacher

Verbindung

Schon einmal habe ich mich ja für das Freiabo von „links" bedankt. Meine aber, daß es an der Zeit ist, es noch einmal zu tun. Denn mit der „links" kommt ein Stück Wahrheit zu mir. Ihr wißt ja, daß ich im Knast sitze. Und gerade hier ist es wichtig, daß man Verbindung zu seinen Freunden hat.
Die „neue" links gefällt mir sehr gut, wirklich.

Eckhard Schuldt

Verkrampfung

Grundsätzlich finde ich es ja ganz gut, wenn die „links" sich jetzt auch einmal mit Kulturphänomenen auseinandersetzt, aber in allen Beiträgen der letzten „links" (meinen eigenen eingeschlossen), ist eine ungeheure Verkrampfung und Einseitigkeit spürbar. Dies habe ich auch in der beiliegenden Rezension angesprochen. „il manifesto" hat während des ganzen Monats August jeden Tag einen großen Artikel über ausgesuchte Gemälde veröffentlicht, in der „Rinascita" wird selbstverständlich über wichtige Ausstellungen berichtet, aber für deutsche Linke ist der Kunstbetrieb nichts weiter als ein Köder des „technokratischen Konservativismus".
Ich weiß, Ihr denkt anders darüber, aber mir jedenfalls fehlt auch im Konzept der neuen „links" immer noch die Souveränität und Unverkrampftheit gegenüber der Kunst, wie ich sie in italienischen Zeitschriften immer so befreiend zur Kenntnis nehme.

Carl-Wilhelm Macke

Betr. links Nr. 206, Mai 1987

Ignorant — dreist — zynisch

Wie war doch im Editorial der „links" Mai '87 „Die Krise der SPD ist auch ein Problem der Linken" zu lesen: die SPD sei als „interessanter und wichtiger Gegenstand linken Interesses" ernstzunehmen. Das versprach spannend zu werden. Sollte der ignorant-dreist-zynische Stil der „links" in der Auseinandersetzung mit sozialdemokratischer Politik und Programmatik wirklich der Vergangenheit angehören? Zu erinnern sei in diesem Zusammenhang an die inhaltsschwangere Gegenüberstellung von Glotz „Arbeit der Zuspitzung" mit Lafontaines letztem Buch. Bloßgestellt und entlarvt wurden da nicht, wie es wohl die Absicht des Zusammenstellenden war, die sozialdemokratischen Autoren, sondern die arrogante Inkompetenz des „links-Monteurs". Zu erinnern sei auch an den Verriß des Mitteleuropa-Gedankens von Glotz, dem er einen „unschuldigen Reichsgedanken" vorhielt, den dieser nirgends formuliert hatte („Wenn die FAZ richtig berichtete. . ."!) Sorgfältige Recherche — die „links" verfügt doch wohl über ein Telefon, mit dem sich auch Gespräche nach Bonn bewerkstelligen lassen — erwarte ich auch von einer linken Zeitschrift. Die Redaktion hätte gut daran getan, die wüsten Angriffe im ersten Teil des Artikels zu streichen, um den gewichtigen Argumenten im zweiten Teil mehr Geltung zu verschaffen.
Ja, es versprach spannend zu werden. Doch die Enttäuschung folgte auf dem Fuße. Erst Jürgen Häuserls Geschreibsel über die SPD ohne Brandt und dann die sozialdemokratischen Blindstellen in Eurem Europa-Schwerpunkt. Bis heute vermisse ich in der „links" eine fundierte Auseinandersetzung mit Glotz „Manifest für eine europäische Linke", die auch im letzten Heft nicht einmal in Ansätzen geboten wurde.
Wenn es stimmt, was Ihr schreibt, daß die Formulierung alternativer Strategien im nationalstaaatlichen Rahmen nicht möglich ist (nebenbei: weiß das denn wirklich jeder?) und laut Ziebura eine linke Utopie in Richtung Europa nötig sei, wieso beschäftigt Ihr Euch dann nicht mit vorliegenden Konzepten?
Lediglich Elmar Altvater tut das mal am Rande („links" 199), als er Glotz bescheinigt, den Vorzug zu haben, einer der wenigen zu sein, die ihr Anti-Krisen-Projekt auf europäischer Ebene ansiedeln, und an ihm kritisiert, doch nur ein transformistisches Konzept zu entwerfen. Genau das wird Glotz gar nicht bestreiten, hält er doch eine sozialistische Politik mit der Perspektive einer Systemüberwindung in Europa nicht für mehrheitsfähig und orientiert sich deshalb auf das Ziel einer „Sozialen Demokratie". Allein diese These verspräche doch eine interessante Diskussion.
Der „links" stünde es gut an, die realistische Wende des „express" nachzuvollziehen, sich in die aktuellen Diskussionen wirklich einzumischen und nicht in der Pose des 68er links-radikalen Stänkerers zu verharren.
Immer noch in der Hoffnung, daß Euer Editorial in die Redaktionsarbeit Eingang findet,

Roland Krick

Felix Schneider

CDU-Visionen

Gestern noch analysierten wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge die Krise der SPD und — fast ungläubig erstaunt — die Stärke der CDU. Heute schon müssen wir, scheint es, zur Kenntnis nehmen, daß die Situation sich verkehrt hat. Die CDU kriselt und die SPD hat wieder „Tritt gefaßt" (Parteistrategen-Jargon).

Wir stecken wohl etwas zu tief in der Betrachtung der Wahlarithmetik. Immerhin kann man sich auch über den Wähler, dieses unbekannte Wesen, der Wirklichkeit nähern. Schon die Wahlresultate zeigen, wie sehr die beiden großen Volksparteien sich ähneln. Bei beiden bröckelt das Fundament der Stammwählerschaft, beide haben in den Großstädten Mühe. Wichtiger: Beide betreiben, sitzen sie in den Regierungssesseln, im wesentlichen dieselbe Politik: weltmarktorientierte Modernisierung auf der Basis neuer Technologien, Korporatismus (wenn auch ein selektiverer, mit geschwächteren Gewerkschaften), Ost-Entspannungs-Handel, Umbau (nicht Abbau) des Sozialstaates, gezielter Staatsinterventionismus, Flexibilisierung in den Arbeitsverhältnissen und allüberall.

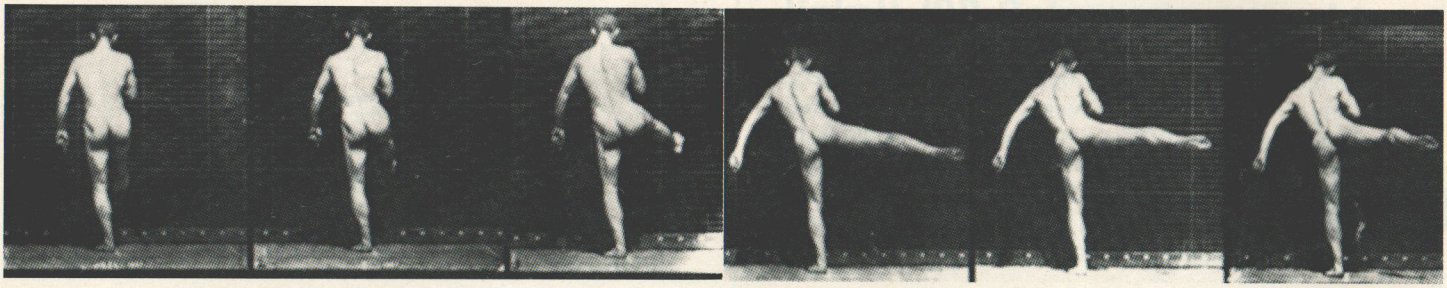
Neu ist allerdings, daß die CDU diese Krisenstrategie als Regierungspartei verantworten muß. Das kostet sie Sympathien (so, wie es die SPD Sympathien kosten würde, wenn sie dran wäre). Bauern springen ab, enthalten sich der Stimme oder wählen SPD, obwohl auch die ihre Lage nicht ändern könnte. Und am rechten Rand franst die Anhängerschaft aus. Das war, wie die Geschichte der NPD zeigt, zu erwarten. Die Stahlhelmer können den Verzicht auf die Pershing-1A nicht schlucken und Ultrarechten kann die Aufwertung der DDR beim Staatsempfang für Honecker nicht schmecken.

In dieser Situation ist ein Prozeß der Ausdifferenzierung der Positionen innerhalb der CDU unausweichlich. Geissler und Blüm, die Modernisierer und der Arbeiterflügel, betreiben ihn bewußt. Der Wirtschaftsrat vertritt „nur" seine Interessen und Strauß kläfft und beißt als Integrationsfigur für die Rechten. Angereichert durch Frauenstimmen (Süßmuth, Geisslers Forderung nach Quotierung) könnte dieses Orchester durchaus, ohne allzu schrille Dissonanzen, zur Fahrt in den modernisierten Kapitalismus aufspielen. Die Partitur liefert zunächst eine Wahlanalyse der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit ihrer „zwei Lager-Theorie". Die „eigentliche Trennlinie zwischen den verschiedenen politischen Grundhaltungen" — heißt es da — verlaufe heute innerhalb des SPD-Wählerpotentials: Ein Teil des SPD-Klientels teile grüne Erwartungen und bilde mit der Basis der Grünen ein Lager, das für die CDU unerreichbar sei — sehr im Unterschied zur Mehrheit der SPD-Wähler: diese bilden nämlich zusammen mit den CDU- und FDP-Wählern das andere Lager, ein Topf, in dem drei Parteien fischen. Für dieses Lager soll das Orchester aufspielen. Will es Gefallen finden, müssen erstmal die Instrumente und Klänge vervielfältigt werden, denn die Zuhörerschaft ist vielfältig und sie wird zunehmend heterogener. Gleichzeitig aber muß der Haufen noch zusammengehalten werden. Da der harte Kern der Wirtschaftspolitik, die gemäßigt ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft,

Aufgespießt

„Was der Begriff im einzelnen soll, habe ich bisher nicht begriffen. Ich habe auch nicht die Absicht, es zu begreifen."
Bundeskanzler Helmut Kohl vor Journalisten in Bonn über die von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler verfochtene „Lagertheorie", die CDU/CSU/FDP als den einen und SPD/Grüne als den anderen politischen Block sieht.

(aus: Frankfurter Rundschau)



feststeht, bleiben zur Herstellung eines — durchaus labilen — Gleichgewichts von Einheit und Vielfalt vor allem zwei Möglichkeiten, die in der Regel kombiniert werden: Das Lancieren und Diskutieren von ,,Werten'', die möglichst breit konsensfähig und hinreichend unverbindlich oder vielfältig interpretierbar sein müssen, und das eher symbolische gesellschaftspolitische Handeln in marginaleren Bereichen.

Feuer und Wasser

Honecker stellte in seiner Bonner Tischrede fest, ,,daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser.''
Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, antwortete ihm einen Tag später, als die Wirtschaftskapitäne aus Ost und West in bester Stimmung zusammensaßen: Wenn man in so freimütiger Aussprache zusammensitzen könne, dann könne man auch mit diesem Gegensatz leben. Keiner sei naß geworden oder angebrannt worden.
Honecker sah daraufhin eine Berührung von Feuer und Wasser, denn die Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern seien Teil der gesamten dynamischen Wirtschaftsentwicklung in der DDR.
Da sage einer noch, der Sozialismus habe keine visionäre Kraft mehr. FS

Vor allem symbolisch handelt etwa die hessische CDU, wenn sie die leicht sozial-liberalisierten Ausländererlasse abschafft oder die Förderstufe behindert. Bei grundsätzlicher Bejahung der Kern- und Plutoniumwirtschaft kann man auch mal eine Brennelementefabrik vorübergehend schließen (man stelle sich den Wirbel vor, wenn ein grüner Minister dasselbe getan hätte. . .)
An weltanschaulichen Wertediskussionen und folgenlosen Zieldebatten hat's in der Partei nie gefehlt: Sie sind Beschäftigungstherapie, Mobilisierungsmotor und dienen der Herstellung einer W[illens]tegemeinschaft, die vom Eingriff in reale Politik möglichst stark abgekoppelt sien, ihr aber doch die Legitimation verschaffen soll. Glotz, der die SPD organisatorisch dahin bringen wollte, wo die CDU schon war, nannte das: die Partei als Kommunikationszusammenhang. Geissler formuliert deutlicher: ,,Nicht die Taten bewegen die Menschen, sondern die Worte über sie.''
In der Tradition dieser Wertedebatten gibt es heute neue ideologische Leitmotive. Zumindest ist ihre massivere Propagierung oder Präsenz neu: die Gleichberechtigung der Frauen, die Menschenrechte und der Nationalismus. Die Kombination der Menschenrechtsproblematik mit dem Nationalismus könnte für die CDU eine historische Chance werden. Geissler bekennt sich zu den Menschenrechten explizit nicht in erster Linie in bezug auf den Osten oder die kommunistische Einflußsphäre, er will die Menschenrechte gerade in den Staaten einfordern, die zum ,,Westen'' gehören, oder bei Diktatoren anmahnen, die sich auf das Christentum berufen. Das sind genau die Töne, die das der CDU zugängliche Lager hören will. Schon Blüms Chile-Aktion hat Zustimmung geerntet bis weit ins grüne Spektrum hinein. Gleichzeitig ist sie Teil einer internationalen politischen Strategie, die in Chile, exemplarisch für Lateinamerika, die Christdemokraten als ge[mäßigt] demokratische Alternative zum Militärregime stützen will.
Der Nationalismus braucht von der Parteizentrale derzeit nicht gepuscht zu werden. Er kommt der CDU zugute. Sie reitet mit Selbstverständlichkeit auf der nationalen Welle. Die Modernisierer innerhalb der CDU, Geissler allen voran, wenden sich sogar gegen die dumpfen Formen des Nationalismus, sie halten die Ausländer- und Asylantenhatz für ,,falsche Themen''. Aber die CDU hat die nationalen Gefühle meisterhaft dazu verwendet, den Honeckerbesuch abzufedern und für ihr rechtes Klientel akzeptabler zu machen. Sosehr im Zeremoniell die faktische Anerkennung der DDR als Staat angelegt war, sosehr sorgte die gesamtdeutsche nationale Tunke für ein erhebendes Wir-Gefühl. Für den alten, strammen Antikommunismus war da kein Platz mehr. Schließlich veschafft auch Strauß bei Bedarf der DDR Kredite. In dem Maße, wie die beiden Großmächte USA und UdSSR ihre Präsenz in Europa mildern, zeichnet sich eine zukunftsträchtige Vision ab: Die CDU an der Spitze Deutschlands, d.h. der BRD, mit einem Juniorpartner DDR: auf dem Weltmarkt ökonomisch konkurrenzfähig mit den USA und mit Japan; in Lateinamerika, ja in der ganzen ,,Dritten'' Welt, politisch konkurrenzfähig dank ihrem Eintreten für Menschenrechte und parlamentarische Demokratie; als führende europäische Macht mit dem Standbein im Westen und dem Spielbein im Osten eine wirkliche Kraft in der Welt. Ob diese Verantwortungsgemeinschaft uns dem Frieden näher bringt?

Dan Diner

Heimat oder Babylon?

Unpopuläres zum Frankfurter Börneplatzkonflikt

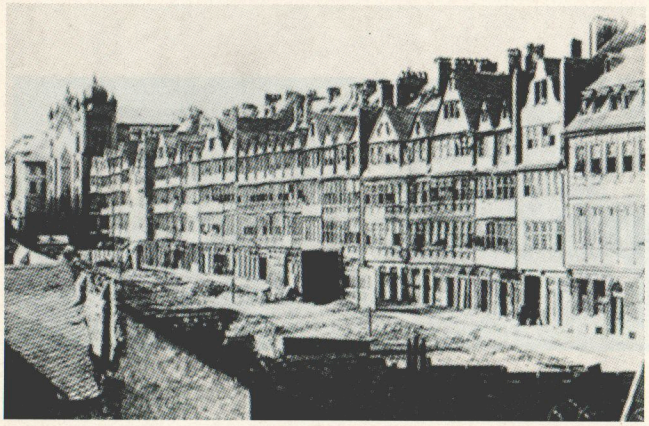
Bei den Bauarbeiten für ein neues ,,Kundenzentrum'' der Stadtwerke wurden am Frankfurter Börneplatz Mauerreste des jüdischen Ghettos in Frankfurt freigelegt. Als bekannt wurde, daß lediglich Teile überhaupt erhalten und in der Eingangshalle eingeglast und ,,musealisiert'' werden sollen, besetzte ein ,,Aktionsbündnis'' von Grünen, Sozialdemokraten, Mitgliedern jüdischer und christlicher Organisationen den Börneplatz, um ein ,,Denkmal jüdischen Lebens in Frankfurt zu retten''. Aber der Börneplatzkonflikt ist mehr als ein lokaler Konflikt. Es ging und muß vor allem um das Gegenwärtige von Geschichte, d.h. den ,,Umgang'' mit ihr, gehen, und in Deutschland zumal!

Die Besetzung des Börneplatzes wurde bereits nach fünf Tagen durch zwei Polizeihundertschaften beendet, aber die öffentliche Auseinandersetzung dauert an. Das ist gut und wichtig: Nicht nur, daß anhand der aus Vergessenheit aufgetauchten Ruine der historischen ,,Judengasse'' sich die Öffentlichkeit auf's Neue der Erinnerung zu stellen hat. Gut und wichtig ist dieser Konflikt auch aus politischen Gründen: Endlich haben die über Jahre verquerten Fronten ihre geradezu natürliche Lage wiedergefunden.

Jüdische Erinnerung bzw. Erinnerung an die Juden und das jüdische Schicksal stellt sich gegen jene, die sich die Rekonstruktion eines positiven Deutschtums früher verschämt, heute in aller Offenheit keck auf das politische Banner geheftet haben: Die Christdemokraten. Die deutsche Geschichte sei nicht durch das Prisma der Jahre 1933 - 45 zu bewerten, sie habe positive Anteile, mit denen man sich ohne Scheu und Scham identifizieren könne. So mit dem Mittelalter (deutsche Geschichte?) und vor allem mit dem Judenghetto, das plötzlich zu einem Ausdruck erhabener Toleranz und christlicher Nächstenliebe verkehrt wird. Keine Frage: Der Frankfurter Oberbürgermeister Brück und der hessische Ministerpräsident Wallmann meinen heute, den Preis für ihre versöhnlerische Zudringlichkeit der vergangenen Jahre von der jüdischen Gemeinschaft einklagen zu können. Der jüdischen Forderungen sei's nunmehr genug. Auch der verhaltene jüdische Hinweis auf die Bedeutung der Steine auf dem Börneplatz und ihre museal ungeschminkte Erhaltung heute auf's Neue — und diese Andeutung ist die eigentliche christdemokratische Unverschämtheit — auf jüdische Maßlosigkeit hin. Die Drohung mit einem zivilrechtlichen ,,pacta sunt servanda'' macht die Richtung des christdemokratischen Arguments deutlich: Hier wird mit einem antisemitischen Ressentiment jüdischer Vertragsbrüchigkeit gedroht.

Wenn die Bedeutung des Börneplatzes sowie die Erhaltung der Judengasse-Ruine gewürdigt und die Anmaßungen ,,vertragstreuer'' und sich rechtsstaatlich gerierender Christdemokraten zurückgewiesen wird, bedeutet dies nicht unbedingt, zur unkritischen Identifizierung mit den Argumenten jener aufzurufen, die sich zur Erhaltung der Ruine zusammengefunden haben. Was mich an der gänzlichen Identifikationswürdigkeit mit diesem Kampf zweifeln läßt, sind die Motive — oder besser: die Kontextuierung dieser oder auch anderer Aneignungsformen — von Erinnerung in Deutschland. Mein Unbehagen ist schnell begründet: Wer von Auschwitz ausgeht, wer die Massenvernichtung zum Kern seines Geschichtsverständnisses erhebt und dabei der Auffassung ist, jenes Ereignis sei auch und vor allem für die Nachgeborenen zum zentralen Moment ihres Selbstverständnisses geworden — ob sie es sich eingestehen oder nicht — wird dem Durchstich zur Geschichte vor Auschwitz als identifikationswürdiger Zeit (auch wenn sie als seine Vorgeschichte ausgegeben wird), als einer möglichen Deckerinnerung mißtrauen; einer Deckerinnerung, die sich auch und gerade der Diskriminierung und Verfolgung in Geschichte und Gegenwart stellt — aber dies, um sich Auschwitz nicht aussetzen zu müssen.

Alfred Grosser, flugs aus Paris eingereist, hat eine solche Interpretation nahegelegt: Neben der Verallgemeinerung und Entzeitlichung von Diskriminierung und Unterdrückung, für die das Judenghetto symbolisch sein soll, eine Art Klagemauer für Unterdrückung überhaupt, wurden von ihm — einem Franzosen frankfurter und jüdischer Herkunft — auch die positiven Anteile deutsch-jüdischer Geschichte eingefordert, so, als sei nichts bzw. Auschwitz nicht geschehen. Die Beschäftigung, ja, die Identifikation mit jüdischer Geschichte, mit jüdischen Opfern kann sich heute, in der Ära der Wiederkehr des Nationalen in Deutschland als so etwas wie ein trojanisches Pferd der Rekonstruktion positiven deutschen Selbstbewußtseins entpuppen. Jüdische Geschichte vor Auschwitz war immer auch und vor allem deutsche Geschichte. Aus dem ,,Schatten Hitlers treten'', sich der ,,ganzen'' deutschen Geschichte anzunehmen, kann auch in der unbewußten Maskerade der Identifikation mit Objekten deutsch-jüdischer Geschichte auftreten. Die Geschichte wird jedenfalls nach hinten, in die Zeit vor dem Nationalsozialismus aufgestoßen. Sie gibt identifikationsfähige Flächen frei, die letztendlich von Auschwitz wegführen, um eine nationale, identifikationsbildende Zukunft vorzubereiten. Verhält sich endlich das Bemühen um die deutsch-jüdische Geschichte vor dem Nationalsozialismus zur Rekonstitution deutschen Nationalbewußtseins wie das Para-



Die östliche Häuserzeile der Frankfurter ,,Judengasse'' 1872 kurz vor dem Abriß

dox des Rucksack- zum Massentourismus?

Dies ist keineswegs als Vorwurf an die Besetzer und an jene zu verstehen, die sich die Erhaltung der Ruine zum Ziel gesetzt und dafür manches in Kauf genommen haben. Was damit jedoch angezeigt wird, ist der Resonanzboden in Deutschland, auf dem sich das Beabsichtigte flugs in sein Gegenteil zu verwandeln vermag. Allein die Offenbarung, am 9. November 1988 solle das Jüdische Museum feierlich und in weitere städtische Feierlichkeiten eingebunden seiner Bestimmung übergeben werden, in Anwesenheit des Bundespräsidenten und anderer, läßt erschaudern: Am 9. November die Eröffnung eines Jüdischen Museums? Eine solch makabere Szenerie, ein solch bewußtloser, nach den jüngsten Ereignissen muß man schon sagen: schamloser (Brück) Umgang mit geschichtlicher Symbolik wird international schon jenen Skandal hervorrufen, der einem solchen Ansinnen gebührt. Es ist eben alles nur gut gemeint.

Und weiter: Hat die Ghetto-Ruine am Börneplatz für Deutsche wie für Juden die gleiche Bedeutung? Sind, können die Motive identisch sein, die Juden und Deutsche an diesen historischen Ort ziehen? Auch dies ist zu bezweifeln. Für Juden sind Ghettos Orte, die man besser hinter sich läßt. Vor allem für Juden, die aus Osteuropa kommen — und von daher stammt die überwiegende Mehrheit der in Frankfurt lebenden Juden — sind mit dem Wort ,,Ghetto'' entsetzliche und vor allem sehr nahe Erinnerungen verbunden. Für deutsche Juden führte der Weg aus der Judengasse, aus dem Ghetto in die bürgerliche Emanzipation; für die Juden Osteuropas hingegen schnurstracks nach Auschwitz. Dies bleibt auch dann richtig, wenn Leute wie Wallmann, als dilettierende Historiker, sich diese Tatsache politisch gefügig machen mit dem Argument, der christliche Antisemitisrnus habe nicht direkt nach Auschwitz geführt.

Es scheint, als können in Deutschland nicht einmal Erkenntnisse der historischen Forschung ohne Gefahr ihres un-verschämten Mißbrauchs erarbeitet werden. Tatsächlich läßt sich keine direkte Linie vom christlichen Antijudaismus nach Auschwitz ziehen. Es bedurfte noch ein erhebliches Mehr, um das möglich zu machen, was dann in so schreckicher Weise wirklich geworden ist. Ohne biologistische Weltanschauungen, ohne ,,wissenschaftliche'' Rassenlehre und den Nebel eines unkalkulierbaren Systems ist Auschwitz nicht vorstellbar. Auch ist es in Ländern, in denen der christliche Antijudaismus, ja, auch der moderne Antisemitismus historisch wirksamer war als in Deutschland — in Rußland und Frankreich etwa — nicht zu Auschwitz gekommen. Dies ist zweifellos ein bedeutender Befund. Daß Wallmann und Brück sich angesichts dieser Tatsachen kokett zum christlichen Antijudaismus insofern bekennen können, als der nicht direkt nach Auschwitz geführt hat, sondern Auschwitz ,,nur'' als ein Aspekt unter vielen bedingte, ist schon ein starkes Stück.

Wie weit will man die Erweiterung identifikationsfähiger deutscher Geschichte noch treiben? Wallmann und Brück können von Glück reden, daß es in ihrem schönen Mittelalter noch keine Züge gab. Daß sie dabei noch eins der Aufklärung überbraten und dabei implizierter Demokratie und Massengesellschaft die Verantwortung am Nationalsozialismus zusprechen, ist zwar nichts Neues — aber wieder modern. Es paßt, wenn der traditionelle Antijudaismus seiner Vorläuferfunktion entledigt und dabei das voraufklärerische Ghetto zur jüdischen Idylle verklärt wird. Im Mittelalter wußte eben ein jeder um seinen gesellschaftlichen Platz. Dies scheint die neue konservative Sozialutopie zu sein.

Auf dem Hintergrund zunehmender Renationalisierung ist es weiterhin problematisch, wenn heute in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik lebende Juden die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Ghetto-Ruine zum Anlaß nehmen, das deutsche Judentum wieder auferstehen zu lassen. Sie müssen sich vor allem von den aus Osteuropa stammenden Juden sagen lassen, daß dieser Durchstich zur deutsch-jüdischen Vergangenheit mittels des Ortes Börneplatz sie an eine Geschichtstradition anbindet, die vom Zentralereignis ihres Selbstverständnisses, von Auschwitz abführen muß. Allein schon durch den Versuch der Rekonstruktion des deutschen Judentums und womöglich noch des Rückgriffs auf die sogenannte deutsch-jüdische Symbiose reißen sie das durch Auschwitz und nicht durch den Antisemitismus trennend gewordene nieder, was sich im unterscheidenden Begriffspaar ,,Juden'' und ,,Deutsche'' seit 1945 symbolisiert. Und indem sie sich der deutsch-jüdischen Vergangenheit vor Auschwitz identitätsbildend zuwenden und daraus ein ebensolches zukünftiges Selbstverständnis zu erwirken trachten, werden sie durch die Beendigung ihrer Existenz als heimatlose Inländer — ob sie es wollen oder nicht — zur weiteren Nationalisierung des deutschen, von Auschwitz auf Distanz gehenden Selbstverständnisses mit beitragen. Gegenteilige Versicherungen wären angesichts des Sogs der Aktualität und der Bewußtseinsfalle ,,Auschwitz'' allenfalls gutgemeint.

Daß die Herren Brück und Wallmann eine solche Chance, die auch in der historischen Wiederaneignung der Börneplatz-Ruine steckt, nicht wahrgenommen haben und worauf Alfred Grosser allerlei Mühe vergeudet hat, weist sie eher als dumm denn als konservativ aus. Der Herr Bundespräsident, der sich allerdings mit Samthandschuhen dem Projekt der Wiederaneignung nationaler Geschichte verschrieben hat, wird solche provinziellen Störmanöver gar nicht freundlich bedenken.

Frankfurter Jüdische Nachrichten
Rosch Haschanah-Ausgabe
September 1987

Entscheidung am Börneplatz

von Professor Micha Brumlik

Die wochenlangen Auseinandersetzungen über die Erhaltung und Gestaltung von Überresten des ehemaligen Judengettos am Börneplatz haben nicht nur die politische Öffentlichkeit der Stadt Frankfurt entzweit, sondern zugleich tiefe Risse im Innern der Jüdischen Gemeinschaft offen gelegt.

Tatsächlich geht es nicht um Herkunft, sondern um Zukunft, nämlich um die Frage, ob und wie Juden in der Stadt Frankfurt, die nun einmal in (der Bundesrepublik) Deutschland liegt, auf Dauer werden leben wollen und sollen.

Da aber keine Form der Zukunftsgestaltung ohne irgendeinen Bezug auf die nähere oder ferne Vergangenheit auch nur denkbar ist - es sei denn um den Preis der Blindheit, melancholischen Dahindämmern oder begriffslosem Genuß der Gegenwart, kann es bei der Auseinandersetzung um von Börneplatz nur um die Alternative zweier Geschichts- und das heißt Vergangenheitsinterpretation gehen.

An der innerjüdischen Auseinandersetzung um den Börneplatz offenbart sich ein vermeintliches existentielles Dilemma, das allen Juden nach der Shoah auferlegt ist, in einer schmerzlichen Klarheit, wie sie nur vor dem Hintergrund des tiefsten aller Exile, des nachnationalsozialistischen Deutschlands möglich ist:

Sollen wir Juden angesichts des wissenschaftlich zwar erklärbaren, aber moralisch unfaßbaren Grauens der Shoah in Treue zu den Ermordeten Auschwitz zum ausschließlichen Mittelpunkt unseres Selbstverständnisses machen - womöglich um den Preis einer melancholischen Fixierung an die jüngste Vergangenheit oder dürfen wir uns der der Tiefe und Fülle der ganzen jüdischen Geschichte zuwenden - und würde dies einen Verrat an den Erschlagenen und Vergasten bedeuten?

Wenn wir einmal von der ohnehin nur individuell zu beantwortenden Frage nach der lebensgeschichtlichen Bedeutsamkeit der Shoah absehen, schieben sich unüberhörbar zwei Fragen ins Zentrum der Debatte: Stellt sich das oben gestellte Dilemma zwischen Treue zu den Ermordeten hier und Wahrnehmung der ganzen jüdischen Geschichte tatsächlich in dieser Schärfe? Kann Auschwitz tatsächlich mehr werden als der Kern unseres zeitgenössischen Selbstverständnis, nämlich zentraler Bezugspunkt jüdischer Identität in aller Zukunft? Unzweifelhaft ist, daß die welthistorische Erfahrung der Vernichtungslager unsere Aufmerksamkeit unverrückbar auf jene Strukturen der christlich-abendländischen Welt und der autoritäten politischen Kultur Deutschlands und der industriellen Moderne gelenkt haben, die die Shoa schließlich ermöglicht haben. Unzweifelhaft ist ebenso, daß Geschichtsschreibung und Geschichtsbetrachtung nach Auschwitz nur vor dem Hintergrund einer erinnernden Solidarität mit den Opfern der Shoah möglich ist und daß alle Geschichtsrekonstruktion sich an diesem Kriterium wird messen lassen müssen.

Insofern muß »Auschwitz« zum Kern unseres **zeitgenössischen** Selbstverständnisses werden. Aber auch dann gilt, daß die erinnernde Solidarität sich allen ungerecht leidenden Opfern zuwenden muß - jüdischen so gut wie nicht-jüdischen Opfern. Und ebenso gilt, daß auch die Massenvernichtung - wie jedes andere historische Phänomen - ohne ihre Vorgeschichte weder verstanden noch erklärt werden kann. Sich dieser Vorgeschichte von jahrtausendaltem Antijudaismus und Antisemitismus zuzuwenden, heißt also gerade nicht, den Blick von der Shoah abzukehren, sondern ein vertieftes Verständnis für ihre Ursachen zu gewinnen.

Anders stellt sich die Frage freilich, wenn es nicht mehr nur um das **allgemeine zeitgenössische Selbstverständnis**, sondern um unser heutiges **jüdisches Selbstverständnis** geht, wobei das Problem nach beider Verhältnis mindestens so alt ist wie das Judentum selbst.

In gewiß unerträglicher Verkürzung geht es bei unserem jüdischen Selbstverständnis nun doch um eine Alternative:

Sinai oder Auschwitz-gegründete, modifizierte, interpretierte, gebrochene und dennoch immer wieder fortgeschriebene Tradition (zu der dann eben **auch** Mendelssohn, Börne, Heine, Samson Rafael Hirsch und Franz Rosenzweig gehören) oder Abbruch, Erstarrung und Schock, vielleicht auch das unbeirrte, wenig hoffnungsfrohe Streben nach Aufklärung über die Ursachen jenes größten Verbrechens, das Menschen jemals Menschen zugefügt haben?

Wenn es eine Tradition im Judentum gibt, dann die des Weiterlebens nach Katastrophen - Katastrophen, die von den jeweiligen Überlebenden subjektiv als kaum weniger einschneidend empfunden worden sein dürften als von uns heute die Shoah.

Der jüdische Einsatz für den Erhalt der Börneplatzfundamente sollte der Erinnerung an jüdisches Leben und Leiden in Deutschland in der Zeit vom späten Mittelalter bis zur Aufklärung dienen - keiner blinden und nostalgischen Identifikation mit jenen Epochen, zu denen ein Zurück ohnehin unmöglich ist.

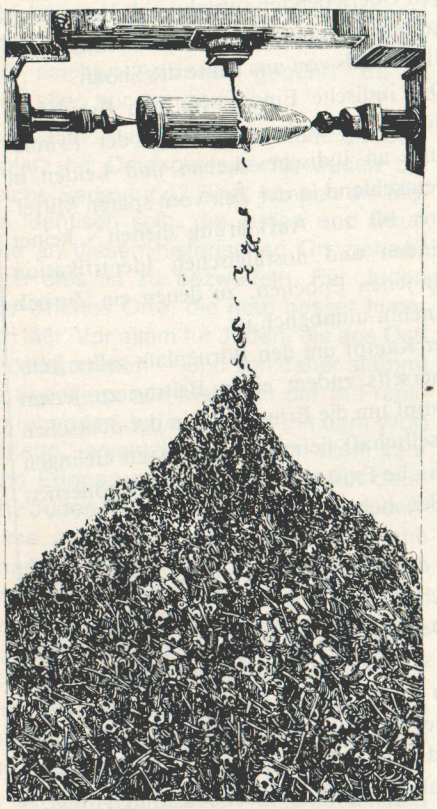
Der Kampf um den Börneplatz sollte jüdischerseits zudem einen Beitrag zu jenem Kampf um die Erinnerung in der deutschen Gesellschaft liefern, ohne dessen Gelingen jüdische Existenz hierzulande auf tönernen Füßen stehen dürfte.

Da der Verfasser dieses Artikels, wenngleich skeptisch, auf eine jüdische Zukunft in Deutschland auch nach Auschwitz setzt und sich darin mit all jenen einig sieht, die noch vor kurzem die Eröffnung eines neuen Gemeindezentrums, das ja in keinem Niemandsland steht, mit großer Freude gefeiert haben, glaubte er, alte Scheidungen zwischen Juden und Deutschen einreißen und neue Scheidungen zwischen Juden und Juden riskieren zu sollen.

Thomas Risse-Kappen

Probleme mit der Abrüstung

Nachdem Bundeskanzler Kohl auf die Modernisierung der 72 Pershing I A-Raketen verzichtet hat — ob in Ausübung seiner Richtlinienkompetenz, auf sanften amerikanischen Druck hin oder mit festem Blick auf die schleswig-holsteinischen Landtagswahlen, sei hier dahingestellt —, ist das letzte größere Hindernis in Richtung weltweiter doppelter Null-Lösung aus dem Weg geräumt. Dieses Abkommen wird der erste wirkliche atomare Abrüstungsvertrag zwischen Ost und West sein.



Er wird insgesamt mehr als 1100 Raketen mit mehr als 2000 Sprengköpfen beseitigen. Die doppelte Null-Lösung bezieht sich nicht auf ohnehin veraltete Waffensysteme, sondern erstmals in der Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrolle müssen neuartige Raketen verschrottet werden. Die Pershing II ist neben der MX-Rakete die modernste Nuklearwaffe in den amerikanischen Arsenalen; ähnliches gilt für die SS 20 oder die SS 23 auf der sowjetischen Seite. Demgegenüber wirkt der Jubel über diesen Abrüstungserfolg auf seiten der SPD, der Grünen und der Friedensbewegungen sehr verhalten. Schlimmer noch, diejenigen, die Anfang der achtziger Jahre zu hunderttausenden auf die Straßen gegangen waren, um die drohende ,,Nachrüstung'' zu verhindern, waren jetzt nicht präsent, als die Raketen tatsächlich abgeschafft werden sollten und sich die bekannten Widerstände regten. Die atomare Gespenster-Debatte in Bonn — erst über Doppel-Null, dann über die Pershing I A — wurde sich selbst überlassen, die Friedensbewegung blieb fast unbeteiligter Zuschauer. Die Bundesregierung schließlich zur Abrüstung getragen zu haben, dieses Verdienst kommt Genscher, der FPD und nicht zuletzt Ronald Reagan zu.

Die Probleme von SPD und Friedensbewegung mit der atomaren Abrüstung in Europa werden verständlich (wenn auch nicht entschuldbar) vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Geschichte in bezug auf die Mittelstreckenwaffen. Zunächst ist es kein Wunder, daß viele Sozialdemokraten frustriert sind. Da kann Helmut Kohl den Erfolg einer Politik einheimsen, die die SPD zunächst als Ost- und Entspannungspolitik gegen den erbitterten Widerstand der Partei des jetzigen Kanzlers durchsetzen mußte. Auch der Rüstungskontrollteil des NATO-Doppelbeschlusses 1979 und der westliche Null-Lösungsvorschlag 1981 wären ohne den Druck der Genossen nicht zustande gekommen.

Die verhaltene Reaktion der SPD auf die doppelte Null-Lösung — ein Aktionsaufruf des Partei-Vorstandes erreichte die Ortsvereine erst, als in Bonn bereits alles entschieden war — hängt neben dieser Verärgerung aber noch mehr damit zusammen, daß die ,,Nachrüstung'' innerparteilich zu einer der erbittertsten Auseinandersetzungen in der jüngsten SPD-Geschichte geführt hatte. Nur mittels Rücktrittsdrohungen gelang es Helmut Schmidt 1979 bis 1982, die Partei zur zähneknirschenden Tolerierung des Doppelbeschlusses zu bewegen. Nach dem Regierungswechsel war man dann erleichtert, nun endlich mit der Sicherheitspolitik der Schmidt-Ära aufräumen zu können. Die Ablehnung der Stationierung durch die SPD auf ihrem Kölner Parteitag 1983 sollte den Schlußpunkt unter diese Kontroverse setzen. Mit der Gorbatschow-Wende und der dadurch möglich gewordenen weltweiten Null-Lösung wird die Partei von ihrer Vergangenheit wieder eingeholt. Das Problem der SPD besteht nicht so sehr darin, Helmut Kohl, sondern im nachhinein Helmut Schmidt rechtgeben zu sollen — mindestens aber seine Position neu zu würdigen. Anders ausgedrückt: Ausgerechnet Gorbatschow hat der SPD die Möglichkeit endgültig vermasselt, sich aus ihrer sicherheitspolitischen Geschichte vor dem Regierungswechsel zu stehlen und so zu tun, als könne man die Schmidt-Ära unter dem Kapitel ,,Sündenfall'' ablegen.

Für die Friedensbewegten bedeutet die doppelte Null-Lösung ein doppeltes Dilemma. Ob man die Verschrottung der Pershing- und SS 20-Raketen nun als Abrüstungsdurchbruch oder als Marginalie vor dem Hintergrund anderweitig ablaufender Aufrüstung charakterisiert: In beiden Fällen befindet man sich im Widerspruch zu früheren Positionen. Wer Doppel-Null als großartigen Abrüstungserfolg feiert — und das zu Recht — muß nicht nur die Frage beantworten, warum die UdSSR plötzlich bereit ist, alle SS 20-Raketen gegen die Pershing II und Marschflugkörper aufzurechnen — beides hatte ja nach übereinstimmender Analyse der Friedensbewegungen nichts miteinander zu tun. Viel wichtiger noch, wer so argumentiert, muß auch sein Verhältnis zur USA und zu Roland Reagan gründlich überprüfen. Denn immerhin stimmten ja

Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Alfred Mechtersheimer und Petra Kelly bei allen sonstigen Kontroversen dahingehend überein, daß die Pershing II unverzichtbarer Bestandteil einer amerikanischen Erstschlags- und Enthauptungsstrategie gegen die Sowjetunion sei. Heute nun ist der seit Jahrzehnten konservativste US-Präsident bereit, auf diese Waffe zu verzichten, während die Gegner der doppelten Null-Lösung in Westeuropa sitzen. Dabei hatten zumindest Teile der Friedensbewegung den westeuropäischen Staaten als ,,Schlachtfeld der Supermächte'' eine Art Generalabsolution in Sachen Rüstungswettlauf erteilt (der schlimmste Vorwurf lautete bekanntlich, Lakai der USA zu sein). Mehr noch, Ronald Reagan ist sogar bereit, um eines Rüstungskontrollerfolges mit der Sowjetunion willen seine treuesten ideologischen Gesinnungsgenossen in London, Paris und Bonn zutiefst zu frustrieren und am Wert des westlichen Bündnisses zweifeln zu lassen.

Wer auf der anderen Seite argumentiert, die Verschrottung der landgestützten Mittelstreckenwaffen sei eine Maßnahme zur Beruhigung der Öffentlichkeit und verschleiere die Tatsache, daß die Rüstungsdynamik im strategisch-nuklearen Bereich, im Weltraum, aber auch in Europa ansonsten ungehindert weitergehe (auch diese Position ist ja nicht falsch), gerät ebenfalls in Widersprüche. Wenn die Abschaffung der Pershing II nicht mehr ist als eine einschränkende Fußnote im weltweiten Aufrüstungsprozeß, dann kann auch ihre Stationierung im Jahre 1983 kein derart dramatischer Vorgang gewesen sein, den die Friedensbewegungen daraus gemacht haben. Erinnert sei nur an die Apokalypse-Visionen, an die Rede von der ,,völlig neuen Qualität'' im Rüstungswettlauf usw. Man kann nicht beides zusammen haben: die Stationierung der Pershing II hoch-, ihre Verschrottung dagegen herunterspielen.

Zusammengefaßt bedeutet dies, daß das Abrüstungsabkommen zwischen USA und Sowjetunion die SPD, die Grünen und die Friedensbewegungen vor die Aufgabe stellt, Abschied zu nehmen von einigen liebgewordenen und eingefahrenen Denkmustern. Eine differenzierte Analyse der Rüstungsdynamik, der amerikanischen Politik wie der Rolle und Handlungsmöglichkeiten der europäischen Staaten ist dringend geboten. Nur so ist die gegenwärtige Lähmung zu überwinden.

Eine kritische Reflexion des eigenen Verhaltens ist um so notwendiger, als die Verwirklichung der doppelten Null-Lösung keineswegs bedeutet, daß man die Rüstungsbegrenzung hinfort den Regierenden überlassen kann. Es muß z.B. verhindert werden, daß die Verschrottung der Pershing II und SS 20 statt den Einstieg in die nukleare Abrüstung in Europa zu öffnen, am Ende den Ausstieg aus dem Rüstungsbegrenzungsprozeß bedeutet. Auf der strategisch-nuklearen Ebene wird man ohnehin auf einen neuen US-Präsidenten warten müssen, bevor hier Fortschritte möglich sind. In Europa käme es dagegen darauf an, die politische Dynamik, die sich aus der doppelten Null-Lösung zweifellos ergeben wird, entschlossen zu nutzen, um den Einstieg in die konventionelle Rüstungsminderung zu erreichen (Ziel: Abbau offensiv nutzbarer Optionen auf beiden Seiten). Auch hier sitzen die Bedenkenträger weniger in Washington als vielmehr in London, Paris und Bonn. Frankreich und Großbritannien scheinen offenbar finster entschlossen, nach der Devise ,,bis hierher und nicht weiter!'' jeden weiteren Rüstungskontrollfortschritt zu blockieren. Die Bundesregierung ist — wie üblich — zwischen Verteidigungs- und Außenminister hin- und hergerissen. In dieser Situation sind Friedensbewegungen, Grüne und SPD mit ihren unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten nach wie vor gefordert.

Dan Diner

Gut gemeint!

Eine Replik

In der September-,,links'' wurde zur Beendigung der Kämpfe im ,,irakisch-iranischen Krieg'' aufgerufen. Beim näheren Hinsehen wird der geneigte Leser jedoch seine Enttäuschung über den Inhalt des Textes nicht verhehlen können: Vom Krieg zwischen Irak und Iran ist kaum, wenn überhaupt, die Rede. Dafür wird in aller Ausgiebigkeit von den guten Geschäften gesprochen, die in aller Welt, in Ost und West, Nord und Süd mit dem bisher längsten aller offenen und konventionellen Kriege dieses Jahrhunderts getätigt werden. Nicht der Krieg der gegnerischen Staaten ist Gegenstand der Kritik, sondern die wenig erbauliche Tatsache kapitalistischer Normalität, daß buchstäblich alles und damit auch das Kriegsgerät, zur Ware wird. Um dies anzumerken, bedarf es nicht erst der bereitwilligen Nutzung der Tötungsinstrumente durch die Kriegsparteien. Der Tatbestand der Verwerflichkeit ist schon mit ihrer Produktion allein erreicht.

Dem gewogenen Leser wird weiterhin nahegelegt, sich der Flüchtlinge und Vertriebenen anzunehmen, sich für die ,,Pflege und Rehabilitation der Kriegsopfer'' einzusetzen und manches mehr — Aufgaben, die ansonsten internationalen Hilfsorganisationen zugewiesen werden. Man wird den Eindruck nicht los, hier werde der Kennzeichnung von Roß und Reiter ausgewichen, außer, daß die Forderung erhoben wird, die ,,bundesdeutsche Mitverantwortung beim Namen'' zu nennen; ein Hinweis, der bei der Wirtschaftsmacht der BRD fast immer und überall richtig ist.

Sicher, man will den Autoren dieses Aufrufes und dem verantwortlich zeichnenden Komitee nicht böse Absichten unterstellen, sie wollten vom wahrlich blutigen Geschehen im Grenzbereich der kriegführenden Staaten ablenken, obwohl die gewählten Formulierungen dies nahelegen. Wir wollen uns auch nicht beckmesserisch an solchen imperialistisch wie antiim-

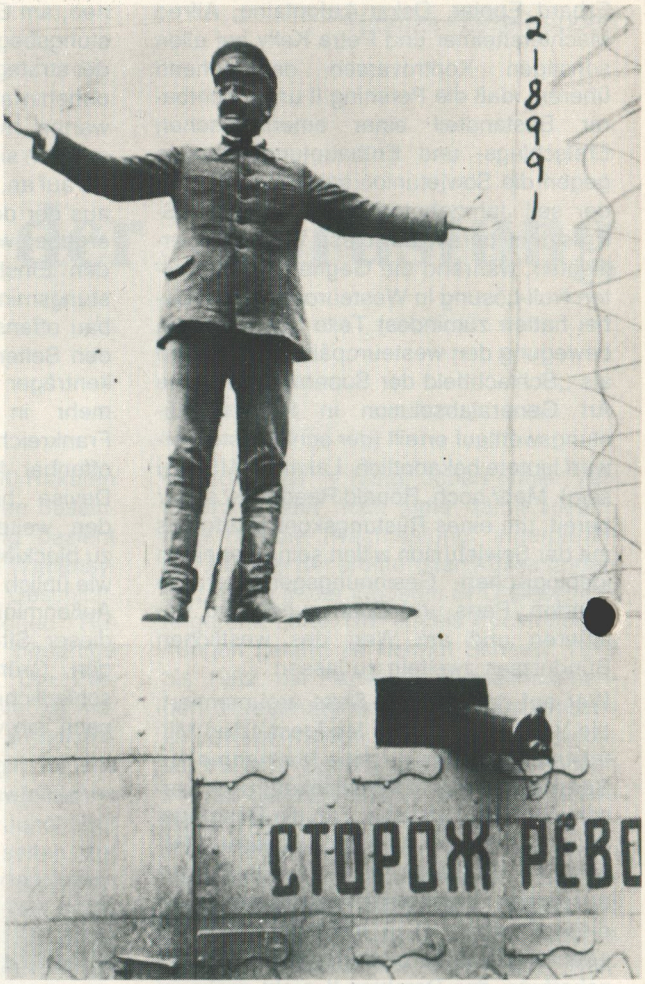
perialistisch gefärbten Formulierungen wie „Golf-Krieg" aufhalten, die eine von den Weltmeeren und dem internationalen Schiffsverkehr geleitete Perspektive auf das Geschehen nahelegen und damit das wie auch immer zu bewertende Anliegen der Kriegführenden selbst aber ausblenden, die ihre großen Schlachten zu Lande führen. Nein, uns geht es um Substantielleres: um die Ontologisierung des irakisch-iranischen Krieges im Aufruf, wo er zum gefräßigen Subjekt stilisiert wird, ein Subjekt, das „schon sieben Jahre lang ganze Landstriche verwüstet, ganze Volksgruppen vernichtet". Wenn überhaupt, dann wird „Er", der Krieg, in seiner „Länge und Intensität" — wie es heißt — von den Waffenlieferungen aller Industriestaaten bestimmt. Seine von außen hineingetragene „tödliche Logik" triebe den Irak und Iran in immer neue Schlachten. So gesehen könnte man meinen, stellen beide willenlose Regimes eine besonders teuflische Ausgeburt imperialistischer Perfidie dar.

Doch auch solche Verschwörungsvorstellungen, politisch in ihrem Handeln — zumindest in ihrem Kriegshandeln — doch souveräne Regimes würden aufeinandergehetzt, sollen hier nicht unterstellt werden. Vielmehr vermutet der Kritiker hinter dem Aufruf einen eher gutgemeinten, aber nichts destoweniger hilflosen Antiimperialismus. Hilflos insofern, weil der Krieg zwischen Irak und Iran doch ein „hausgemachter" Krieg ist, ein Krieg, der nicht auf irgendwelche „Machenschaften", Interessen, Interventionen und Einflüsse äußerer Mächte zurückgeführt werden kann. Es handelt sich tatsächlich um einen „souveränen" Krieg von Staaten, die gemeinhin der Dritten Welt zugeordnet werden. „Souverän" ist dieser Krieg insofern, als seine Auflösung und Fortsetzung vom unverfälschten Willen der kriegführenden Regimes abhängt — freilich in einer tragischen und sicherlich kriegverlängernden Ungleichzeitigkeit: Der Irak wollte ihn beginnen und der Iran will ihn (bislang) nicht beenden. Dieser traurigen aber nichts destoweniger aufrichtigen politischen Wahrheit ins Gesicht zu schauen, fällt vielen, darunter auch den Autoren des inkriminierten Aufrufs schwer. An der Faktizität des Krieges zwischen Irak und Iran scheinen also noch andere Gewißheiten zu hängen. Dies mag der tiefere Grund dafür gewesen sein, die kriegführenden Staaten völlig zu entsubjektivieren und in altvertrautem Trott einen abgeleiteten Dritten: hier die Rüstungsindustrie und den Waffenhandel, zu den eigentlich Handelnden zu erklären.

Insofern ist es nur logisch, daß es im Aufruf nicht darum gehen kann, die kriegführenden Völker über die Natur ihrer Regime, sondern die metropolitanen Beschauer des Gemetzels „über das Schicksal der Völker zwischen den Fronten aufzuklären." Entschieden wird scheinbar hier und nicht dort — oder will man etwa zu einer internationalen Entwaffnungsaktion, zu einer Intervention aufrufen?

Endlich gelangen wir zur bedenklichen Quintessenz des gutmeinenden Aufrufs, eine Quintessenz, die eigentlicher Anlaß zur Kritik gewesen ist: Die völlige Entsubjektivierung der kriegführenden Völker und Regime leistet einem hier ohnehin herrschenden untergründigen Rassismus Vorschub. Ganz unschuldig wird durch die rüstungs- und profitkritische Orientierung des Aufrufs der Eindruck erweckt, die Menschen im Irak und Iran und damit im Bereich der Dritten Welt seien völlig bewußtlos. Allein dadurch, daß man ihnen Waffen in die Hand drücke, schlagen sie aufeinander los — wild gewordene „natives" ohne „case". Die Waffe ist Subjekt, der Mensch Objekt. Daß uns das jeweilige politische und weltanschauliche Anliegen der Kriegsgegner unsympathisch sein mag, daß wir weder Freunde noch Klakeure des arabischen Nationalismus oder des persischen Islamismus sein können, bedeutet noch lange nicht, daß die Kriegsführenden ein zwar zu kritisierendes, aber in ihren Augen und ihrem Bewußtsein nach ein nichts destoweniger ernsthaftes Anliegen vertreten. Es ist „Neutralität" oder besser: Indifferenz in der Sache, die zu jenem „neutralen" Faktor, der Verurteilung der Waffenlieferanten, Zuflucht suchen läßt.

70 Jahre Oktoberrevolution



Detlev Claussen

Fortsetzung eines schmerzlichen Verzichts

Eine Polarlandschaft enttäuschter Hoffnungen mit einem Gletschergebirge zerstörter Erwartungen muß der durchwandern, der an die historische Quelle der sozialen Revolutionen des zwanzigsten Jahrhunderts gelangen will. Sie liegt unter dem Eise und ist doch nicht versiegt. Ein Tauwetter hat nicht genügt, diese historisch-politische Arktis zu schmelzen. Es ist beängstigend, wenn man heute die Schriften der Tauwetterperiode nach 1953, nach Stalins Tod, liest — beängstigend, die Parallelen und Ähnlichkeiten zur Gegenwart zu sehen. An diese Parallelen und Ähnlichkeiten knüpfen die Konservativen und Reaktionäre ihre Hoffnungen und Erwartungen, es möge alles so bleiben, wie es ist. Geschichtliche Erinnerung aber kann ablösen von der Oberflächlichkeit des Status quo, der tyrannisch in der Vergangenheit seinen Vorläufer und in der Zukunft seinen durch ihn genetisch festgelegten Nachkommen zu sehen verlangt. Die Jahrestage, an die sich die organisierte Öffentlichkeit in Ost und West klammert, verdinglichen die Geschichte wie runde Geburtstage die Lebensgeschichte. Sagt es wirkich so viel, ob die Oktoberrevolution vor siebzig Jahren stattfand? Nein, das zeitliche Kontinuum sagt wenig von einem Ereignis, das stattfand — wie jegliche große moderne Revolution, um dieses Kontinuum aufzusprengen. „Das Bewußtsein, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen, ist den revolutionären Klassen im Augenblick ihrer Aktion eigentümlich. Die große Revolution führte einen neuen Kalender ein. Der Tag, mit dem ein Kalender einsetzt, fungiert als ein historischer Zeitraffer. Und es ist im Grunde genommen derselbe Tag, der in Gestalt der Feiertage, die Tage des Eingedenkens sind, immer wiederkehren. Die Kalender zählen die Zeit, also nicht die Uhren." *(Walter Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen).*

Wenn es im Geiste Erbschaftsverhältnisse gäbe, stammte dieses Kalenderblatt aus Walter Benjamins politischem Testament: 1940. Benjamin notiert diese Sätze in finsterster Nacht: „Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern." Benjamins geschichtsphilosophische Thesen sind zu einem Zeitpunkt verfaßt, den man als Bruchstelle dieses Jahrhunderts begreifen kann — unmittelbar *vor* Auschwitz, der barbarischen Tat, die negativ das bisherige Kontinuum der vernünftigen Geschichte abschloß — ohne die Möglichkeit eines Anfangs, und unmittelbar *nach* dem größten Schrecken, den je eine Revolution in der Geschichte erzeugte — ein Schrecken, der einen Anfang beendete.

Der Tod der Revolution in den Moskauer Prozessen, die nur sichtbare Spitze eines Eisbergs sind, verwandeln den Oktober 1917 in das Gewesene. Geschichtsphilosophische Arbeit bestimmt Benjamin in diesem todesbringenden Moment: „Wie die Blumen ihr Haupt nach der Sonne wenden, so strebt, kraft eines Heliotropismus geheimer Art, das Gewesene *der* Sonne sich zuzuwenden, die am Himmel der Geschichte am Aufgehen ist."

Vor zwanzig Jahren, in seinem Todesjahr 1967, schrieb Isaac Deutscher von der unvollendeten Revolution. Am Rande des Gletscherreiches zeigten sich neue Risse, die auf eine Gesteinsverschiebung gewaltigen Ausmaßes deuteten. Heute läßt sich nicht nur für den materialistischen Geschichtswissenschaftler ablesen, daß die Oktoberrevolution im Lichte des gegenwärtigen Reformversuchs interpretiert werden muß. Das Tauwetter nach Stalins Tod fand unter weit ungünstigeren Bedingungen statt, der stalinistische Bodenfrost hatte das Leben erstarrt. In der russischen Legende gibt es die Geschichte vom Helden, der zweimal über den Drachen siegen muß. Man kann sie auf die unvollendete Oktoberrevolution beziehen, aber auch auf das Tauwetter. Man muß nicht unbedingt zur Legende greifen, auch die Geschichtsphilosophie kennt dieses Phänomen: „... wie denn überhaupt eine Staatsumwälzung gleichsam im Dafürhalten der Menschen sanktioniert wird, wenn sie sich wiederholt. So ist Napoleon zwei-

„Nie zu vergessen: der rote Anfang fand russisch statt. Die zehn Tage, die die Welt erschütterten, starteten an der Newa, nirgends sonst. Dort war nicht nur das schwächste Glied in der Kette, also das am ehesten zerreißbare, es war vor allem die Masse und ihr Kopf dort, die endlich sprengten."
Ernst Bloch, im Mai 1968 im Karl-Marx-Haus zu Trier

mal unterlegen und zweimal vertrieb man die Bourbonen. Durch die Wiederholung wird das, was im Anfang nur als zufällig und möglich erschien, zu einem Wirklichen und Bestätigten." *(Hegel, Philosophie der Geschichte).*

Die Februarrevolution von 1917 stellte die russischen Uhren auf pari mit Europa und Amerika, die Oktoberrevolution drehte den Zeiger weiter. Auf kurze Zeit entstand nach dem Oktober, was man als Avantgarde begreifen kann. Majowskijs ,,Vorwärts die Zeit", das auch zu singen ist, drückt etwas von der Elementargewalt der russischen Revolution aus, die sich mit fortgeschrittenster politischer und ästhetischer Radikalität verbindet. Hier erscheint das Ultraviolett, das Bloch messianisch gedeutet hat — und mehr als eine Theorie seine Wirkung auf Millionen Menschen hatte. ,,Viel stärkeren Eindruck machte die Tatsache, daß die Bolschewiki die erste Regierung der Welt waren, die tatsächlich mit dem verhaßten Kriege Schluß machten, und wie eine Erderschütterung wirkte es im Proletariat aller Länder, als die Nachrichten von der Verwirklichung des Sozialismus in Rußland eintrafen. Die Umwälzung, die für die Arbeiter seit vielen Jahrzehnten nur ein Traum gewesen war, zeigte sich plötzlich in heller Wirklichkeit.

Der Beweis war erbracht, daß es möglich ist, die Unternehmer zu enteignen, das Geld beiseite zu schieben und die Fabriken dem Proletariat zu geben." *(Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus).* Es ist ungeheuer viel Energie aufgewendet worden, um dies post festum als Mythos zu entlarven. In diesem Prozeß gegen die Revolution waren Renegaten stets wichtig: oft Ex-Stalinisten, die in ihrer Parteikarriere nie bis zum sozialrevolutionären Grund der Emanzipationswünsche der Massen vorgedrungen waren, bestätigten sie einer interessierten revolutionsfeindlichen Öffentlichkeit, alles wäre nur ein Schein gewesen, den die Verführungskunst bolschewistischer Drahtzieher ausgebeutet hätte. In den letzten Jahren erneuert sich diese Literatur als farcenhafte Wiederholung von Mini-Koestlern, die ihr ,,Ich bin doch selbst dabei gewesen" aus ihrer marxistisch-leninistischen Vergangenheit in den siebziger Jahren ableiten und aus dem Proletariatsverkleidungstheater von vor zehn Jahren die Legitimation ziehen, aus ihrer Schmalspurerfahrung auf wirkliche Revolutionen rückschließen zu dürfen.

Der Renegat hält negativ an einem Klischee vom Berufsrevolutionär fest: Die Revolution wird ,,gemacht". Aus ihrer eigenen Erfahrung mit Revolution und Revolutionären wußten Marx und Engels: ,,Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution *gemacht* zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die *gemachte* Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte, der wenige historische Persönlichkeiten entgehen." *(MEW 36, S. 307)* Die Bolschewiki haben die Oktoberrevolution nicht gemacht und sind doch der Ironie der Geschichte nicht entgangen.

Gemacht haben die Oktoberrevolution die landnehmenden Bauern und die aufständischen Arbeiter. Der Februarrevolution gelang es nicht, den Krieg zu beenden und das Bedürfnis nach Land, Arbeit und Brot zu befriedigen. Sie erfüllte ihre bürgerliche Bestimmung nicht. Aber nicht Bürger hatten sie gemacht, sondern die unzufriedenen Soldaten, Arbeiter und Bauern hatten Bürger an die Spitze der Bewegung gebracht: in die Provisorische Regierung. Wie offen und ungeschminkt sprachen diese Bürger vor siebzig Jahren, etwa der Liberale Maklakow: ,,Wenn Nachwelt diese Revolution verflucht, wird sie uns verfluchen, weil wir unfähig waren, sie rechtzeitig durch eine Revolution von oben zu verhindern." Die Nachwelt hat nicht die gescheiterten Revolutonäre von oben verflucht, sondern die Oktoberrevolution in eine Revolution von oben verfälscht — und die meisten Revolutionäre, wenn sie nicht gestorben waren, verfolgt, gefoltert und ermordet. Die Nacht der Vorgeschichte rächte sich an den meisten Revolutionären als eine List der Gewalt. Mitten im Bürgerkrieg, noch längst bevor er falsche Selbstbezichtigungen ablegte und trotzdem zum Tode verurteilt wurde, gestand Sinowjew im Oktober 1920 — öffentlich vor der USPD in Halle: ,,Wir haben uns nie vorgestellt, daß wir im Bürgerkrieg einen solchen Terror anzuwenden und unsere Hände mit so viel Blut zu beflecken haben würden."

Die Oktoberrevolution offenbart die Anziehung des Geschichtemachens und als dieser Fest- und Feiertag der Unterdrückten hat sie weltweit gewirkt. Aber in schrecklicher Weise offenbart sich in ihr auch die Grenze des Geschichtemachens, die von den nicht selbstgewählten Umständen gezogen wird. Diese Dialektik haben große Theoretiker und beeindruckende Historiker bedacht, die nicht mit einem post-festem-Besserwissen diese Revolution zur bloß bürgerlichen, zum Putsch und zum Staatsstreich abqualifizierten. Die Oktoberrevolution brachte zusammen, was immer wieder auseinanderzufallen droht: Stadt und Land. Zurecht hat man von einer Doppelrevolution gesprochen — einer in der Stadt, einer auf dem Lande. Die Bolschewiki bündelten diese Kräfte — gaben ihnen eine Staatsform — im Bewußtsein, daß sie stellvertretend handelten. Historische Subjekte sind nicht ehern, sondern zerbrechlich: Im Kampf gegen die ausländische Intervention und im Bürgerkrieg zerrieben sich die revolutionären Klassen.

Keine Kunstrichtung war zur Revolutionszeit stärker als die des Konstruktivismus, in der Majakovskij, Rodtschenko, El Lissitzkij und viele andere eine Rolle spielten. — Eine Seite aus dem Kinderbuch ,,Wie die Leute reisen" von Olga Tschitschagowa.

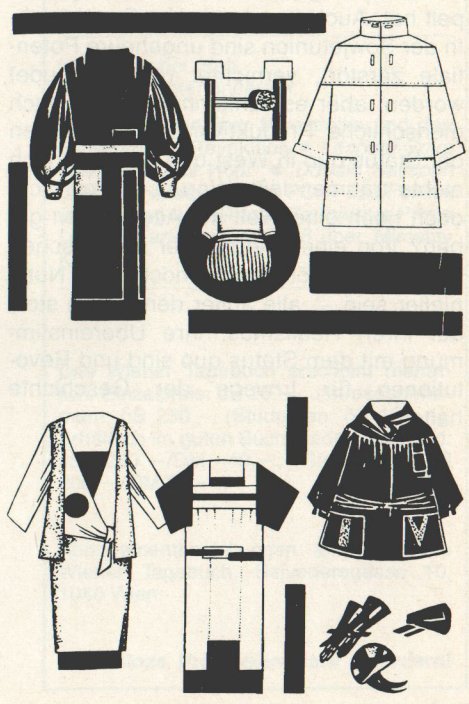
Der Heroismus des Kriegskommunismus übertünchte die Notwendigkeit einer Regeneration der Gesellschaft. Die Neue Ökonomische Politik war ein Versuch dieser Regeneration, der scheiterte — aber die Fragen von damals stehen noch heute als ungelöste — nicht nur vor der Sowjetgesellschaft, sondern allen Gesellschaftsformen diesen Typs — von Polen bis Cuba, von Vietnam bis Bulgarien. Die Aneignung dieser Ausgangslage am Ende des Bürgerkriegs ist heute von enormer politischer Bedeutung — eine Diskussion über die eigene Geschichte eröffnet den Blick für die Gegenwart. Diese Öffnung hat bereits begonnen.

Eine Geschichtsschreibung, die nicht ,,das Wirkliche als das allein Mögliche unterstellt'' *(Horkheimer, Adorno 1959)*, steht noch aus — an großen Versuchen, das Ungeheuerliche zu begreifen, daß aus dem bewußten Versuch, Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen, unter fürchterlichen Leiden ein qualvolles, stagnierendes neues gesellschaftliches Zwangssystem entstanden ist, hat es nicht gefehlt: Merlean-Pontys ,,Humanismus und Terror'' und Herbert Marcuses ,,Ethik einer Revolution'' seien hier stellvertretend genannt, die nicht von einer hohen Moral, die bei schönem Wetter leicht einzuhalten ist, auf das Handgemenge der Geschichte herabschauen. In den letzten Jahren erleben wir den erneuten Versuch, den Kommunismus als das gefährlichere Übel gegenüber dem Faschismus hinzustellen — der Gulag wird sogar zur Begründung von Auschwitz herangezogen. Dieser Aberwitz ist nur möglich, wenn man einer systematischen propagandistischen Verzerrung der Wirklichkeit folgt — man folgt aber nur propagandistischen Verzerrungen, wenn sie psychischen Gewinn abwerfen. In der Sowjetunion sind die emanzipatorischen Impulse der Marxschen Theorie ebenso wie die Ansprüche der unterdrückten Massen verkehrt worden, im Nationalsozialismus sind verkehrte Ansprüche von Herren und Gefolgschaft verwirklicht worden. Die schmerzliche Bindung ohnmächtiger, aber doch bewußter Menschen an die Sowjetunion hat noch 1934 Horkheimer veröffentlicht: ,,Im Jahre 1930 wirft die Stellung zu Rußland Licht auf die Denkart der Menschen. Es ist höchst problematisch, wie dort die Dinge liegen. . . Aber wer unter den Gebildeten vom Hauch der Anstrengung dort nichts verspürt und sich leichtsinnig überhebt, wer sich in diesem Punkt der Notwendigkeit zu denken entzieht, ist ein armseliger Kamerad, dessen Gesellschaft keinen Gewinn bringt. Wer Augen für die sinnlose, keineswegs durch technische Ohnmacht zu erklärende Ungerechtigkeit der imperialistischen Welt besitzt, wird die Ereignisse in Rußland als den fortgesetzten schmerzlichen Versuch betrachten, diese furchtbare gesellschaftliche Ungerechtigkeit zu überwinden, oder er wird wenigstens klopfenden Herzens fragen, ob dieser Versuch noch andauere. Wenn der Schein dagegen spräche, klammerte er sich an die Hoffnung wie ein Krebskranker an die fragwürdige Nachricht, daß das Mittel gegen seine Krankheit wahrscheinlich gefunden sei.''

Viele dieser armseligen Kameraden werden sich am 70. Jahrestag zu Wort melden. Aus der stalinistischen Periode der UdSSR werden sie begründen, daß alle Reformversuche keine Chance haben und der Totalitarismus schon bei Marx, wenn nicht noch früher, beginnt. Der Status quo, in dem man sich intellektuell und moralisch eingerichtet hat, stützt solche Reden, die es auch dem kleinsten Geist erlauben, sich den größten überlegen zu fühlen, die sich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus zu entscheiden hatten, wenn sie nach 1933 in Europa kämpfen wollten. Wenn trotz allen Terrors noch immer die Substanz der Oktoberrevolution nicht gewesen wäre, die Rote Armee hätte der Naziinvasion nicht standgehalten. Allerdings gehört es zur bitteren Irnoie der Geschichte, daß im Kampf gegen den Nationalsozialismus das Gift des Nationalismus tief in die Sowjetgesellschaft eingedrungen ist. Der Große Vaterländische Krieg ist zum Vater der Unterdrückung der umgebenden Länder geworden. Nur eine gesellschaftliche Reform kann diesen Zwangszusammenhang auflösen. Auch die Oppositionsströmungen in den mitteleosteuropäischen Ländern müssen sich mit den Möglichkeiten der Reform auseinandersetzen — Möglichkeiten, die bis vor kurzem kaum zu glauben waren. Von Ferne kann man nur hoffen, daß die aufgeklärten oppositionellen Kräfte im Realsozialismus die Möglichkeiten der Reform nutzen, ohne nationale Emotionen zu schüren.

Die stalinsitische Periode hat die UdSSR von der kapitalistischen Zeit abgekoppelt, ohne in Stagnation zu versinken. Die Sowjetunion hat durch ihre Existenz objektiv die Dekolonialisierung der Welt befördert: die chinesische und vietnamesische Revolution, die den Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts geprägt haben, wären trotz der konfliktreichen Geschichte ohne die Oktoberrevolution nicht denkbar. Die Sowjetunion hat sich aber in dieser Zeit zu einem verhängnisvoll geschlossenen Gesellschaftssystem entwickelt, das selbst zu einem mächtigen Status quo geworden ist: die bekannte Polarlandschaft, die Victor Zaslavskij den Soviet Way of Life genannt hat. Sein Buch ,,In geschlossener Gesellschaft'' beschreibt diesen Zustand mürrisch ertragener Macht der Gewohnheit, die nun von der Reformpartei bekämpft werden soll. Ohne die Initiative von Massen, ohne die es gar keine Oktoberre-

Der Konstruktivismus nahm sich auch der Frage der Bekleidung an. Dies sind Bekleidungsstücke nach konstruktivistischen Entwürfen, wie sie 1923 im ,,Atelier'' abgebildet wurden.



volution gegeben hätte, wird es allerdings keine Reform der nachrevolutionären Gesellschaft geben.

Die wahren Nutznießer der Oktoberrevolution sind wir — nicht die Linken, sondern die Oktoberrevolution hat das Leben aller westlichen Klassengesellschaften geprägt. Nutznießer sind auch die Konservativen, die Christen, sogar die Reaktionäre. Durch das Tragen der Hauptlast im antifaschistischen Krieg ist der Faschismus als effektives konterrevolutionäres Herrschaftssystem diskreditiert worden. Durch die Systemkonkurrenz sind die herrschenden Klassen genötigt, den Widerspruch im eigenen Lande pfleglicher zu behandlen, als es ihnen einst lieb war. Der Sozialstaat im Westen gehört auch zu einer der vermittelten Folgen der Oktoberrevolution, die Produktivität des Westens wird durch die Systemkonkurrenz angestachelt. Die Reform der Sowjetgesellschaft könnte wieder den Prozeß auch in die andere Richtung lenken: Wo steht geschrieben, daß der gesellschaftliche Fortschritt nur auf dem politisch-ökonomischen Leiden der östlichen Massen aufbauen darf? Ein altes Vorurteil im Westen hält die Sowjetunion für ein despotisch-asiatisches Machwerk. Aber die Oktoberrevolution ist auch ein Produkt des Westens: der schmerzhafte Versuch, die Leiden der kapitalistischen ursprünglichen Akkumulation bewußt zu vermeiden. Die nächsten Länder, China etwa, haben die Leiden der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation nicht mehr durchmachen zu müssen. Die Grundlagen der Oktoberrevolution sind ebenso Folgen der aufgeklärten Politik Peters und Katharinas wie der Investitionen des westeuropäischen Kapitals, das in Rußland das kampffähigste Proletariat der modernen Geschichte — konzentriert in wenigen Zentren — hochgepäppelt hat. Auch eine Ironie der Geschichte. In der Sowjetunion sind ungeheure Potentiale zerstört, vernichtet und vergeudet worden, aber es schlummern in ihr auch menschliche Produktivkräfte, von denen der Status quo in West und Ost sich noch nichts träumen läßt. Warum soll es nicht doch noch eine Welt mit Alternativen geben? Von einer Reform der sowjetischen Gesellschaft könnten wir noch mehr Nutznießer sein — alle außer denen, die stolz auf ihren Realismus, ihre Übereinstimmung mit dem Status quo sind und Revolutionen für Irrwege der Geschichte halten.

Michal Reiman

Perestrojka und das Jubiläum

Heuer wird der Jahrestag der Oktoberrevolution in der Sowjetunion in einer ganz anderen moralischen und politischen Atmosphäre gefeiert, als es in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Die Sowjetpolitik hat an Dynamik gewonnen, sie ist offener und damit auch anziehender geworden. Mit dem vor kurzem beschlossenen Gesetz über die Unternehmungen wurde der Umbau der gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen definitiv eingeleitet. Die Sowjetführung hat die frühere Erstarrung der Politik und auch der Gesellschaftswissenschaften einer Kritik unterzogen, sie erklärte ihr Interesse an deren schöpferischer Entfaltung. Auf diese Weise ist nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit des Sowjetsystems zur Diskussion gestellt worden.

Die Einschätzung der Sowjetgesellschaft war in den vergangenen Jahrzehnten stark durch die Optik des Jahres 1917 gekennzeichnet. Ein unparteiischer Beobachter konnte dabei leicht das Auseinanderklaffen von Ideologie und Wirklichkeit feststellen. Die Mehrheit der westlichen Beobachter, einschließlich der linksgerichteten, stimmte darin überein, daß die Sowjetgesellschaft eine vertikal differenzierte, auf sozialer Ungleichheit und Unterdrückung beruhende Gesellschaft ist.

Das heurige Jubiläum nötigt die Sowjetgesellschaft erneut und von einem neuen Gesichtspunkt, sich der eigenen Geschichte zu widmen. Bei der Einschätzung der Vergangenheit drückt sich in einer konzentrierten Weise das Verhältnis der Politik zu den sozialen Realitäten des Systems aus, in welchem diese Politik wirkt. Die radikalen Umbrüche in der Gesellschaft sind dabei niemals eine bloße Reaktion auf neue Realitäten, sondern implizieren eine Kritik der Vergangenheit. Die Tiefe dieser Kritik ist in der Regel ein verläßliches Kennzeichen für die Tiefe und Gründlichkeit der in Angriff genommenen Veränderungen. Es ist daher wichtig, sich in Frage zu stellen, ob und worin die gegenwärtige Selbsterkenntnis zu Korrekturen unseres Bildes von der Sowjetunion beiträgt.

Nach außen hin könnte es scheinen, daß die sowjetische Führung an jene historischen Vorstellungen anknüpft, die sich seinerzeit unter Chruschtschow herauszubilden begannen. Darauf würde eine Reihe von Schritten hindeuten. Die jetzige Führung hat relativ bald erklärt, daß sie Interesse an einer wahrheitsgemäßen und vollständigen Darstellung der Geschichte hat; sie ging von der üblichen Praxis einer manipulierten Geschichtsschreibung in den Lehrbüchern ab. Über diese Lehrbücher soll in Zukunft nach öffentlichen Ausschreibungen entschieden werden. Auf Initiative der Führung wurde der Zugang zu den staatlichen Archiven erweitert und man kann voraussetzen, daß auch die Parteiarchive leichter zugänglich werden. Gegenstand einer öffentlichen Diskussion ist die Existenz geschlossener Abteilungen in den Bibliotheken und die Verlage sehen sich immer mehr nach Autoren um, die früher nicht zugelassen waren. Jedenfalls ist die Haltung der Gorbatschowschen Führung zur Vergangenheit in vielen Beziehungen verschieden von der Haltung Chruschtschows. Das beginnt schon mit der Schaffung von günstigeren Bedingungen für die wissenschaftliche Forschung; die öffentliche und fachliche Diskussion ist systematischer und konsequenter geworden. Sie vermeidet eine verbindliche Einschätzung von Ereignissen und Personen, womit sie sich von den Schwankungen der augenblicklichen politischen Konjunktur befreit. Sie erblickt ihre Rolle vor allem darin, der sich entfaltenden Diskussion feste politische Grenzen zu setzen. Andererseits ist jedoch die Position der sowjetischen Führung durch Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Sie zieht die Grenzen für die Diskussion sehr eng. Durch den Mund ihrer Repräsentanten verlangt sie, daß es in allen Perioden der Sowjetgeschichte bestimmende positive Momente geben muß, sie spricht sich für ein „ausgewogenes" Herangehen an historische Persönlichkeiten aus, womit sie vornehmlich Stalin und seine Mitarbeiter meint. Wir sind Zeugen eines spezifischen Paradoxes, das für unsere Erwägungen wichtig ist: Eine Führung, die ihre eigene Tätigkeit als

Revolution charakterisiert, verzichtet auf ein revolutionäres Herangehen an die Beurteilung in der Vergangenheit.
Man muß über diese Situation nachdenken. Sie kann einen Widerspruch zwischen den proklamierten und tatsächlichen Zielen der Sowjetpolitik widerspiegeln, sie kann aber auch das Ergebnis taktischer Erwägungen sein oder auch von Widersprüchen und demzufolge Kompromissen innerhalb der Sowjetführung.

Allerdings dürfen wir uns die Dinge nicht allzusehr vereinfachen. Es gibt vor allem keine einheitliche Haltung in der Bevölkerung. Ein Teil von ihr hat in der Vergangenheit an den Folgen der gewaltsamen Veränderungen, der Repressionen und des Terrors gelitten, was noch bei weitem nicht vergessen ist, ein anderer Teil hat seinen gesellschaftlichen Status und seine materielle Lage in dieser Zeit verbessert. Dabei sind seit der Stalin-Ära Jahrzehnte vergangen. Es ist eine neue Generation herangewachsen, die Stalin nicht gekannt hat. Diese hat vornehmlich die Misere unter Stalins Nachfolgern vor Augen und ist daher einer Idealisierung der Stalinära eher zugänglich. In der Sowjetunion ist Stalin noch immer vom Nimbus des Sieges im Krieg umgeben und dieser wurde noch durch die Feiern zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes aktualisiert.

Das gleiche Problem manifestiert sich auch noch in einer anderen Gestalt. In der dumpfen Atmosphäre der Breschnjew-Zeit hat sich in nicht unbedeutenden Schichten der Bevölkerung, vor allem in der Intelligenz, ein skeptisches, ja geradezu ablehnendes Verhältnis zur herrschenden Partei und ihrer Ideologie entwickelt. Es wurde durch einen Teil der Dissidenten und der Emigration artikuliert. Die Sowjetführung kann das nicht ignorieren. Zweifellos ist ihr noch der explosive Einfluß in lebendiger Erinnerung, den die Enthüllung der Vergangenheit in Polen und Ungarn 1956, in der CSSR 1968 und letztlich auch in Polen 1980/81 gehabt hat. Vom Gesichtspunkt der Führung hat sich offenkundig weder die Hervorhebung der ,,negativen Erscheinungen'' noch die ,,Skandalisierung'' der führenden Kader politisch bewährt: das gilt für Stalin ebenso wie für diejenigen — und das ist ein wesentliches Novum —, die als ,,antiparteiliche Verschwörer'' oder ,,Volksfeinde'' etikettiert wurden. Man läßt hier Vorsicht walten. Bei seinem Treffen mit den Schriftstellern am 16. Juni 1986 hat Gorbatschow erklärt, daß die Führung keine große Debatte über die Geschichte wünscht, denn sie würde das Volk spalten und die Aufmerksamkeit von den aktuellen Probleme ablenken. Trotzdem kann man daran zweifeln, daß es sich hier um eine einheitliche Position der gesamten Führung handelt. Schon bald nach dieser Erklärung ist es unter den Bedingungen der ,,Glasnost'' zur Aufrollung ehemals verbotener Themen gekommen. Das konnte nicht ohne Unterstützung von oben geschehen. Heute, mehr als ein Jahr nach der erwähnten Gorbatschow-Erklärung, mündet die öffentliche Diskussion zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution in eine breite Behandlung kontroverser historischer Themen.

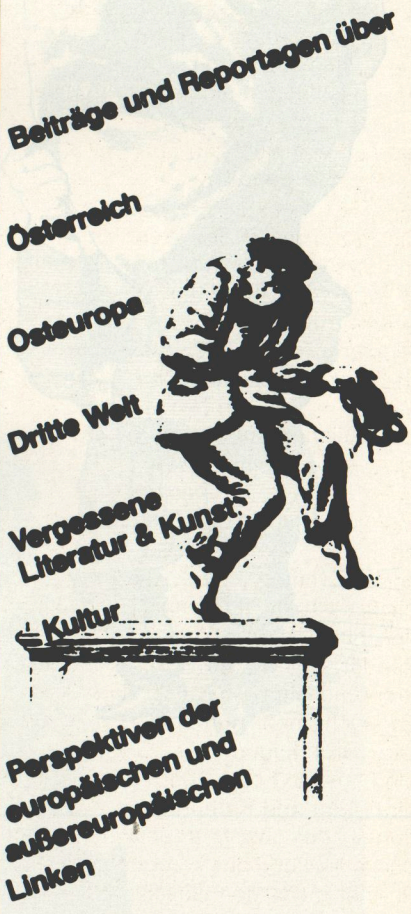
Der Verlauf der Diskussion war von Anfang an offensichtlich auch dadurch beeinflußt, daß es nicht einmal der sowjetischen Führung klar war, um welches konkrete Geschichtsbild sie sich bemüht. Im Gefolge der langjährigen Verschleierung und Verzerrung der wichtigsten Perioden der sowjetischen Vergangenheit waren die Führung ebenso wie die Bevölkerung desorientiert. Die Mehrheit der bedeutenden Historiker hat sich in dieser oder jener Weise an der Herausbildung falscher historischer Vorstellungen beteiligt und war nicht fähig, soweit überhaupt dazu die Bereitschaft bestand, zu einer raschen Revision beizutragen. Die Schäden, die die Geschichtsschreibung in den vergangenen Jahrzehnten erlitten hat, sind nur mit jenen zu vergleichen, die seinerzeit unter Stalin die sowjetische Genetik und Biologie durch die Tätigkeit des berüchtigten Lyssenko erfahren hat. Diese Erkenntnis wurde bereits im Regierungsorgan ,,Iswestja'' formuliert.

Man kann sich also keineswegs darüber wundern, daß die sowjetische Geschichtsdiskussion ursprünglich einen sehr diffusen Charakter hatte und daß sich die Berufshistoriker an ihr nur wenig beteiligten. Es sprachen hauptsächlich ,,Laien'': Schriftsteller, Publizisten, Filmemacher. Einen wesentlichen Teil der Diskussion nahmen bis dahin zurückgehaltene oder direkt verbotene literarische Werke ein. Dieser Charakter der Diskussion ist bis heute erhalten geblieben. Trotzdem hat sich im Laufe der letzten Monate schrittweise ein neues sowjetisches Geschichtsbild herauskristallisiert. Es stützt sich jetzt mehr auf Erkenntnisse der fachlichen Geschichtsschreibung und stimmt gleichzeitig mit dem politischen Rahmen überein, den die Führung festgelegt hat.

Die neue Geschichtsauffassung wird durch eine nach außen hin radikale, wenn auch vorläufig anonyme Kritik der Methoden der früheren Geschichtsschreibung charakterisiert. Von ihrer Herkunft zeugt vor allem die Tatsache, daß sie von N. Maslow, dem Leiter der KPdSU der Akademie der Gesellschaftswissenschaften, die eine Institution des Zentralkomitees der Partei ist, veröffentlicht wurde. Die Geschichte der KPdSU und damit auch der Sowjetgesellschaft litt laut Maslow an vier Dogmen: Erstens wurde sie als ununterbrochene Serie von Siegen dargestellt. Es wurden die objektiven Schwierigkeiten

wiener tagebuch

links & unabhängig. Erscheint seit 1969.



Im September-Heft
schreiben unter anderem:

Michal Reiman über Perestrojka und das Jubiläum der Revolution ● *Leopold Spira* über den „Fall Hödl" ● *Donald Sassoon* über die Niederlage der PCI ● *Ilse Pollack* über Portugal ● *Simona Bartoli* über Primo Levi ● *Karl-Markus Gauß* über Miroslav Krleža.

Das Wiener Tagebuch erscheint monatlich. Einzelpreis: öS 25,—, Jahresabonnement: öS 230,— (Studenten: öS 130,—). Erhältlich im guten Buchhandel. (Ausland: öS 280,—/DM 40,—; Studenten: öS 200,—/DM 28,—.)

Abonnementbestellungen an: Redaktion Wiener Tagebuch, Belvederegasse 10, 1040 Wien.

Kostenlose Probeexemplare anfordern!

und Fehler verschwiegen. Zweitens wurde das Geschichtsbild dadurch deformiert, daß Persönlichkeiten, die Fehler begangen hatten, zu ,,Feinden des Leninismus und Sozialismus'' erklärt und all ihre Handlungen ausschließlich negativ dargestellt wurden. Drittens wurde bei der Darstellung der Rolle der Partei keine Rücksicht auf die schweren Fehler und deren Folgen genommen, die in einigen Epochen die Parteiführungen begangen hatten. Viertens wurden die Deformationen des Geschichtsbildes dadurch verursacht, daß sämtliche Parteibeschlüsse ohne Rücksicht auf die Bedingungen ihrer Entstehung, auf ihren Inhalt und ihre Folgen als richtig und richtunggebend erklärt wurden.

Die methodologische Kritik dient in Wirklichkeit vor allem dazu, um die wichtigen Veränderungen zu begründen, zu welchen es in der Darstellung historischer Ereignisse, politischer und ideeller Probleme kommt. Diese sind in einer Reihe halboffizieller Erklärungen und Diskussionsmaterialien enthalten. Ein Maßstab für die Wahrheit, ein Kriterium für die Richtigkeit sowohl für die Ideologie als auch für das politische Handeln bleibt weiterhin das Werk Lenins. Es wird allerdings ein kritischer Ton in bezug auf die nachrevolutionäre Politik des ,,Kriegkommunismus'' sichtbar. Besser bewertet wird die ,,Neue Ökonomische Politik'' (NEP): Sie korrespondiert mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Positiv bewertet wird die realistische Haltung in der NEP-Periode zum Markt. Allerdings wird darauf aufmerksam gemacht, daß die NEP auf einer ökonomisch-sozialen Basis verwirklicht wurde, die vom Gesichtspunkt der heutigen Sowjetideologie nicht insgesamt sozialistisch war. Man gibt zu, daß am Ende der zwanziger Jahre, beim Übergang zur Kollektivierung, mehrere Entwicklungsvarianten bestanden. Damit wird offenkundig das Abgehen von der früheren Kritik an den ,,Rechtsabweichlern'' (Rykow, Bucharin, Tomski) zum Ausdruck gebracht. Die Entscheidung für die Kollektivierung wird jedoch auch weiterhin als richtig gehalten, bedingt durch die objektiven und subjektiven Faktoren der Zeit. Aber immer mehr spricht man dabei von den massiven Übergriffen und von der Hungersnot zu Beginn der dreißiger Jahre.

Ein zentraler Platz kommt natürlich der Haltung zur Stalinzeit zu. Der Standpunkt der Sowjetführung schließt eine negative Wertung dieser Periode sowie Stalins als Politiker aus. Das bedeutet in keiner Weise, daß es nicht zu radikalen Änderungen in seiner Beurteilung gekommen ist. Dies gilt vor allem für den Terror. Es werden die noch gültigen Urteile in den politischen Prozessen und in den außergerichtlichen Repressionen revidiert. Zum Unterschied von früher greift man dabei nicht zu einer verhüllten Verteidigung der Ungesetzlichkeiten, zum Verschweigen der Ergebnisse der Revisionen oder zur Beschuldigung der Opfer wegen ihrer ,,antiparteilichen'' Tätigkeit. Nicht alle Ergebnisse der Revision wurden bis jetzt publiziert. Schon unter Chruschtschow wurden offensichtlich die Beschuldigungen gegen die Hauptanklage der sogenannten Trotzkistenprozesse fallengelassen. Öffentlich wurde vor kurzem die gerichtliche Rehabilitierung einiger bedeutender Funktionäre der Linksoppositon, I. Smilga und N. Muralow, bekanntgegeben. Dabei wird die Rehabilitierung auch auf die Urteile gegen Wirtschaftsfachleute an der Wende der zwanziger und dreißiger Jahre ausgedehnt (Schachty-Prozeß 1928, Prozeß gegen das sogenannte ,,Unionsbüro der Menschewiki'' 1931 usw.). Das hat natürlich Einfluß auf den Charakter der historischen Aussagen. Die Veränderungen betreffen nicht nur die Problematik der gerichtlichen und außergerichtlichen Repressionen, sondern auch die vorangegangenen innerparteilichen Kämpfe. Es gibt Anzeichen für eine Entkriminalisierung der wichtigsten Vertreter der damaligen Opposition, einschließlich Trotzki. Über einige von ihnen, zum Beispiel über den ehemaligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare 1924 bis 1930, Rykow, schreibt die Sowjetpresse heute mit betonter Hochachtung. Diese Entkriminalisierung der Opposition ist jedoch zumindest vorläufig nicht von einer Neubewertung ihrer politischen Haltungen begleitet, vielleicht mit Ausnahme der ,,Rechtsabweichungen'' 1928/29.

Man kann nicht umhin, auch die offenen Fragen zu erwähnen. In der Tätigkeit der Hauptvertreter der innerparteilichen Opposition gilt dies vor allem von den Vertretern der Linken, wobei auch weiterhin ihre ,,fehlerhafte'' Haltung betont wird. Es verdient erwähnt zu werden, daß Gorbatschow bei seinem Treffen mit den Journalisten im Sommer 1987 die Ungesetzlichkeiten der Jahre 1937/38 hervorhob, jedoch nicht die Ungesetzlichkeiten der vorangegangenen Jahre erwähnte, von welchen schon Chruschtschow (zum Beispiel die Ermordung Kirows 1934) gesprochen hatte. Man kann auch die Art und Weise nicht übersehen, mit der die TASS vor kurzem die stalinistischen Beschuldigungen wiederholte, die seinerzeit zur Begründung der Aussiedlung der Krimtataren verwendet wurden.

Einen relativ kleinen Platz nehmen in der gegenwärtigen Diskussion die Fragen der Nachkriegsentwicklung ein. Die kritische Haltung zur Breschnjew-Ära wurde im Referat Gorbatschows auf dem Januar-Plenum 1987 ausreichend begründet. Jetzt läuft die Diskussion über Chruschtschow. Dabei wird der 20. Parteitag der KPdSU hoch eingeschätzt, hingegen werden Chruschtschow die Inkonsequenz seiner

Stellungnahmen und seine Improvisationen vorgeworfen, die zum Scheitern der Reformbestrebungen führten und die Grundlage für die negativen Tendenzen der siebziger Jahre bildeten.

Man muß auch anmerken, daß die Neubewertung vorläufig fast ausschließlich das Gebiet des inneren Lebens der Sowjetunion betrifft und wenig ihre Beziehungen zu anderen Ländern. Das wird sich aber kaum lange halten, denn einige dieser Fragen haben eine hohe Brisanz. Schon heute besteht ein Übereinkommen zwischen Gorbatschow und Jaruzelski über die Klärung einiger Probleme der polnisch-sowjetischen Beziehungen. In der Sowjetunion wird öffentlich über den Prager Frühling diskutiert, nicht anders verhält es sich mit weiteren Frgen — bis zum Krieg in Afghanistan.

Ich führte anfangs an, daß die Beziehung zur Geschichte die Haltung der Politik zu den Realitäten des Systems widerspiegelt. Die Revision der Geschichtsauffassung ist bei weitem nicht abgeschlossen. Ihre Tiefe und Konsequenz ist auch heute stark von taktischen Rücksichten und uneinheitlichen Ansichten beeinflußt. Sie wird daher in den kommenden Monaten intensiv weitergehen. Trotzdem kann man schon heute über das Wesen der Veränderungen in der sozialpolitischen Orientierung der Sowjetführung ein Urteil abgeben. Sie ist sichtbar bemüht, ihre Abhängigkeit von den politischen Machtapparaten zu verringern und ihre Basis in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt in der Intelligenz, zu erweitern. Gerade deshalb entfernt sie aus dem Geschichtsbild all das, was nach ihrer Meinung den Dialog mit der Öffentlichkeit stört und bedroht. Andererseits geht es der Sowjetführung zumindest heute nicht um ein grundsätzlich neues soziales Profil der Gesellschaft, sondern um eine Modernisierung der bestehenden Strukturen, um die Beseitigung überlebter Institutionen, um eine größere Effektivität gesellschaftlicher Anstrengungen. Wie immer auch die Resultate der heutigen Bemühungen zur Reform der Sowjetgesellschaft gesehen werden, die Sowjetunion bleibt auch weiterhin eine auf Ungleichheit beruhende vertikal differenzierte Gesellschaft. Das entspricht ihrer Entwicklungsstufe und der Gesamtsituation in der heutigen Welt. Man muß die Diskussion über die Vergangenheit und Gegenwart des Sowjetsystems von der falschen Optik, von der Vision einer klassenlosen Gesellschaft, die im Jahre 1917 wurzelt, loslösen. Heute geht es um etwas anderes: Die Sowjetgesellschaft hat eine bestimmte Reifestufe erreicht, die es ihr offenkundig erlaubt, die früheren extremen Erscheinungen einer Polarität zu überwinden. Die Sowjetunion ist auch als Weltmacht gereift. Sie hat eine gesicherte internationale Position, sie kann die Pressionen, die sich aus ihrer Stellung in der Welt ergeben, leichter abwehren und ihre außenpolitischen Interessen reduzieren. Wenn die Sowjetunion in der bevorstehenden Periode ein System von Innovationen im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben schaffen und es den Realitäten der sie umgebenden Welt anpassen kann, wird dies zwar keine Verwirklichung der ursprünglichen Ziele der Revolution von 1917 sein, aber trotzdem einen positiven Beitrag zur Geschichte dieses Jahrhunderts bedeuten.

aus: Wiener Tagebuch, Nr. 9, September 1987

Hansgeorg Conert

Wirtschaftsreform und Demokratisierung

Das seit dem Amtsantritt M. S. Gorbatschows als Generalsekretär des ZK der KPdSU verfolgte Projekt einer ‚radikalen Reform' der sowjetischen Gesellschaft hat innerhalb der westlichen Linken das Interesse an jenem ‚realen Sozialismus' wiedererweckt, den man — außerhalb des Umkreises des traditionalistischen Kommunismus — längst als zutiefst autoritär strukturiert, bürokratisch verharscht, geistig stupide, menschenverachtend und unbeweglich abgeschrieben hatte. Die neue Aufmerksamkeit gewann an Wohlwollen in dem Maße, in dem der ökonomische Reformansatz in die gesellschaftliche und politische Dimension erweitert wurde. Für viele der heutigen Linken — im weiten Sinne von kapitalismus-kritisch orientierten Menschen — steht nicht mehr, wie für marxistisch geprägte frühere Generationen, die soziale und institutionelle Gestaltung der Produktionssphäre im Zentrum des Interesses, insbesondere nicht unter dem Aspekt der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Beweist der Kapitalismus solche nicht im Übermaß und zerstört dabei die natürliche Umwelt, unterwirft die Menschen als ‚Produktionsfaktor Arbeit' rigoros den Markt- und Profitgesetzen, spaltet die Gesellschaft immer schärfer in wirtschaftliche und soziale Gewinner und Verlierer, drückt den Völkern der ‚3. Welt' seine Gesetze auf etc.? Und nunmehr wird in der Sowjetunion erneut eine Wirtschaftsform propagiert und eingeleitet, die sich unablässig an Vorbildern kapitalistischer (wenn auch etwas schamhaft mit ‚Weltniveau' umschriebener) Technik, Dynamik, Arbeitsorganisation und Produktivität ausrichtet und die Übernahme von Institutionen und Funktionsregeln dieser Produktionsweise vorsieht!

Zum Verhältnis von effizienzgerichteter Wirtschaftsreform und Demokratisierung — vorab der Arbeitsbeziehungen — sollen hier einige grundsätzliche Überlegungen skizziert werden.

‚Wirtschaften' ist ein sozialer und ein funktionsgesetzlicher Prozeß zugleich, dessen Hauptkomponenten jedoch nicht nur in analytischer Absicht unterschieden werden können, sondern deren Bedingungen, Wirkungsweise und Resultate auch nicht identisch oder auch nur völlig komplementär sind. Die *soziale Dimension* umfaßt die Art der Beziehungen, die die Individuen und Gruppen im Prozeß „. . . der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens. . ." (Marx), d.h. der Erzeugung der Bedarfsgüter zur Sicherung ihrer Existenz eingehen. Der Charakter dieser Beziehungen — ob herrschaftsbestimmt, ob nur funktional oder auch hierarchisch differenziert, ob hinsichtlich der Entscheidungs- und Aneignungsbefugnisse exklusiv oder egalitär — ist letztlich an interessenpolitischen und sozialethischen Maßstäben zu werten. Ob herrschaftsfreie Arbeitsbeziehungen (Produktionsverhältnisse) gut und wünschbar sind oder nicht, kann nicht nach Kriterien ökonomischer Effizienz entschieden werden. Das sozialistische und kommunistische Streben nach Herrschaftsfreiheit auch und gerade in dieser Atmosphäre ist Ausdruck sozialer Verhältnisse, nicht funktionsgesetzlicher Einsichten.

Ökonomisches Handeln im *engeren, formal-rationalen Sinne* bemißt sich dagegen an berechenbaren Resultaten nach dem Aufwand-Ertrag-Kalkül bzw., mit Marx, nach dem Prinzip der ‚Ökonomie der Zeit' (Grundrisse. . ., 1953, S. 89 u. 599). Zwar ist erwiesen, daß dieser Maßstab in historischer Sicht nicht immer vorrangig für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen oder daß er sogar gänzlich abwesend war (‚moralische Ökonomie') und es ist denkbar, daß dieses ökonomische Prinzip auch in einer ‚modernen' Produktionsweise nicht das alles beherrschende sein muß. Daß es allerdings unter den sozialen Bedingungen hochentwickelter Arbeitsteilung und unter den natürlichen der Ressourcenbewegung überhaupt vernachlässigt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Vergewissert man sich der heutigen ökonomischen Lage der Sowjetgesellschaft mit ihren vielfältigen sozialen Folgen, so wird man schwerlich leugnen können, daß es hier zunächst darum gehen muß, wirklichen ökonomischen Grundsätzen und Maßstäben in den Prozessen des Wirtschaftshandelns Geltung zu verschaffen.

Nun zählt zu den tradierten sozialistischen Grundüberzeugungen zwar die Auffassung, herrschaftsfreie Produktionsbeziehungen gewährleisteten per se optimale oder gar maximale ökonomische Resultate. Das ist aber nur zutreffend, wenn man generell Resultate, die einem gemeinschaftlich definierten Bedarf entsprechen und unter gemeinschaftlich vereinbarten Produktionsbedingungen zustande kommen, als optimal wertet, mithin Maßstäbe materialer Rationalität anlegt. Daß dieser Zusammenhang jedoch nicht ohne weiteres im Sinne des formal rationalen Aufwand-Ertrag-Kalküls besteht, zeigt schon die empirische Widerlegung des Umkehrschlusses, der besagen würde, daß bei herrschaftsstrukturierten Produktionsbeziehungen keine (im formalen Sinne) optimalen ökonomischen Resultate zu erreichen sind.

Man kann zwar auf materiale Rationalität insistieren und betonen, sozialistisches Bestreben sei nicht auf ökonomische Effizienz gerichtet, die in irgendeiner Weise, sondern auf solche, die durch fundamentaldemokratische = sozialistische Arbeitsbeziehungen gewährleistet wird. Das stimmt im Prinzip; macht man dieses aber zum unmittelbaren Maßstab für die Beurteilung des Projekts einer Wirtschaftsweise, das von den Protagonisten einer Gesellschaft mit sozialistischem Anspruch unter spezifischen historischen Voraussetzungen und unter besonderen ökonomischen, politischen, soziokulturellen etc. Bedingungen entwickelt wird, so bewahrt man zwar die Unversehrtheit seiner Überzeugung, verfehlt aber leicht den Bezug zur gesellschaftlichen Realität mit ihren objektiv wie subjektiv begrenzten Möglichkeiten. Es kann auch nicht vorrangig um die *Beurteilung* des sowjetischen Reformansatzes nach seiner Übereinstimmung mit oder Abweichung von sozialistischen Prinzipien gehen, sondern um möglichst

zutreffendes *Erfassen der realen Bedingungen und der Tendenzen* dessen, was sich in der UdSSR tatsächlich ereignet.
Zweifellos bilden die oben nur angedeuteten ökonomischen Funktionsprobleme und Effizienzmängel der sowjetischen Wirtschaft den Anstoß für die umfassende Erweiterung des Reformansatzes, den Gorbatschow von Ju. Andropov (‚Experiment großen Maßstabs') übernahm. Auf ihre Überwindung sind die *perestrojka* im allgemeinen und die ‚grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus' im besonderen ausgerichtet. Dazu ist als allgemeinster Schritt die Verlagerung ökonomischer Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen von den oberen und mittleren Organen der Wirtschaftsverwaltung auf die Ebene der Betriebe unerläßlich. Das Greifen der vielfältigen weiteren, gleichfalls erforderlichen Änderungsmaßgeln hat diesen Schritt zur notwendigen Bedingung.

Dezentralisierung der ökonomischen Handlungskompetenzen und Effektivierung der Wirtschaftsprozesse stehen weniger in einem abstrakt-funktionsgesetzlichen, als vielmehr in einem sozialen Bedingungszusammenhang. Grob formuliert, besteht das zentrale Problem der sowjetischen Produktionsweise nicht darin, quantitative Produktionsaufgaben im volkswirtschaftlichen Maßstab zu bestimmen, auf die produzierenden Grundeinheiten zu disaggregieren und durchzusetzen. Der immanente Grundeffekt des zentralistischen, direktiven und administrativen Planungs- und Leitsystems beruht im systematischen Verfehlen des Ziels, die Aufwandseite der Produktionsprozesse in den Griff zu bekommen. Versucht wird das seit langem mit verschiedenen Methoden und gelungen, die eines aber zu vermeiden suchten: die grundlegende Erweiterung der Aneignungs- und Verfügungskompetenzen der Betriebskollektive. Der Nachweis, daß genau darin eine unerläßliche Bedingung für die Durchsetzung der ‚Ökonomie der Zeit' als Handlungsparamter auf betrieblicher Ebene liegt, kann mit interessen- und handlungstheoretischen Argumenten erbracht werden.

Welcher Zusammenhang besteht aber zwischen den bezeichneten betrieblichen Entscheidungs- und Verfügungsrechten und Demokratisierung? Keineswegs ein so unmittelbarer und zwingender, wie er im sozialistischen Diskurs traditionell unterstellt wird. Maßgeblich ist, daß die parzellierten Einheiten der unmittelbaren Produktion, die Betriebe, über ein bestimmtes Maß an Entscheidungs- und Handlungs-(einschließlich Aneignungs-)autonomie verfügen, zunächst unabhängig davon, wer die Inhaber dieser Kompetenzen innerhalb der Betriebe sind, d.h. ob die betrieblichen Sozialbeziehungen herrschaftsstrukturierte oder ‚gemeinschaftliche' sind. Allerdings verlangt die Durchsetzung effizienter Ökonomie auch bei herrschaftsbestimmten, wie bei kapitalistischen Produktionsverhältnissen die Fähigkeit und Bereitschaft der ‚assoziierten Produzenten', sich den Normen und den jeweiligen technischen und arbeitsorganisatorischen Anforderungen nicht nur zu fügen (was letztlich rechtlich erzwungen werden kann), sondern sich diese Verhaltensregeln (z.B. Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit, Flexibilität etc.) zu eigen zu machen. Daß dazu der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (MEW 23,765) in Kombination mit den selbstgeschmiedeten „goldenen Ketten" (MEW 6,416) besser als unmittelbare und permanente herrschaftliche Reglementierung taugt, war schon Marx bewußt. Die Frage ist, welche Mittel dazu unter sozialistischen Produktionsbedingungen, hier konkret unter solchen sowjetischer Ausprägung, zur Verfügung stehen.

Entgegen der in der westlichen Linken verbreiteten Vermutung waren die Arbeitsbeziehungen *innerhalb* der sowjetischen Betriebe im zentralistisch-administrativen Leitungssystem nicht antagonistisch geprägt, es dominierte vielmehr ein hohes Maß an Interessengemeinsamkeit zwischen Betriebsleitungen und Beschäftigten. Positive Arbeitseinstellung (‚Identifikation mit der eigenen Tätigkeit und ihren Resultaten') und Leistungsmotivation waren allerdings kaum durchsetzbar. Welche Verhältnisse werden sich nunmehr, unter den Bedingungen ‚vollständiger Wirtschaftsrechnung' und ‚Selbstfinanzierung', d.h. bei Orientierung des betrieblichen Wirtschaftshandelns auf Rentabilität und Einkommen (statt auf quantitative, oft nur formelle Planerfüllung) herausbilden? Gorbatschow formuliert das Problem so: „Eine Hauptfrage der Theorie und Praxis des Sozialismus ist, wie auf sozialistischer Grundlage wirksamere Stimuli des ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen werden können, wie die planmäßige Leitung effektiver die persönlichen Interessen mit den kollektiven vereinen kann." (Rede auf Juni-Plenum des ZK 1987, Ekonomiceskaja Gazeta, 27/87, S. 6)
Für ihn resümiert sich der *wirksame Stimulus* darin, daß Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die es den Werktätigen ermöglichen, sich am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesellschaft überhaupt als ‚Herr' oder ‚Wirt' *(chozjajn)* zu fühlen. Einer der grundlegenden Unterschiede des gegenwärtigen Reformansatzes zu dem von 1965 besteht darin, daß sich seine Protagonisten heute bewußt sind, daß sich das intendierte Arbeitsengagement, das Verantwortungsgefühl, die aktive, kooperative Grundhaltung u.ä. nicht im Produktionsbereich durchsetzen lassen, ohne

Die Kritik
ist keine Leidenschaft des Kopfes;
sie ist
der Kopf der Leidenschaft.

Karl Marx.

ca ira

Ca-ira-Verlags-gründungsgenossenschaft

Der Verlag bestrebt seine Umwandlung in eine Verlags- und Autorengenossenschaft. Dafür suchen wir Mitglieder, Genossen, die einen oder mehrere Anteile zu DM 1000 zeichnen. Der Entwurf des Genossenschaftsstatutes sowie ein Vorstellungsprospekt können über die Verlagsadresse angefordert werden. Die Ca-ira- Verlagsgenossenschaft soll der Förderung an der Kritischen Theorie orientierter Aufklärung dienen.

Ca ira Verlag,
Postfach 273, 78 Freiburg 1

den Werktätigen als Bürgern breitere Mitsprache- und Entscheidungsrechte einzuräumen: „Bei aller Bedeutung der grundlegenden Erscheinungen unserer Ökonomie werden die Prozesse ihrer Umgestaltung nicht gelingen, wenn sie nicht in wechselseitiger Verbindung mit allen anderen Lebenssphären unserer Gesellschaft realisiert wird, und vor allem mit solchen wie der geistigen und politischen, der Sphäre der Demokratie und vielen anderen." (Gorbatschow vor Chefredakteuren im Juli '87, nach: Pravda vom 15.7.1987)

Wenn westliche Linke vor der Gefahr technokratischer Entwicklungen warnen und den Demokratiepostulaten Gorbatschows wegen des unterstellten instrumentellen Verständnisses mißtrauen, so können solche Einschätzungen zwar nicht einfach als grundlos beiseite geschoben werden. Andererseits sind aber auch die aus Unkenntnis und Naivität erwachsenden *Illusionen*, in der UdSSR von heute stünde ungeachtet aller historischen Voraussetzungen und ohne Rücksicht auf tradierte Wertvorstellungen und Verhaltensmuster, auf verfestigte politische Strukturen, soziale Interessenprägungen und wirtschaftliche Zwänge die Verwirklichung des Kommunismus im Sinne der Bestimmungen des ‚frühen' Marx auf der Tagesordnung, als solche zu kennzeichnen. Auf die von den Reformprotagonisten initiierte und bislang weder innerhalb der KPdSU noch in den verschiedenen Schichten der Gesellschaft allgemein und konsequent akzeptierte ‚radikale Umgestaltung' sollten nicht die je eigenen sozialen und politischen Idealvorstellungen projiziert werden. Das kann nur zu Enttäuschungen, erneutem Desinteresse und zum Rückfall in die eingangs bezeichneten Klischees führen. Das Projekt der *perestrojka* verdient unsere Aufmerksamkeit und Sympathie, weil es, seine durchaus prekäre Verwirklichung vorausgesetzt, zur Entwicklung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Gestaltungsformen und Handlungsregulative führen kann, die in höherem Maße als Kapitalismus wie im Staatssozialismus vernunftbegründete soziale Beziehungen und Verhältnisse ermöglichen. Das wäre viel; und ob man es dann als Sozialismus oder wie immer bezeichnet, ist von geringem Belang.

Dieter Maier

UdSSR und Entwicklungsländer

Äußerungen in der sowjetischen Literatur deuten daraufhin, daß eine neue Außenpolitik der UdSSR das unfruchtbare Blockdenken abschwächt, regionale Krisenherde entschärfen will und diplomatische Gesichtspunkte gegenüber militärischen aufwertet. Während der 7. Welthandelskonferenz im Juli 1987 in Genf setzte die sowjetische Delegation folgende Akzente:

- Die UdSSR ging stärker auf die ökonomischen Forderungen der Entwicklungsländer ein. Die UdSSR unterzeichnete den Rohstoffonds der UNCTAD und verpflichtete sich, 26,8 Millionen Dollar beizusteuern.
- In der Verschuldungsfrage übernahm die UdSSR die Forderung der Blockfreien, nach der die Schuldenzahlungen „auf einen solchen Teil der Exporterlöse beschränkt werden sollen, der die Interessen der sozialen und wirtschaftlichen Interessen nicht beeinträchtigt". Die radikale Forderung nach globalem Schuldenerlaß wurde nicht erhoben.
- Die UdSSR will stärkeren Nutzen aus der internationalen Arbeitsteilung ziehen. Die Beteiligung am kapitalistisch dominierten Weltmarkt, früher nur als ergänzender Faktor betrachtet, wird nun als strukturelles Element der sowjetischen Wirtschaft angesehen.

Der Umfang der sowjetischen Handelsbeziehung mit Lateinamerika ist verhältnismäßig gering. Die Sowjetunion hat ein Außenhandelsdefizit mit allen ihren lateinamerikanischen Partnern. Dennoch schätzen lateinamerikanische Exporteure die UdSSR als zuverlässigen Partner, der vor den manchmal fatalen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt absichert. Die UdSSR akzeptiert traditionell Waren als Gegenleistung von Krediten, — ein Verfahren, zu dem die USA durch die Verschuldungskrise ebenfalls greifen mußten (mexikanisches Öl statt Zinszahlungen in Dollar). In Peru handelte sich die UdSSR 1982 einen Bonus ein. Die USA hatten die Einfuhr peruanischer Textilien (80 Millionen Dollar jährlich) durch protektionistische Maßnahmen gestoppt. Die UdSSR rettete zusammen mit Bulgarien und Rumänien den gesamten Industriezweig mit seinen 40.000 Arbeitern. Ähnliches geschah 1974, als die UdSSR 120.000 Paar brasilianischer Schuhe kaufte, die die USA durch Schutzzölle fernhielt. Gegenwärtig verhandelt die UdSSR mit Brasilien über Microcomputer, die ebenfalls nicht die USA exportiert werden dürfen und nun in sowjetischen Grundschulen eingesetzt werden sollen.

Einige organisatorische Voraussetzungen für eine veränderte sowjetische Außenpolitik sind geschaffen worden. Die Übernahme des Moskauer Außenministeriums durch Schewardnadse hat jahrzehntealte bürokratische Strukturen aufgebrochen. Kanada, Australien und Neuseeland beispielsweise werden nun nicht mehr für die für Großbritannien zuständige Abteilung bearbeitet, wie es seit der Zeit des britischen Weltreiches unverändert der Fall war. 1986 wurden 50 Botschafter ausgewechselt.

Der Besuch Schewardnadses in Brasilien, Argentinien und Uruguay wird zeigen, was das „neue Denken" konkret bedeutet und wo seine Grenzen liegen. Die beiden drückendsten Probleme der Region — Krieg in Zentralamerika und die Verschuldungskrise — können nicht ohne die USA gelöst werden.

Schewardnadse und Gorbatschow, der ebenfalls nach Lateinamerika reisen wird, können auf einige Sympathien rechnen: Sie vertreten eine international abgesicherte und selbstbewußt auftretende UdSSR und ihre außenpolitischen Neuansätze sind durch innenpolitische Reformen abgedeckt. Der Kontrast zur Lateinamerikapolitik der USA könnte nicht auffälliger sein. US-Wissenschaftler haben darauf hingewiesen, daß es einer Demokratisierung der US-Gesellschaft bedürfte, um die Regierung von außenpolitischen Abenteuern wie der Finanzierung der Contras abzuhalten.

Egbert Jahn

„Neues Denken" in der sowjetischen Außenpolitik

Die Außenpolitik soll nicht nur günstige Umweltbedingungen für die Umgestaltung in der Sowjetunion schaffen; unübersehbar ist die veränderte internationale Lage in den 80er Jahren ein wichtiger Anstoß für die derzeitigen Reformbemühungen in der Sowjetunion und das „neue Denken" in ihrer Außenpolitik.

Die Wirtschaftsreformen stehen aus zwei Gründen im Zentrum der Umgestaltungspolitik. Zum einen begann die wirtschaftliche Stagnation und die sie belgeitende gesellschaftliche Demoralisation vor allem in der Spätzeit der Breschnjew-Ära längerfristig bedrohlich für die Parteiherrschaft zu werden. Zum anderen muß die Sowjetführung seit Beginn der 80er Jahre befürchten, daß die in den vergangenen Jahrzehnten errungene Weltmachtstellung wieder geschwächt werden könnte.

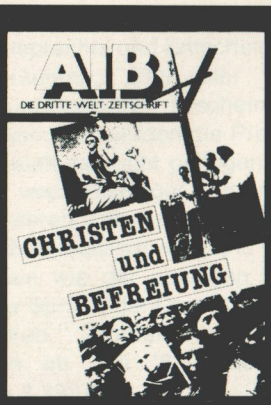
Die gängige und auch nicht gänzlich falsche These, daß die Sowjetunion lediglich eine Weltmilitärmacht, aber keine wirtschaftliche, kulturelle und ideologische Weltmacht sei, übersieht meist, daß jede Militärmacht ökonomisch produziert und reproduziert werden muß. Wenn — wie E.M. Primakow, der einflußreiche Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, bemerkte (10.7.87) — die Differenz zwischen dem Nationaleinkommen der UdSSR und dem der USA von 1976 bis 1985 sich erweiterte statt zu schrumpfen, so drohte diese wirtschaftliche Entwicklung auch die sowjetische Militärmacht und ihre Fähigkeit, im qualitativen Wettrüsten mitzuhalten, zu beeinträchtigen. Erfolgreiche Wirtschaftsreformen werden sicher auch die absoluten Rüstungsausgaben in der Sowjetunion erhöhen und die weitere Modernisierung der Rüstungstechnologie begünstigen. Diese Aussicht garantiert Gorbatschow vorerst die Unterstützung bzw. die Tolerierung durch das Militär.

Aber durch bloßes Wirtschafts- und Rüstungswachstum sind die Probleme der sowjetischen Außenpolitik nicht zu lösen. Auch wenn die Sowjetunion weiterhin einen zwei- bis fünfmal so hohen Anteil ihres Sozialprodukts für Rüstung ausgibt wie die kapitalistischen Staaten — im Vergleich zu Japan ist der Anteil sogar mehr als zehnmal so hoch —, so kann sie auf Dauer nicht ein militärisches Äquivalent zur Rüstung aller ihrer potentiellen Kriegsgegner USA, Westeuropa, Japan und auch China produzieren. Die Reagan-Administration hat der sowjetischen Führung gezeigt, wie rasch latente Aufrüstungsressourcen in kapitalistischen Ländern mobilisiert werden können, wenn diese sich begründet oder unbegründet bedroht fühlen. Rationales Ziel sowjetischer Außenpolitik muß deshalb sein, Feind- und Gegnerschaft Westeuropas, Japans, Chinas und der USA politisch abzubauen, was ohne grundsätzliche Änderung der marxistisch-leninistischen Ideologie wie der Politik, also ohne „neues Denken" nicht gelingen kann.

Der Anteil der sowjetischen Außenpolitik an der Entstehung des Reaganismus in den USA konnte in den 80er Jahren wenigstens im Denken außenpolitischer Experten der Sowjetunion nicht mehr verdrängt werden. Die Sowjetunion hatte nicht nur die Entspannungsperiode, in der die USA ihre Militärausgaben relativ gesenkt hatten, zu eigener forcierter Hochrüstung genutzt; wichtiger noch war, daß sie die Phase der politisch-moralischen Erschütterung amerikanischer Imperialpolitik durch das „Vietnam-Trauma" in der Ära Carter zum Ausbau ihrer weltpolitischen Positionen mit militärischen Mitteln in Angola, Mosambik, Vietnam, damit indirekt auch in Kampuchea und Laos, Äthiopien, Südjemen, Syrien, Irak, beschränkt auch in Nicaragua und Grenada, und schließlich auch in Afghanistan genutzt hatte. Entscheidend für die Absage der USA und abgeschwächt auch die westeuropäischen Konservativen an die Entspannungspolitik der 70er Jahre war, daß vorher im konservativen Westen und in der Sowjetunion dieselbe Entspannungsbilanz gezogen wurde: als *„Sieger" der Entspannung* wurde die Sowjetunion wahrgenommen, und als solcher stellte sie sich auch selbst dar. Aber sowjetischen Experten konnte die Brüchigkeit der eigenen weltpolitischen Erfolge nicht verborgen bleiben. Sie konnten auch die sowjetischen Mißerfolge nicht übersehen, etwa die Verdrängung des sowjetischen Einflusses in Ägypten und in Somalia, die Niederlagen der PLO. Der Maoismus erwies sich nicht als vorübergehende Abweichung einer kleinen herrschenden Clique. Generell verbreitete sich der Eindruck, daß manche revolutionären Parteien und

Die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution

Gemeinsame Tagesveranstaltung des Sozialistischen Büros, ESG und KSG in Frankfurt.
Klaus Segbers hat in der „links" die gegenwärtigen Veränderungen in der Sowjetunion in ihrer Bedeutung mit der Oktoberrevolution verglichen. Nicht nur finden innenpolitische Reformen statt, sondern die Rolle und das Bild der Sowjetunion verändern sich im Weltmaßstab. Auch in „linken Kreisen" ist das Verhältnis zur Sowjetunion wieder in der Diskussion
Referenten: Pjotr Fedossow, N.N., Dan Diner und Ursel Schmiederer
Außerdem werden am Freitag- und am Samstagabend zwei Filme über die SU zu sehen sein.
Termin: 28.11.
Beginn: 10 Uhr
Ort: Universität Frankfurt, Studentenhaus (Pupille)
Anmeldung und Information: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5 - 7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06



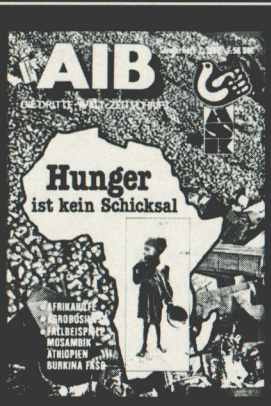
AIB Nr. 6 Juni 1987
56 Seiten
3 DM

CHRISTEN UND BEFREIUNG

- Befreiungstheologie unter Beschuß
- Gespräch Frei Betto/Fidel Castro
- Der Papst in Chile
- Christen und Sandinisten
- Südafrikanische Kirchen gegen Apartheid
- US-Kirchen gegen Reagan-Doktrin
- Entwicklungspolitik der EKD

Weitere Themen:

- AIDS in Afrika • Wiedervereinigung der PLO • Interview mit J. M. Sison
- Namibia • Argentinien
- Asiatische Sowjetrepubliken
- Vietnamfilm „Platoon"



AIB Sonderheft 2/1987
32 Seiten
2,50 DM

Das WETTER ist nicht an allem schuld

HUNGER: Die Krise im Überblick
HUNGER: Nahrungsmittel als Waffe
HUNGER: Agrobusiness in Afrika
HUNGER: Alternativen der FAO
HUNGER: Beispiele Kenia, Äthiopien
HUNGER: Beispiel Burkina Faso
HUNGER: Beispiel Mosambik/Simbabwe

Bezugsbedingungen: Erhältlich im alternativen und linken Buchhandel oder gegen Vorauszahlung in Briefmarken bzw. Verrechnungsscheck (zzgl. 0,80 DM Porto für 1 Heft und 1,90 DM für 10 Hefte) bei:

AIB-Leser/innen-Service
Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Jahresabonnement (12 Nummern): 33 DM

33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Ein kostenloses AIB-Heft erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige

Regierungen in der Dritten Welt zwar gern sowjetische Militärhilfe zur Emanzipation von kapitalistischer Herrschaft benutzten, dann aber kapitalistische Wirtschaftshilfe zur nationalen Entwicklung und auch zur Abstreifung politisch-militärischer Abhängigkeit von der Sowjetunion zu gebrauchen lernten. Will die Sowjetunion ihren Einfluß in der Dritten Welt nach der politischen Dekolonisation erhalten und ausbauen, so kann sie nicht länger Entwicklungshilfe als Angelegenheit ehemaliger Kolonialmächte zurückweisen. Sie muß also beginnen, eine aktive ökonomische Entwicklungspolitik in der Dritten Welt zu führen. Dies ist heute schon in der Praxis zu beobachten. Nationalkommunistische Erfolge erwiesen sich nicht als dauerhafte Stärkung des sozialistischen Lagers bzw. Weltsystems.

Die militärischen Interventionen in der CSSR 1968 und in Afghanistan 1979 erschütterten den Mythos der Oktoberrevolution und der Sowjetunion sowohl in Europa als auch in der Dritten Welt. Die Sowjetunion ist bloß noch eine Supermacht, d.h. im Prinzip gleich(un)wertig mit der imperialen Macht der USA, die es in Rechnung zu stellen und nach Möglichkeit zu nutzen gilt. Zwar ist die militärisch-politische Hegemonie der Sowjetunion in Mittel- und Südosteuropa äußerlich nach wie vor ungefährdet; unübersehbar ist jedoch das nationale Selbstbewußtsein der Völker in dieser Region entweder auf nationalkommunistische oder auf antikommunistische Weise zu einem mehr als latenten Machtfaktor gewachsen. Wurde seit Jahrzehnten die nationale Frage in der Sowjetunion selbst stereotyp für gelöst erklärt und eine neue Menschengemeinschaft, das Sowjetvolk, herbeibeschworen, so sah eine realistische Sicht der Verhältnisse die Wiedereröffnung der nationalen Frage nun auch in der Sowjetunion.

Die unbeabsichtigte und nicht in Rechnung gestellte „Nebenwirkung" der äußerlichen politisch-militärischen Erfolge der Sowjetunion bei der „Verschiebung der Kräfteverhältnisse" war eine neue westliche und chinesische Eindämmungspolitik zu Beginn der 80er Jahre. Die neue weltpolitische Einkreisung und Isolation der Sowjetunion konnte zumindest nicht länger bloß verschwörungstheoretisch erklärt werden; sie erforderte bloße reaktive Politik. Als aktive Groß- und Weltmacht war die Sowjetunion mitverantwortlich für die Krise der Entspannung. Höchst bedeutsam für die Erfolgschancen sowjetischer Umgestaltungspolitik und Außenpolitik im Zeichen des „neuen Denkens" ist, daß schon zuvor in China durch die dortige Reformpolitik zunächst einmal eine starke politische Kraft entfallen ist, die Gorbatschows Politik als „revisionistisch" verurteilen könnte.

Was ist nun so neu am „neuen Denken"?

Zunächst einmal ist es eine bewußt gesetzte Leerformel, die sich allen allzugenauen Definitionen absichtsvoll entzieht und damit zu vielfältigen Initiativen einladen will, also nicht nur einen bestimmten „neuen Kurs", eine neue „Linie", wie seinerzeit Cruschtschow festlegte. Natürlich enthält eine Leerformel auch die Gefahr, daß alte Politik lediglich ein neues Etikett erhält. Aber wichtig ist, daß heute Probleme als Probleme benannt werden und ansatzweise pluralistisch und kontrovers erörtert werden.

Von größter Bedeutung ist zunächst die weit nüchternere, in der Tradition westlicher realpolitischer Sprache abgefaßte Analyse der internationalen Beziehungen. Wettrüsten wird damit tendenziell als Rüstungswettbewerb um relative Vorurteile auf beiden Seiten anerkannt; die Sowjetunion erscheint damit nicht mehr bloß als ewig unschuldiger Nachrüster, als Reakteur der internationalen Politik. Erscheint die Sowjetunion aber nicht nur als Reakteur, sondern auch als Akteur der Abschreckung, dann wird sie mitverantwortlich für die Krisen im internationalen System.

Friedliche Koexistenz kann unter diesen Umständen nicht länger eine Strategie zur Vernichtung des kapitalistischen Klassenfeindes ohne Großkrieg, aber mit Bürgerkrieg, nationalem Befreiungskrieg und brüderlicher Hilfe der Sowjetunion sein, verbunden mit der Illusion, eine Strategie der Verschiebung der Kräfteverhältnisse könne zur Herauslösung eines Landes nach dem anderen durch nationale Revolutionen aus dem „imperialistischen Lager des Krieges" beitragen.

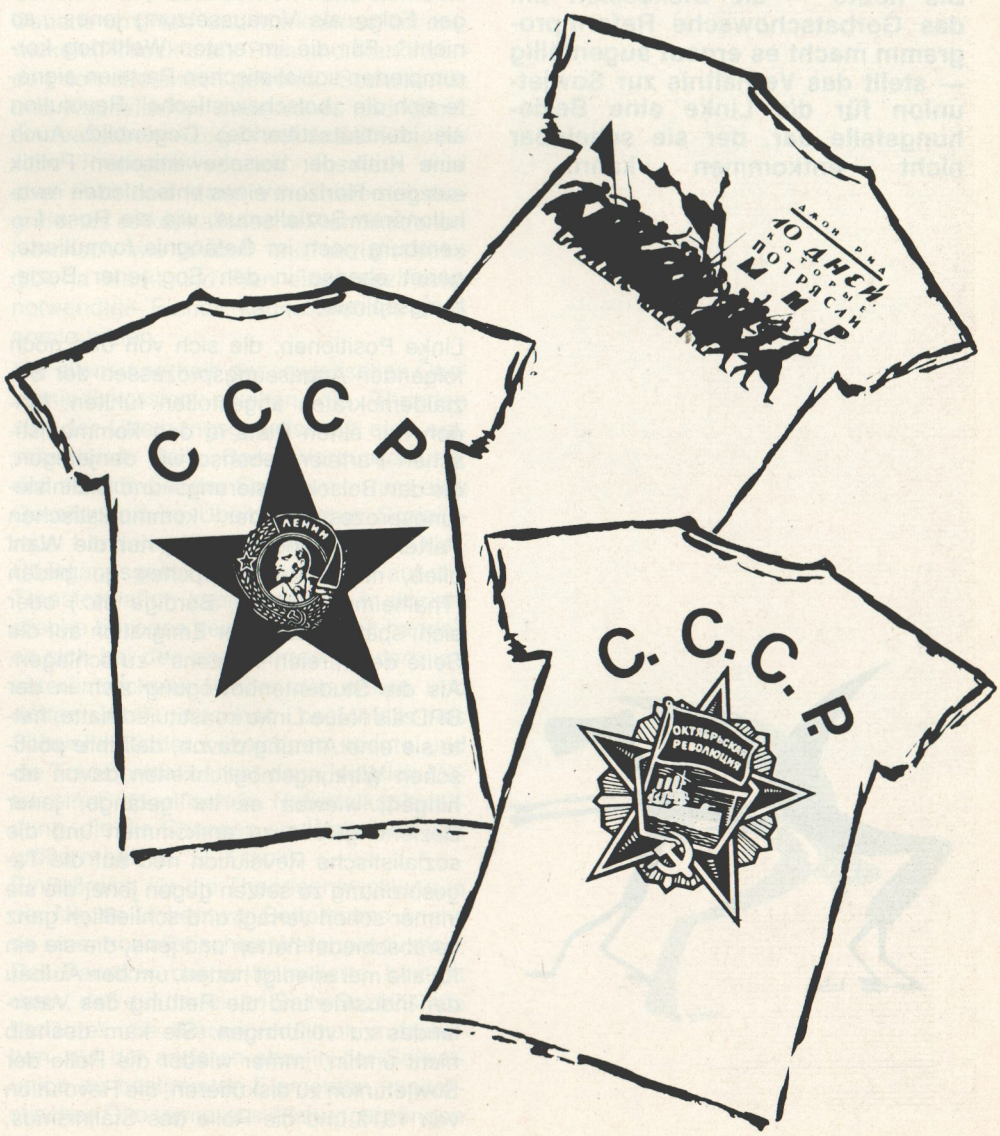
Friedliche Koexistenz wird heute tendenziell zur *bedingungslosen Anerkennung des zwischenstaatlichen Friedens als politischem Ziel*. Die Revolution in der nichtsozialistischen Welt, vor allem in den kapitalistischen Industriestaaten wird dabei immer mehr als gradueller sozialer und demokratischer Fortschritt mit friedlichen und sogar mit parlamentarischen Mitteln gedacht. Die kapitalistische Integration in der EG wird nicht mehr mit nationalen Parolen denunziert, sondern hingenommen und anerkannt, ja als Vorbild für das eigene Bündnissystem hingestellt. Die abstrakt gewordene Kategorie „sozialistisches Weltsystem" gerät zunehmend durch die konkrete politische Kategorie „sozialistische Staatengemeinschaft" (WVO- und RGW-Staaten) in den Hintergrund. Gab es früher zwei Weltökonomien, eine sozialistische und eine kapitalistische, so gibt es heute nur noch eine gemeinsame Weltwirtschaft mit komplizierten Interdependenzen, in die sich die Sowjetökonomie integrieren will (GATT

und Mitwirkung in den früher als imperialistisch abqualifizierten UNO-Gremien). Selbstredend gibt es da nebenbei auch noch die unvereinbaren Gegensätze der Systeme, aber man redet vor allem über das Gemeinsame. Unterschieden sich vor kurzer Zeit die Kernkraftwerke in Volkes Hand noch fundamental von den Kernkraftwerken unter dem Joch der Profitgeier, so gibt es heute nur noch gemeinsame Probleme der Sicherung von Kernkraftwerken gegen Unfälle, Unfallfolgen und Kernkraftgegner.

Gewiß, all dies ist oft nur Tendenz, längst noch nicht durchgängige politische oder gar ideologische Alltagsrealität. Aber generell wird die alte Kampfsprache durch eine eher kooperative Sprache abgelöst. Sozialdemokratie ist kaum noch ein kommunistisches Schimpfwort. Den Status [illegible] konservierende Friedensbewegung scheint wichtiger als revolutionäre kommunistische Weltbewegung. Verständnis wird aufgebracht für die Bedrohtheitsgefühle westlicher Völker durch sowjetische Waffen. Es entsteht sogar eine Bereitschaft unter Fachexperten, sich mit dem Gedanken einer Reduzierung militärischer Offensivkapazitäten zu befassen, also mit dem sicherheits- und abrüstungspolitischen Hauptproblem in Europa nach dem Abbau der weiterreichenden Nuklearraketen in Europa. Früher war die Sowjetunion schlicht ,,defensiv'' qua politischer Gesinnung und Klassenstruktur, heute gesteht man sich ein, daß es auch darum geht, die Sowjetunion defensiv qua Abbau militärischer Eroberungsfähigkeit zu machen. Ohne kräftige Revision geschichtlicher Mythen wird das nicht aussichtsreich sein. Noch vor einem Vierteljahrhundert wußte sich die KPdSU schon 1980 beim Eintritt [illegible] das genuin kommunistische Zeitalter. Heute machen sich Zweifel breit, was das eigentlich ist, Sozalismus. Verunsicherung über das, was sowjetischer Sozialismus ist, schafft außenpolitische Toleranz, ja sogar Lernbereitschaft gegenüber abweichenden sozialistischen Experimenten anderer Nationen.

In der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik werden die praktischen Konsequenzen des ,,neuen Denkens'' am deutlichsten, etwa im zeitweiligen einseitigen nuklearen Teststopp oder in Gorbatschows Eingehen auf Reagans Null-Option von 1982, die durch den eigenen Vorschlag einer erweiterten Null-Option ergänzt wurde. Über den möglichen Auftrieb durch das wahrscheinlich gewordene Abkommen über Mittelstreckenraketen für eine weitere Entspannung hinaus enthält Gorbatschows Überwindung der Andropow-Position vom Januar 1983 weitreichende allgemeinpolitische Konsequenzen. Die damalige Position fußte noch auf dichotomischem Systemdenken, das für den Sozialismus, also die Sowjetunion, eine gleiche Anzahl von Nuklearwaffen postulierte wie für ,,den Imperialismus'' und seine chinesischen Helfershelfer. Die Rüstungskontrolle war in einer Sackgasse, weil die Sowjetunion gleiche militärische Stärke bei den Nuklearwaffen wie die USA plus Frankreich plus Großbritannien plus China beanspruchte.

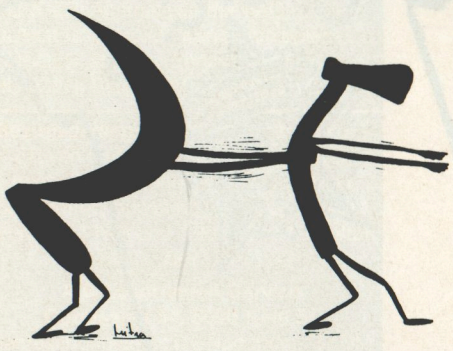
Gorbatschow läßt sich nunmehr auf das Postulat einer amerikanisch-sowjetischen Parität ein. Der Übergang von Weltstaat in spe zum sowjetischen Nationalstaat wird nun auch ideologisch vollzogen. Dies hat zunächst einmal international mäßigende Folgen und schließt die Bereitschaft zum entpolarisierenden Krisenmanagement mit den USA im Vorderen Orient wie im Mittleren Osten ein. Es enthält aber auch die Hypotheken von Gewaltpolitik. Die Gorbatschowsche Politik bleibt verantwortlich für das Töten von ca. hunderttausend Menschen pro Jahr und das Elend von Millionen anderen. Das ist das konventionelle Äquivalent von einer Hiroshima-Bombe pro Jahr, abgeworfen auf ein kleines Land. Das ,,neue Denken'' birgt die Chance, auch diese blutige Hypothek der Vergangenheit loszuwerden.



Diethard Behrens

Die Linke und die Sowjetunion

Die Sowjetunion vor Gorbatschow erscheint als weltpolitischer Gigant. Ihre außenpolitischen Aktivitäten unterliegen höchst unterschiedlichen Bewertungen: Galt und gilt sie doch als Unterstützer von Befreiungsbewegungen der 3. Welt, gleichzeitig als imperialer Repressionsapparat gegenüber Ländern im eigenen Machtbereich und spätestens seit dem Einmarsch in Afghanistan als expansiver Agressor. Bis heute — die Diskussion um das Gorbatschowsche Reformprogramm macht es erneut augenfällig — stellt das Verhältnis zur Sowjetunion für die Linke eine Beziehungsfalle dar, der sie scheinbar nicht entkommen kann.



Der Traum von der Verwirklichung des Sozialismus, der mit der Oktoberrevolution verbunden war, ließ scheinbar nur zwei Positionen zu: Das Bekenntnis zur Revolution und in der Konsequenz die bedingungslose Identifikation mit dem Vaterland des Sozialismus, dessen wirkliche Politik den mit diesem Begriff verbundenen Inhalten nur wenig entsprach oder die Position der Abgrenzung im Namen eben jener Inhalte; die damit unterstellte antirevolutionäre Haltung und Affirmation bestehender Verhältnisse schien jedoch weniger Folge als Voraussetzung jenes „so nicht". Für die im ersten Weltkrieg korrumpierten sozialistischen Parteien eignete sich die „bolschewistische" Revolution als identitätsstiftendes Gegenbild. Auch eine Kritik der bolschewistischen Politik aus dem Horizont eines entschieden revolutionären Sozialismus, wie sie Rosa Luxemburg noch im Gefängnis formulierte, geriet ebenso in den Sog jener Beziehungsspirale.

Linke Positionen, die sich von den noch folgenden Anpassungsprozessen der Sozialdemokraten abgestoßen fühlten, fanden nur einen Platz in den kommunistischen Parteien, ebenso wie denjenigen, die den Bolschewisierungs- und Stalinisierungsprozessen der kommunistischen Parteien entgehen wollten, nur die Wahl blieb, minoritäre Grüppchen zu bilden (Thalheimer, Korsch, Bordiga etc.) oder sich, spätestens in der Emigration auf die Seite des „freien Westens" zu schlagen. Als die Studentenbewegung sich in der BRD als Neue Linke konstituiert hatte, hatte sie eine Ahnung davon, daß ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten davon abhingen, wieweit es ihr gelänge, jener Beziehungsfalle zu entkommen und die sozialistische Revolution neu auf die Tagesordnung zu setzen gegen jene, die sie immer schon vertagt und schließlich ganz verabschiedet hatten und jene, die sie ein für alle mal erledigt hatten, um den Aufbau der Industrie und die Rettung des Vaterlandes zu vollbringen. Sie kam deshalb nicht umhin, immer wieder die Rolle der Sowjetunion zu diskutieren, die Revolution von 1917 und die Rolle des Stalinismus, vor allem, um der auch in der Linken virulenten Totalitarismustheorie kritisch begegnen zu können. Die Schwierigkeiten mit der Sowjetunion kristallisierten sich um die prekäre Beziehung zwischen der Oktoberrevolution und ihrer Mythologisierung als sozialistischer, die auch für die Mehrheit der Neuen Linken seine Faszination als Identifikationsangebot nicht verloren hatte und den auffälligen Konsequenzen stalinistischer und sowjetisch-imperialer Politik.

Als einfache Lösung der damit aufgeworfenen Fragen grassierte die These vom Verrat an den Idealen der großen sozialistischen Revolution in verschiedenen Varianten, die sich allein durch den Wechsel der Zuschreibungen unterschieden, wer nun eigentlich noch diese Ideale verkörpere. Verbreitet war auch die These vom Sozialimperialismus der Sowjetunion, deren moralischer Abgrenzungsgestus die allzugroße Enttäuschung über den Werdegang der kommunistischen Parteien kaum verhehlen konnte. Darüber hinaus ging ihr in bezug auf einen Vergleich der Imperialismen das Kriterium des Sozialen verlo[illegible] Seit 1967/68 gibt es die Kritik an der Bürokratisierung und Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion, also eine Kritik, die die staatliche und industrielle Herrschaftsform in den Mittelpunkt zu rücken sucht. Eine reale Analyse russischer Verhältnisse blieb dabei großteils ausgespart.

Die für die Neue Linke wichtige Nachkriegserfahrung ist gekennzeichnet durch die Erkenntnis einer nationalsozialistischen Kontinuität unterhalb der großen Politik, durch die Kontinuität antikommunistischer Attitüden, die Erkenntnis des weltweiten Neokolonialismus, durch die Erfahrung einer handlungsunfähigen Linken, weil die alte KP an die Sowjetunion fixiert war und ist und durch die Erfahrung, daß die Linke selbst aus der SPD zunehmend herausgedrängt und gesellschaftlich randständig wurde, was sich an der Geschichte des SDS ablesen läßt.

Für den älteren Marxismus wie für den SDS und die Studentenbewegung blieb die Revolution von 1917 das Paradebei-

spiel einer sozialistischen Revolution — trotz der zahlreichen Kritiken an Leninismus und Stalinismus. Das gilt vor allem für die im Anschluß an die Studentenbewegung entstandenen Gruppen, die das traditionelle kommunistische Organisationsprinzip übernahmen. Unter Bewahrung dieses Prinzips wird hier der Träger der Revolution als Identifikationsbezugspunkt ausgewechselt: Albanien und China statt Rußland. Statt einer beispielgebenden Revolution gab es dann mehrere.

Man beschwor die Dialektik von Repression und Evolution, äußerte moralischen Protest gegen den Machtstaat und operierte mit einem verselbständigten Verständnis von Praxis, die als aktionistische ihren ironischen Charakter als Demonstrationsform längst verloren hatte und zu einer Form gerann, über deren Funktion ganz wie bei der Politik der KP der 20er Jahre nicht mehr nachgedacht wurde. Als allgemeines Kennzeichen dieser Gruppierungen konnte dann gelten: Die Identität von Moral und Politik oder ein moralisierender Politizismus — und dies oftmals trotz einer ökonomischen Marxrezeption. Ein Großteil der Anhängerschaft dieser Gruppierungen wurde dann im Anschluß an den Sieg Vietnams und des Pol-Pot-Regimes, ganz wie schon die gläubigen Kommunisten 1930 und 1945, von den Ereignissen und der Ernüchterung eingeholt.

Die Rezeption des traditionalen Kommunismus war aber oftmals durch eine spezifische Sichtweise mit dem Problem der Reaktion auf den Faschismus verbunden. Zumindest teilweise wurde die Legitimation von Lukács akzeptiert, daß damals eine Zwangslage insofern geherrscht habe, als man angesichts des heraufziehenden Faschismus, trotz aller Detailkritik, sich nur für den Kommunismus habe entscheiden können. Der dieser polaren Konstruktion unterlegte politisch-historisch bedingte Determinismus spielte für die Marxisten-Leninisten generell, d.h. auch für die neueren Varianten, eine große Rolle. Historische Situationen wurden auf einfache Entscheidungssituationen reduziert. Dieser Mechanismus der Zwangsparteinahmen verdeckte aber nur das Problem, das darin bestand, wie eine Analyse der historischen und aktualen Sowjetunion zu bewerkstelligen sei.

Im folgenden soll hier der Stand der Debatten um Sowjetstaat und Sozialismus kurz skizziert werden, wie er in den 70er Jahren den Horizont einer linken Kritik abgesteckt hat. Es soll hier die These vertreten werden, daß auch für ein Verständnis der aktuellen Vorgänge in der Sowjetunion es unumgänglich ist, an diesen Stand wieder anzuknüpfen, gerade dort, wo er sich in Ansätzen aus der beschriebenen Beziehungsfalle herausgearbeitet hat.

Die Debatten und Kritikansätze widersprechen sich teilweise, überlappen und ergänzen sich, schließen sich jedoch in keinem Falle gegenseitig aus. Die Aufarbeitung sowjetischer Geschichte, die im Rahmen des Gorbatschowschen Reformprogramms jetzt möglich gemacht werden soll, bietet auch für die westeuropäische Linke einen Anlaß, ihr Bild von der Sowjetunion zu überprüfen. Dabei ist zu hoffen, daß der Gewinn, den eine erstmals mögliche empirisch und historisch fundierte Kenntnis der internen sojwetischen Entwicklung verspricht, nicht dadurch wieder verloren geht, daß er historisch verflacht oder politisch funktionalisiert wird.

Zum einen Teil aus bürgerlicher Geschichtsschreibung, zum anderen Teil aus der Skepsis sozialdemokratischer Historiker gegenüber dem traditionellen Rußland stammt die Erklärung der russischen Geschichte aus einer fast-theokratischen Tradition, des Byzantinismus. Dieser geistesgeschichtliche Ansatz konnte aber schon die neuzeitlichen Entwicklungen des Zarismus nicht mehr erklären. In der sich entwickelnden linken Diskussion hat dieser Ansatz nur eine geringe Bedeutung.

Schon in den 20er Jahren hatte sich eine Debatte um Plan- und Marktwirtschaft entwickelt (Pollock u.a.). Plan und Markt wurden dort säuberlich getrennt, Sozialismus und Kapitalismus zugeordnet und damit ein realistischer Zugriff auf sozialökonomische Probleme verstellt. Insofern sind aber Plan und Markt Verschleierungsbegriffe, als es kapitalistische Planifikationen historisch wie aktuell und sozialistische gibt, ja Markt und Plan eine spezifische notwendige Einheit kapitalistischer Ökonomie bilden.

Vor allem innerhalb der sowjetischen Ökonomiediskussion spielten die Theorien von der Übergangsgesellschaft eine entscheidende Rolle. Deren Voraussetzung, daß es sich bei der Sowjetunion um eine Gesellschaft im Übergang zum Sozialismus handele, blieb unhinterfragt (Olle). Übergangsgesellschaften sollten auf die Transformation kapitalistischer in sozialistische bezogen sein. In Wahrheit handelt es sich bei den angeführten Ländern um unterentwickelte Länder der ersten und dritten Welt, die man bestenfalls als Schwellenländer bezeichnen konnte und die Transformation war dann lediglich Mittel einer spezifischen Nationalkapitalbildung, die die Chancen am Weltmarkt vergrößern half (A. G. Frank).

Einflußreich für die Theorieentwicklung in der Neuen Linken war Bettelheims Analyse einer sozialistischen Warenproduktion. Das Paradox, das er formulierte, besteht darin, daß auf der einen Seite Sozialismus bedeutet, die Warenproduktion aufzuheben, auf der anderen aber in der Sojwetunion an bestimmten Elementen kapitalistischer Ökonomie aus Planungsgründen

8. bis 10. Oktober

AKTIONSTAGE
in der Oberpfalz

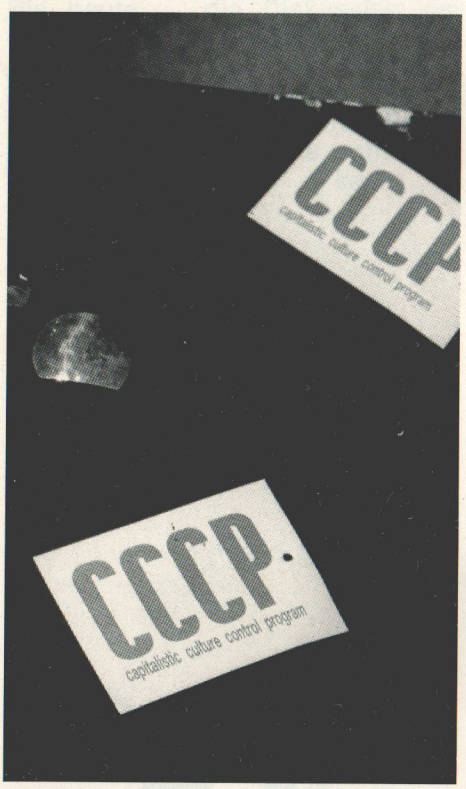
10. Oktober
11 Uhr

GROSS-KUNDGEBUNG

in Wackersdorf
Volksfestplatz
mit anschließender
Demonstration
zum WAA-Baugelände

Information: Anti-WAA-Büro,
Postfach 1145, 8460 Schwandorf,
Tel. 09431/10 29

Schaufensterauslage einer Modeboutique.
Foto: Volker Diehl



festgehalten wird, wie den Preisen, den Wertquanta und dem Geld. Diese Überlegungen wurden bei H. J. Krahl, A. Schmidt, H. Reichelt und H. G. Backhaus aufgegriffen und in ihrer Zuspitzung auf das Geldproblem als Schlüssel zum Verständnis der Marxschen Kapitaltheorie wurde die Frage, was eigentlich eine sozailistische Umwälzung der Verkehrsformen bedeuten könnte, radikalisiert. Diese Diskussion traf sich mit der z.T. aus der Kritischen Theorie herrührenden Debatte um Warenform und Warenästhetik und ist in ihrer Bedeutung für den kulturrevolutionären Impuls der Studentenbewegung nicht zu unterschätzen.

Es gab die erwähnte Bürokratie und Versachlichungsthese, die, so wertvoll sie für eine Phänomenologie der gesellschaftlichen Verhältnisse, doch mit dem Nachteil behaftet war, daß sie unterschiedslos auf kapitalistische und ,,sozialistische'' Verhältnisse zutraf (W. Süß, W. Thaa).

Dutschke gab mit seinem Versuch, Lenin vom Kopf auf die Füße zu stellen, eine Erklärung des russischen Sonderweges, die anknüpfend an die Thesen von der asiatischen Produktionsweise bei Marx und die Untersuchungen von Wittfogel diesen bestimmt durch eine ,,halbasiatische Produktionsweise'' kennzeichnet. Dieser Ansatz hätte jedoch zu klären, wieso sich trotz des Einflusses des europäischen Absolutismus und einer Kapitalisierung Rußlands unter den letzten Zaren gerade die Tradition ,,halbasiatischer'' Staatsförmigkeit als ausschlaggebender Tendenz in der Entwicklung des Sowjetstaates durchgesetzt haben soll.

In der Tradition von Rosa Luxemburg läßt sich die Jakobinismusthese formulieren, die auf einem Strukturvergleich von französischer und russischer Revolution basiert. (Historische Vergleiche zwischen französischen und russischen Revolutionären finden sich oft.) Sie verweist auf sozialökonomisch ähnliche Problemstellungen und zeigt, daß die Politikmodelle analoge, d.h. gewissermaßen radikalbürgerliche waren. Die These zielt zentral auf Analogien von Elementen aus der jakobinischen Phase der französischen Revolution mit dem Kriegskommunismus und verknüpft staatliche Regierungspolitik, agrarische Versorgung und Armeeausstattung wie die dazugehörigen Produktionen mit einem Politikmodell zentralwirtschaftlicher Perspektive auf der einen Seite und atomisierter Basis auf der anderen Seite.

Wenn in der Studentenbewegung und danach der Praxisbezug auch schon aufgrund der relativen Isoliertheit der Bewegung sich als drängend herauszustellen schien, was u.a. zum Rekurs auf positive Revolutionsmodelle zwang und dieser falsche Praxisbezug zugleich auch zu einem Verbündeten mit dem historisch Erfolgreichen führte, so war darin nicht nur eine folgenschwere funktionalistische Orientierung angelegt, sondern zugleich auch eine Verwechslung der empirischen Faktizität mit der historischen Praxis betrieben.

Exekutieren diese Orientierungen nicht das, was mit dem Jakobinismusproblem verbunden ist: die polare Konstruktion von Volk und Führungseinheit oder die Notwendigkeit von Plan und Verteilung?

Sind eigentlich gesellschaftliche Produktionsverhältnisse begriffen, wenn sie nur als Verteilungsverhältnisse diskutiert werden von Arbeit, Produktions- und Konsumtionsmitteln? Aus der Perspektive der Organisation dieser Verteilung ergibt sich notwendig das Auseinanderfallen von Volk und Staatselite. In der Geschichte der Linken ist das Modell des Jakobinismus entweder affirmiert oder dämonisiert worden. Nicht diskutiert wurde, für welche Gesellschaften eine solche Staats- und W[illegible]schaftsform Attraktivität besitzt und aufgrund welcher Bedingungen.

Sozialismus bedeutet als Anspruch immer schon die Überwindung der in der französischen Revolution vorgegebenen bürgerlichen gesellschaftlichen Formen. Daß die Sowjetunion diesem Anspruch nicht gerecht werden konnte, wußte man eigentlich von Anfang an. Zur Diskussion steht, ob sozialistische Produktionsverhältnisse eigentlich noch eine politische Option sein können. Dies zu bejahen bedeutet, an einer Utopie gesellschaftlicher Verhältnisse festzuhalten, in denen individuelle Moral als Opfer überflüssig ist. Nur wenn man davon loskommt, sei es positiv, sei es negativ, die Sowjetunion und die sozialistische Revolution zu identifizieren und der Oktoberrevolution ihren historischen Ort im Kontext durchaus kapitalistisch geprägter Entwicklungsprozesse zuzuw[illegible]sen, hat man die Chance, Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse in Richtung auf das, was einmal mit Sozialismus gemeint war, wieder neu ins Auge zu fassen. Anderweitig bleiben nur dritte Wege zwischen einer mal durch mehr Markt, mal durch mehr Staat und mal durch mehr, mal durch weniger Mitbestimmung, allemal jedoch durch ökonomische Sachzwänge, bürgerliche Verkehrsformen und nationalstaatlich imperiale Machtstrukturen geprägte Varianten der immergleichen Gesellschaft.

Mohssen Massarrat

Neue Eskalationsstufe im Golfkrieg

Zu keinem Zeitpunkt hat sich die Supermacht Amerika vorgenommen, die gigantische Macht ihrer Marine im Persischen Golf so bedrohlich vorzuführen wie heute: 41 US-Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger, ein Schlachtschiff mit rd. 20 000 Mann an Bord, Zerstörer, Kreuzer. . . werden in diesen Tagen den Golf erreichen. Zu keinem anderen Zeitpunkt zuvor hat auch eine US-Militäraktion bereits im Vorfeld derartig große Zweifel und Unsicherheit im amerikanischen Kongress ausgelöst wie eben vor dieser Demonstration militärischer Macht. Die Angst, Selbstmordkommandos der Islamischen Revolution könnten mit ihren mit Sprengstoff vollgepackten Kleinbooten — einigen Hundert an der Zahl — die in den Golf geschickte Armada in die Luft jagen und den mächtigsten Staat der Welt nach der Geiselnahme der US-Diplomaten in Teheran 1980 und der Vertreibung der US-Truppen aus Beirut 1983 erneut demütigen und ihm einen unvergleichbar größeren Schlag versetzen, ist nicht von der Hand zu weisen. Vor dem Hintergrund dieser neuen Eskalationsstufe zwischen den USA und dem Iran ist der inzwischen sieben Jahre andauernde Golfkrieg zeitweise in den Hintergrund getreten. Tatsächlich vollzieht sich in der Golfregion auch ein Prozeß politischer Machtverschiebung zwischen dem auf Ausbreitung der Islamischen Revolution drängenden Iran und der Supermacht Amerika mit den verbündeten Regimen in der Golfregion. Im folgenden Beitrag soll die neue Dimension des Konflikts in ihrem globalen Zusammenhang und unter Einbeziehung der strategischen Ziele beider Seiten analysiert werden.

Nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Golfregion 1970/71 gingen die Vereinigten Staaten als selbsternannte westliche Schutzmacht der Golfregion dazu über, den Iran und Saudi-Arabien als Brückenköpfe in der Region massiv aufzurüsten. Gemäß der Nixon-Doktrin der ,,Twin Pillar Policy'' sollten der Iran und Saudi-Arabien stark genug werden, um aus eigener Kraft nicht nur die innere und äußere Bedrohung der eigenen Regime abzuwenden, sondern darüber hinaus auch die wacklige Macht der Herrscher in den Scheichtümern und allen arabischen Golfstaaten im Bedarfsfall zu sanktionieren. Tatsächlich rüstete das Schah-Regime die Kaiserlich Iranische Armee binnen zehn Jahren zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen in der Dritten Welt auf und erlangte in der Golfregion unbestritten die militärische Hegemonie, bis die Islamische Revolution dieses Regime und damit den wichtigsten Beschützer der US-Interessen in der Golfregion buchstäblich über Nacht hinwegfegte.

Die Supermacht Amerika wollte sich mit dem Rausschmiß aus dem Iran und womöglich aus der gesamten Golfregion nicht abfinden. Die verlorengegangene, ökonomisch wie außenpolitisch so herausragende Option im Golf sollte wieder zurückerobert werden. Die Nixon-Doktrin der ,,Twin Pillar Policy'' war dazu allerdings keine taugliche Strategie mehr, hatte doch die Islamische Revolution im Iran dem amtierenden US-Präsidenten Carter gezeigt, auf welch wackligen Füßen diktatorisch herrschende US-Verbündete wie Schah-Regime, samt dessen bis zu den Zähnen bewaffnetem Militärapparat, stehen können. In seiner Rede zur Lage der Nation am 23.Januar 1980 (elf Monate nach dem Sturz des Schah-Regimes und einige Wochen nach der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran und der sowjetischen Invasion in Afghanistan) erklärte Carter den Persichen Golf zum Interessengebiet der USA und schlug den westlich orientieren Staaten im Nahen und Mitteren Osten eine gemeinsame und ,,kooperative Sicherheitspolitik'' vor. Die in der Carter-Doktrin so formulierte neue US-Strategie für die Golfregion wurde von der Reagan-Administration vollständig übernommen und weiterentwickelt. Um ,,vitale Interessen'' der USA in der Golfregion notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, organisierte das Pentagon die sogenannte Rapid Deployment Forces — RDF — (Schnelle Eingreiftruppe), die sich inzwischen zu einer auf 400.000 Mann angewachsenen mobilen Armee entwickelt, die weltweit eingesetzt werden kann. Im Rahmen der ,,Kooperativen Sicherheitspolitik'' wurde dem bevölkerungsreichen, aber finanzschwachen Ägypten und dem bevölkerungsarmen, aber finanzkräftigen Saudi-Arabien die Aufgabe zugedacht, gemeinsam die Funktion des Schah-Regimes in der Region zu übernehmen und im Krisenfall dem RDF eine umfassende infrastrukturelle und logistische Rückendeckung zu gewähren. Tatsächlich werden seitdem auch gemeinsame amerikanisch-ägyptische Manöver abgehalten, erhält Saudi-Arabien — in der Zeit 1981 - 86 mit 15 Mrd. Dollar größter Waffenimporteur der Dritten Welt — umfangreiche Waffen- und Militärausrüstung, darunter vermutlich von US-Piloten bediente AWACS.

Von der Fortsetzung des Golfkrieges profitieren allerdings keineswegs allein die Vereinigten Staaten, sondern auch andere:

- Der Golfkrieg sorgt wie kein anderer ökonomischer oder politischer Hebel dafür, daß entgegen weitläufigen Auffassungen das Öl aus der Golfregion die Ölmärkte permanent überschüttet und den Ölpreis nach unten drückt.
- Die Kriegsparteien Iran-Irak und ihre Verbündeten sind durch den Krieg mit sich selbst beschäftigt, mobilisieren ihre Kraftresereven gegeneinander, anstatt sie schöpferisch und gemeinsam zum Aufbau ihrer Gesellschaften für eine gemeinsame Regionalpolitik einzusetzen. Die Golfstaaten sind außerstande, eine gemeinsame anti-israelische und pro-palästinensische Politik zu entwickeln und durchzusetzen. Statt dessen ist die israelische Regierung seit Kriegsbeginn nahezu konkurrenzlos imstande, in der Region schalten und wal-

Bezug: Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg, c/o Käthe Jans, Dritte-Welt-Haus, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen

Der profitable Krieg

Seminar zur aktuellen Situation in der Golfregion
Veranstalter: Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg
Termin: 16. - 18.10., 20.10. (19 Uhr) Podiumsdiskussion mit Freimut Duve, Rupert Neudeck, Marianne Stern, Ellen Olms, Alexander von Sternberg, Ulrich Albrecht, Bahman Nirumand
Beginn: 16.8., 18 Uhr
Ort: Passionskirche am Marheinekeplatz, Berlin Kreuzberg
Information: Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg, c/o Dritte Welt Haus, Buchtstr. 14 - 15, 2800 Bremen

ten zu können, wie sie will.
Der Golfkrieg ist offenbar — so paradox es auch erscheinen mag — zu einem bedeutenden Stabiltätsfaktor für die Weltökonomie und -politik geworden.

Neuer Aufwind für die Islamische Revolution

Es ist daher auch durchaus nicht zufällig, daß bisher keine ernstzunehmende und erfolgversprechende Initiative zur Beendigung dieses inzwischen sieben Jahre dauernden Krieges unternommen wurde. Alle westeuropäischen Staaten verstecken sich hinter einer Position der ,,Neutralität'' und beliefern — ungeachtet ihrer zeitweiligen taktischen Parteinahme für die eine oder andere Seite — beide Kriegsparteien im Interesse einer beide Seiten zermürbenden Kriegsfortsetzung mit Waffen und anderen Rüstungsgütern. Auch die Sowjetunion handelt nach derselben Taktik. Die Zerstrittenheit innerhalb der islamischen Welt kommt ihrer auf Zeitgewinn gerichteten Afghanistan-Politik sehr entgegen. Am konsequentesten und phantasievollsten bei dieser Taktik, die nicht weniger menschenverachtend als die Kriegsfortsetzungpolitik der Islamischen Republik Iran selbst ist, haben sich allerdings die USA erwiesen. Hatten sie das irakische Regime Saddam Husseins zum Kriegsabenteuer ermutigt und dem Irak direkt oder indirekt laut ,,Washington Post'' militärwichtige Geheiminformationen geliefert (FR vom 16.11.86), so lieferten sie dem Iran offenbar seit 1981 ebenfalls Waffen (FR vom 29.11.86).

In der Golfregion brauchte die US-Regierung die ohne ihr Zutun und durch den Krieg entstandene Destabilität durch Waffenlieferungen nur noch am Leben zu halten, in Mittelamerika mußte die Destabilisierung erst geschaffen werden. Daß aber der Krieg der Contras gegen die sandinistische Regierung und so die Destabilisierung in Mittelamerika über die Destabilisierung in der Golfregion bei gleichzeitiger Gewinnumleitung aus den US-Waffenverkäufen an den Iran auf die Konten der Contras in Mittelamerika finanziert wurde, offenbart nur noch ein neuartiges Beispiel imperialistischer Skrupellosigkeit. Die bisher teilweise erfolgreiche US-Strategie der Destabilisierung und der Rückeroberung verlorengegangener Bastionen in der Golfregion wird allerdings so lange nicht ganz aufgehen, wie die Islamische Revolution von einem charismatischen Führer in der Person des Ayatollah Khomeini geleitet wird, dessen islamisch-revolutionäre Ausstrahlung und Autorität weit über die Grenzen Irans ungebrochen und immer noch in der Lage ist, mit seiner messianischen Botschaft die entrechteten Massen für die Ausbreitung der Islamischen Revolution zu mobilisieren. Je offener die USA den Irak im Golfkrieg unterstützen, und je stärker sie ihre militärische Präsenz in den arabischen Golfstaaten ausbauen, desto leichter gelingt es Khomeini, seinen potientiellen Anhängern im Iran und der arabisch-islamischen Welt den Beweis für seine schon immer aufgestellte Behauptung anzutreten, daß das irakische Regime von Saddam Hussein und alle Regime der arabischen Golfstaaten genauso Werkzeug des ,,großen Satans Amerika'' sind, wie es einst das Schah-Regime war. Der Anti-Amerikanismus ist eine politische Sprache, die von allen ,,Entrechteten und Barfüßlern'' der Golfregion und wohl auch anderer Regionen der Dritten Welt — im Sprachgebrauch der Islamischen Revolution ,,Mostasafin'' genannt — sehr wohl verstanden wird. Dazu hat die jahrzehntelange Praxis des amerikamischen Imperialismus in allen Regionen der Dritten Welt sehr am wirksamsten beigetragen.

Neben dem Anti-Amerikanismus führt Khomeini seit seinem Sieg im Iran sozusagen an einer weiteren ideologischen Front den Kampf gegen Nationalismus und Kommunismus. Diese Ideologien seien Produkte westlicher Zivilisation und aus Europa gegen den Islam und zur Legitimation weltlicher Herrscher importiert worden. Sie trügen dazu bei, die islamische Welt zu spalten und letztlich den Interessen der Supermächte zu dienen. Dabei scheint der arabische Nationalismus, insbesondere in seiner panarabischen Form, eine besonders wichtige Stellung einzunehmen. Einerseits war der arabische Nationalismus die wichtigste Triebkraft zur Herausbildung selbständiger und säkularisierter arabischer Staaten nach dem Zerfall des Islamisch-Osmanischen Reiches seit Beginn unseres Jahrhunderts. Andererseits haben der arabische Nationalismus und der Panarabismus insgesamt seit der Niederlage Ägyptens im Yomkipur-Krieg gegen Israel 1967 und nach dem Tode von Jamal Abdel Nasser, der populärsten panarabischen Persönlichkeit, ihre antikolonialistische Mobilisierungskraft verloren. Das ungelöste Palästina-Problem, die ungelösten sozialen Probleme und die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung machen Millionen vom Panarabismus enttäuschter frommer Araber zu Adressaten und — über die historischen Barrieren zwischen Sunniten und Schiiten in der islamischen Welt hinweg — auch zu Verbündeten der Islamischen Revolution im Iran. Im Unterschied zu nationalistischen Ideologien, die in der Tat dem Europa des 19. Jahrhunderts entlehnt sind und den kulturellen Besonderheiten orientalischer Vielvölkerstaaten kaum Rechnung tragen, kann sich der politische Islam eine traditionsreiche Kultur zunutze machen, die tief im sozialen Gefüge aller islamisch-orientalischen Gesellschaften verwurzelt

ist.
Wenn nun das irakische Regime von Saddam Hussein unmittelbar nach dem Sieg der Islamischen Revolution im Iran die Hauptzielscheibe der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der islamischen Welt geworden ist, so liegt dies nicht nur an der Existenz einer unterprivilegierten Mehrheit von Schiiten und der Rivalität in der Golfregion, sondern auch daran, daß Saddam Husseins arabische Baath Partei (Partei der arabischen Wiedergeburt) als unglaubwürdigster Repräsentant panarabischer Ideologie innerhalb der arabischen Welt am stärksten isoliert war. Den vom Zaune gebrochenen abenteuerlichen Krieg des Saddam Hussein gegen den Iran, sozusagen als eine Art irakischer ,,Flucht-nach-vorne-Strategie", hat Ayatollah Khomeini dankbar aufgenommen und ihn voll in sein eigenes Konzept der Ausbreitung der Islamischen Revolution integriert. Fortan sollten die sich nach dem Märtyrertod sehnenden Soldaten des Islam an der Kriegsfront mit ihrem Blut die Überlegenheit des Glaubens an überirdische Ideale gegenüber den weltlichen Wertvorstellungen einer panarabischen Armee unter Beweis stellen, die trotz waffentechnologischer Überlegenheit auch tatsächlich eine Niederlage nach der anderen hat einstecken müssen. Unter der Parole ,,Krieg, Krieg bis zum Sieg" und mit jenen dermaßen hochgesteckten Kriegszielen wie dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein oder gar der Auflösung der irakischen Baath Partei, verstößt Khomeini gewiß gegen internationale Gepflogenheiten und das Völkerrecht, und er nimmt auch die dadurch bedingte Isolation Irans von den Regierungen islamischer Staaten und innerhalb der Vereinten Nationen bewußt in Kauf, um die gläubigen Moslems in der islamischen Welt zu politisieren und die dort schlummernden Energien für die Errichtung eigener islamischer Staaten und die Ausbreitung der Islamischen Revolution zu entfesseln. Tatsächlich haben die zahlreichen militärischen Siege des Iran im Golfkrieg und die erfolgreiche Vertreibung der israelischen Armee aus dem Südlibanon durch die libanesischen Schiiten zur Popularität der Islamischen Revolution bei den antiwestlichen und radikalisierten Moslems, aber auch bei den nicht-islamischen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt insgesamt erheblich beigetragen.

Mekka als neuer Transmissionsriemen der Islamischen Revolution

Ein vollständiger militärischer Sieg des Iran über den Irak und die Verwirklichung iranischer Kriegsziele würden die Machtstrukturen im Nahen und Mittleren Osten unweigerlich umkrempeln und sich auf die islamischen Länder in anderen Regionen auch auswirken: für die Fortexistenz konservativer Herrscher in den arabischen Emiraten am Golf bestünde wahrscheinlich keine Chance mehr, das Regime des Saud-Clans in Saudi-Arabien geriete in den Trubel politischer Umwälzungen, der islamische Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans würde neuen Auftrieb erhalten und die fundamentalistischen islamischen Bewegungen in allen islamischen Ländern würden ihre Basis erheblich ausbauen. Genau aus diesem Grunde soll ein endgültiger militärischer Sieg des Iran notfalls durch direktes militärisches Eingreifen der USA, das vermutlich auch die Zustimmung der übrigen NATO-Staaten finden und von der Sojwetunion sogar geduldet werden könnte, verhindert und so einer Asubreitung der Islamischen Revolution durch den Krieg ein Riegel vorgeschoben werden. Der Revolutionsführer Khomeini erkannte allerdings längst die gegenwärtigen Schranken seiner Strategie der Revolutionsausbreitung über militärische Siege im Golfkrieg. Die bisherigen militärischen Siege: die Einnahme der Madjnun-Sumpfgebiete, der Halbinsel Fao sowie die Einkreisung von Basrah haben jedoch das Selbstbewußtsein der iranischen Streitkräfte erheblich gestärkt und die Autorität von Khomeini bei den Gläubigen in der islamischen Welt beträchtlich erhöht. Mit dem ihm eigenen ungeheuren politischen Instinkt für reale Schranken bzw. Möglichkeiten der Machterweiterung erkannte Khomeini die Zeichen der Zeit und eröffnete neben der militärischen Front eine neue Front der Agitation und nicht -militärischer Aktion innerhalb der islamischen Welt. Ohne die Kriegsfortsetzung als Option aufzugeben und ohne sich angesichts der provokatorischen Herausforderungen der US-Marine im Golf auf ein militärisches Abenteuer einzulassen, sollen die antiamerikanische Agitation verstärkt und bedeutende amerikafreundliche Regime in der islamischen Welt direkt an den Pranger gestellt werden. Die Saudische Herrscherfamiie als Hauptfinanzier des Irak im Golfkrieg und selbsternannter Hüter der islamischen Heiligtümer Mekka und Medina, in der arabischen Welt außer ihrer Spendierfreudigkeit nicht sonderlich geachtet, steht trotz ihrer Frömmigkeitsgebärden neben dem Regime von Saddam Hussein im Irak und Israel an der Spitze von Khomeinis Liste der Usurpatoren islamischer Gebiete. Die jährliche Wallfahrt von Millionen Moslems aus aller Welt nach Mekka, nach dem Sieg der Islamischen Revolution im Iran für Khomeinis Revolutionäre ohnehin die wichtigste Gelegenheit, außerhalb der Grenzen des Iran die Botschaft Khomeinis direkt zu verbreiten, sollte nunmehr zu einem entscheidenden Transmissionsriemen zur Ausbreitung der Islamischen Revolution ausgebaut werden und darüber hinaus dazu dienen, den Besitz- und Machtanspruch der Saudis auf die gesamte islamische Welt verbindenden Heiligtümer in Mekka und Medina ernsthaft in Frage zu stellen.
So beschwor Khomeini in einer bemerkenswerten und von seinen Anhängern in ,,Die Plattform der Islamischen Revolution" getauften Botschaft anläßlich des diesjährigen Haddsch, der Wallfahrt nach Mekka, die Moslems und die Entrecheten in der Welt, ,,die gegenwärtig günstigen Bedingungen", die sich dank der Stabilität und Autorität der Islamischen Revolution im Iran ergeen haben, ,,bewußt zu nutzen und sich mit vereinten Kräften aus der Abhängigkeit von den Supermächten zu befreien". Die iranischen und nicht-iranischen Pilger ermahnt er in derselben Botschaft, ,,durch die Teilnahme an Demonstrationen und Märschen in der näheren Umgebung der göttlichen Stätte die Gottlosen, die Ketzer und die Arroganz der Mächtigen, insbesondere des verbrecherischen Amerikas, zu verdammen und nicht zu versäumen, Euren Zorn und Haß gegen die Feinde Gottes und der Völker lautstark zum Ausdruck zu bringen". Die politische Demonstration der Anhänger Khomeinis in Mekka wurde blutig niedergeschlagen, seine Botschaft dürfte in der islamischen Welt aber nicht ohne Widerhall bleiben.
Weder die persönliche Feindschaft gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein noch die Ausbreitung des Schiismus zu Lasten der sunnitischen Mehrheit in der islamischen Welt bestimmen das Denken und Handeln des alten Ayatollahs in Teheran, wie so oft in den Medien des Westens genauso oberflächlich wie fälschlich angenommen wird. Sein Ziel war und bleibt die Islamisierung der Politik und Privatisierung des Islams in allen islamischen Ländern. ,,Wir sind entschlossen", so Khomeini, ,,mit dem Export unserer Revolution, der in Wirklichkeit der Export des wahren Islams und der Befehle des Propheten ist, der Herrschaft und der Tyrannei der Mächtigen der Welt ein Ende zu setzen". Zur Erreichung dieses Zieles sind sie bereit, verkündet er, ,,nichts zu unterlassen und auch eigenes Leben zu opfern. . ." ,,Entweder werden wir uns in Freude über den Sieg der gesamten islamischen Welt die Hände reichen oder wir gehen dem ewigen Leben und dem ehrenhaften Märtyrertod entgegen. In beiden Fällen ist der Sieg auf unserer Seite".
Mit der politischen Radikalisierung der islamischen Welt weit über die Grenzen des Iran und weiterer Herausforderungen der Vereinigten Staaten darf gerechnet werden, jedenfalls solange Khomeini lebt.

Rainer Werning

Krisenherd Südkorea

In Ostasien wankt 18 Monate nach dem Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand E. Marcos ein weiterer Diktator. Niemals zuvor in seiner 39jährigen Geschichte erlebte Südkorea derart gewaltige Demonstrationen, Protestmärsche und Streiks wie in den vergangenen drei Monaten. Das Kalkül des herrschenden Militärregimes unter dem Ex-General Chun Doo Hwan, schon die Vorphase der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. 9. bis 2.10.88) für einen gigantischen Propagandarummel zu nutzen, um sich und der Welt als modellhaftes Wirtschaftswunder-Land mit politischer Stabilität und sozialer Harmonie zu empfehlen, ging nicht auf.

Studentendemonstration in Südkorea 1960

Nachdem Chun die seit Anfang 1986 von der parlamentarischen Opposition initiierte Verfassungsdebatte für die Direktwahl des Präsidenten (bislang wurde dieser von einem ihm politisch genehmen Wahlmännergremium mit über 5.000 Mitgliedern bestellt) kurzerhand beendet und auf die Zeit nach den Olympischen Spielen verschoben hatte, waren es nicht nur die Studenten und die breitgefächerte außerparlamentarische Opposition, die auf die Straße gingen und mit geballten Fäusten ein Ende der Militärdiktatur forderten. Die NKDP-Mehrheit, welche zwischenzeitlich die Partei verlassen und sich just unter Kim Young Sam als Demokratische Wiedervereinigungspartei (RDP) konstituiert hatte, sah sich bei Strafe ihres Gesichtsverlustes, wenn nicht gar Untergangs, gezwungen, rasch zu reagieren und Profil zu zeigen. Sie tat dies, indem sie sich ebenfalls für die Beseitigung der Machthaber aussprach. Damit durchlebte der Widerstand einen Gesichts- und Generationswechsel; nicht länger mehr ließ sich jener als ,,Störfeuer vorwiegend jugendlicher, irregeleiteter und vom Norden gelenkter subversiver Kräfte'' desavouieren. In die Phalanx der Protestzüge hatten sich Professoren, Lehrer, Geschäftsleute, Bankiers, Angestellte und die Angehörigen der Erschossenen geschoben. Daß mittlerweile die gesellschaftliche Polarisierung umgeschlagen war in eine Isolierung des Regimes, hatte eine im Auftrag der Machthaber von der Tageszeitung ,,Kyunghyang Shinmun'' durchgeführte, doch nie veröffentlichte Meinungsumfrage eindrücklich belegt. Danach waren 65,2 % der Befragten ,,unzufrieden'' bzw. ,,sehr unzufrieden'' mit der Regierung. Nur 21,7 % gaben an, mit ihr ,,zufrieden'' zu sein! Der designierte Nachfolger Chuns und neue ,,starke Mann'', Roh Tae Woo, nutzte die Gunst der Stunde und verkündete unter dem Beifall der internationalen Berichterstattung seine ,,Acht-Punkte-Erklärung'', die sämtliche zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition fast buchstabengetreu enthielt. Über den offensichtlichen Befriedungs-Aspekt hinaus widerspiegelte sie einen erbitterten Machtkampf innerhalb des Regimes sowie die ,,aufgeklärte'' Variante des amerikanischen Krisenmanagements: Chun war zur politischen Hypothek geworden, kontraproduktiv im Sinne der außen- und ,,sicherheits''politischen Interessenwahrnehmung Washingtons. Mit Marcos teilte er plötzlich das Schicksal, die ,,Zahnpasta nicht mehr zurück in Tube pressen zu können''. So hatten einst pfiffige Beamte im State Department die Endphase des philippinischen Diktators beschrieben. Solche Diktatoren, diese Lektion hat Washington nach den Debakeln in Vietnam, Iran und Nicaragua gelernt, sind aus der Schußlinie zu nehmen und zum geordneten Abgang zu bewegen. Andernfalls birgt der durch einen (bewaffneten) Volksaufstand besiegelte Sturz von Diktatoren gleichzeitig die Gefahr eines Ausscherens aus dem amerikanischen Herrschaftsbereich in sich.

Ein Rückfall hinter Rohs Erklärung, so verlautbarten die Sprecher des Weißen Hauses und des State Department übereinstimmend, sei ,,undenkbar'', da sie ,,einen sehr positiven und weitsichtigen Schritt (darstellt) und die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs (erkennen läßt)''. Bemerkenswert sind diese Entwicklungen, weil bis zum Herbst 1986 in der US-Administration eine konsistente Korea-Politik betrieben wurde, die sich an der Leitlinie orienterte, das herrschende Regime mit allen Mitteln zu stützen und sich hinter Chuns Demokratischer Gerechtigkeitspartei (DJP) zu stellen. Dies erklärt, warum das bereits 1984 vom Sekretariat des Blauen Hauses, des Amtssitzes des südkoreanischen Präsidenten, verfaßte Geheimpapier ,,Study of the Peaceful Turnover of Political Power'' in einem Vier-Phasen-Plan den Machterhalt der DJP bis zum Jahre 2000 anvisieren konnte. Außenminister George Shultz bekräftigte diese Position während seiner Seoul-Besuche im Frühjahr 1986 und März 1987, als er es nicht einmal für nötig hielt, mit moderaten Oppositionellen aus dem bürgerlichen Lager zu konferieren. Gaston Sigur, stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angele-

KOREA '88
VERBINDUNG SCHAFFEN!
Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88
KOREA FORUM

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88
c/o Michael Denis, Arbeitsstelle Ostasien, ESG Frankfurt, Guiollettstraße 64, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 069/72 48 98.

genheiten, der seit Oktober 1986 in Seoul akkreditierte US-Botschafter Lilley und Blackmore als Chef der Korea-Abteilung im State Department hatten Chun hingegen seit Jahresbeginn zu „einem offenen und legitimen politischen Systen" gedrängt. Südkorea sollte während der Olympischen Spiele nicht als „begossener Pudel" dastehen, der anstatt das Ideal der Völkerverständigung durch Sport „hinauszubellen" als militärischer Kettenhund vor aller Augen die Zähne fletscht.
Zu alledem blieb Chun nichts anderes übrig, als zum bösen Spiel gute Miene zu machen. Das bot Roh erstmals die Chance, trotz langjähriger Freundschaft zum Präsidenten schon aus Überlebensgründen auf Distanz zu gehen. Im Mai verschwand dann mit Geheimdienstchef Chang Se Dong ein bis zum Schluß auf Chun eingeschworener Hardliner, der dem Präsidenten während ihrer gemeinsamen Zeit in Vietnam als Leutnant gedient hatte. Eine neuerliche Kabinettsumbildung im Juli brachte mit Chung Ho Yong einen — gleich Roh — weiteren führenden Vertreter der militärintern sogenannten „Kyungbuk-Fraktion" ins engere Herrschaftszentrum (darunter fallen die aus den Kyungsang-Provinzen stammenden Generäle, die unter Chuns Vorgänger Park Chung Hee den Kern des militärisch-politischen Herrschaftszentrums bildeten). Mit Parks Ermordung im Oktober 1979 war diese Fraktion ins zweite Glied gerückt. Sollte sich diese Fraktion mit den politisch ambitionierten „Reform"-Elementen (vorrangig) des 17. Jahrgangs der Koreanischen Militärakademie verbünden, welche die Korruption auf höchsten Entscheidungsebenen als „unmoralisch" verdammen und darin eine „gefährliche Lähmung der Truppe" wittern, so hätte das Regime zwar einen hausinternen Reinigungsprozeß durchlaufen. Ob sich aus den Banden zwischen „reformierten Militärs", „liberalen Zivilisten" und den Chaebol (den Finanzkonglomeraten) mittelfristig politisches Kapital schlagen läßt, ist momentan jedoch nicht absehbar.
Fürchtete das Regime schon das Zusammengehen von Studenten und Mittelschichten, so ist in den letzten Wochen eine darüber hinausgehende — für die Machthaber ebenso brisante wie beängstigende — Allianz zwischen Arbeitern und Studenten zustande gekommen. Im Grunde genommen erstaunt das nicht; unter den Arbeitern stieß der studentische Protest, der sich ja auch stets gegen die „Love the Company"-Schlägerbanden richtete, aufmuckende Arbeiter entweder krankenhausreif zu schlagen oder sie buchstäblich in die regimetreue „Federation of Korean Trade Unions" hineinzuprügeln, auf wachsende Sympathie. Für die gemeinsamen Kampfziele hatten aber mehrheitlich die Studenten den Kopf hingehalten. Was erstaunte, war die Militanz und die gegenseitig demonstrierte Sympathie während der jüngsten Streikwelle. Hervorzuheben ist, daß diese Streiks von lokalen und regionalen (hauptsächlich im Untergrund agierenden) Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen begonnen und bei zunehmender Eskalation von der erst seit Ende Mai bestehenden „Nationalen Koalition für eine demokratische Verfassung" (NCDC), einer Art Klammer zwischen dem parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf, unterstützt und schließlich landesweit zum zentralen Kristallisationspunkt des nationalen Widerstands gemacht wurden. Nicht nur ist dadurch das Regime, sondern auch die parlamentarische Opposition mit ihren Leitfiguren, den beiden Kims, in Zugzwang geraten. Die Arbeiter und Studenten haben mit den Streiks unterstrichen, daß sie imstande und willens sind, über politische Reformen hinaus für soziale und wirtschaftliche Strukturveränderungen auf die Straße zu gehen.

Neuerscheinung!
Tim Kuschnerus
Rainer Werning
DIE PHILIPPINEN UNTER AQUINO
Facetten eines Machtwechsels

isp pocket 29
ISP-Verlag GmbH
- Postfach 11 10 17 -
6000 Frankfurt/M. 1
September 1987
148 Seiten - 17.80 DM

Hans G. Mittermüller

Philippinen:

Zurück in die Zukunft?

Ende August erfolgte nun der fünfte Putschversuch gegen die Regierung Aquino. Diesmal jedoch nicht von einigen wenigen unentwegten pro-Marcos Anhängern, sondern von ehemals reformoffenen jungen Offizieren, welche Marcos zu stürzen halfen und Aquino unterstützten. Geführt vom Intimus des Ex-Verteidigungsministers und Oppositionsführers Enrile, Oberst Gregorio (Gringo) Honasan, kam es landesweit zu Aufständen, wurden vier Fernsehstationen in der Hauptstadt besetzt, die Kontrolle der zweitgrößten Stadt des Landes übernommen und Armee-Hauptquartiere gleichsam überrannt. Die regierungstreuen Truppen unter General Ramos konnten den Umsturzversuch verhindern. Gringo Honasan konnte jedoch (wahrscheinlich nicht ohne Hilfe sympathisierender Militärs) aus dem Camp Aquinaldo mit einem Helikopter entkommen.

Vorausgegangen waren im Juli die Kongreßwahlen und damit das Ende des ,,quasidiktatorischen Interregnums'' (taz) von Corazon Aquino. Mit den größten Chancen angetreten war das Bündnis LABAN (,,Stärke der Nation''), eine von Justizminister Gonzales gegründete Sammelbewegung. Ihre rechts-sozialdemokratische Ausrichtung fußt einerseits auf der weltmarktausgerichteten Industrie- und Agrarbourgeoisie, andererseits auf den von Marcos blockierten aufstiegsorientierten Mittelschichten. Dem steht das rechte Oppositionsbündnis GOAD gegenüber (Grand Opposition to the Aquino Dictatorship), die GAD (Grand Alliance for Democracy) des Ex-Verteidigungsministers und Putschistenführers Enrile, die PNP (Partido Nacionalista ng Pilipina) des ehemaligen Arbeitsministers Blas Ople, der rechte nationalliberale Flügel der LP unter Eva Estrada Kalaw (ehemals alliiert mit Aquino) mit ihrem prominenten Kandidaten und Marcos-Verehrer, Kino-Star Joseph ‚Erap' Estrada, und letztlich die Marcos-treue KBL (Kilusang Bagong Lipunan — ,,Bewegung für die neue Gesellschaft'').

Erstmals seit 1946 nahmen auch — als dritte Kraft — die Linken landesweit an den Wahlen teil, nachdem die Kampagne des ,,aktiven Boykotts'' gegen die Februarwahlen in einem Fiasko endeten. Ihre Partei versteht sich als ,,eine Partei der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Mittelschicht, was sowohl die städtische Kleinbourgeoisie als auch den patriotischen Teil der Bourgeoisie umfaßt. Sie ist gegen ausländische Herrschaft und die feudale Herrschaft der einheimischen ausbeuterischen Klassen. Das politische Programm spricht sich für nationale Freiheit und Demokratie aus, was im philippinischen Klartext in erster Linie die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Bauern durch eine vollständige Landreform bedeutet'' (José Maria ‚Joema' Sison, in einem Interview in: DVZ/die tat v. 24.4.'87).

Neben diesen drei großen politischen ,,Blöcken'' wurden Teile der sog. Mitte zerrieben oder befinden sich in der Diaspora wie die Kirche zwischen Gewaltlosigkeit und Theologie der Befreiung, während Kardinal Sin Loyalitätsbekundungen für die Regierung Aquino nahelegt, ,,have been hundreds of priests, nuns and lay workers secretly inductet into the NDF'' (Newsweek, September 7, 1987). Eine andere große soziale Bewegung, die muslemische Befreiungsfront MNLF (Moro National Liberation Front) verhandelt einerseits mit der Regierung Aquino um eine autonome ,,Bangsa Moro Republik'', führt aber andererseits den bewaffneten Kampf fort (im südlichen Mindanao). Ihre geographische Nähe zum ebenfalls islamischen Malaysia und ihre Ferne zu Manila begünstigen ihre Autonomiebestrebungen. Landvertreibungen zugunsten der reaktionären Agrarbourgeoisie noch unter Marcos und die Errichtung ,,strategischer Wehrdörfer'' (sog. ,,Hamlets'', i.e. Zusammenfassung der Bevölkerung zur strikten militärischen Bewachung) taten ein übriges.

Bereits kurz nach den Kongreßwahlen kam es zu massiven Korruptions- und Manipulationsvorwürfen (,,Goons, guns and gold''). Die Rechte unter Enrile rief zum Sturz der Regierung auf, doch das Militär blieb ,,in Reserve' (Verteidigungsminister Ileto), obwohl 50 % der Militärs für rechte Kandidaten votierten. Damit zerbrach auch das rechte Bündnis. Auf der Linken erklärte die NDF die Wahl als einen ,,Multimillionen-Peso-Trick'' und Nilo Tayag, Mitbegründer der CPP und nunmehr Dozent für politische Wissenschaft, erklärte: ,,Wahlen haben in diesem Lande wenig mit Demokratie zu tun. Sie sind eine finanzielle Investition in Erwartung künftiger Gewinne''.

Der LABAN ist es nunmehr gelungen, das Parlament fast ausschließlich mit ihren Kandidaten zu besetzen (Agrar- und Handelsbourgeoisie) — mit Ausnahme der beiden Rechten Enrile und ‚Erap' Estrada. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählt der neue Kongreß die Entscheidung über eine Verlängerung (!) der Stützpunktabkommen mit den USA, eine Lösung des Konflikts mit der moslemischen Minderheit, sowie die Einzelheiten der Agrarreform festzulegen.

Bereits vor den Wahlen sollte Frau Aquino die Landreform per Präsidentenerlaß Gesetz werden lassen, doch legte sie erst jetzt ein Rahmengesetz vor, nach dem niemand mehr als sieben Hektar Land besitzen darf. Landeigentümer müßten laut Verfassung dementsprechend ,,gerecht'' entschädigt werden. Doch bereits die Landreform von 1972, bei der ca. 300.000 Kleinbauern durchschnittlich 1,6 ha bekamen, stürzte diese in eine massive Verschuldung respektive neue/alte Abhängigkeit und hob so gleichsam die Landreform ,,hinter deren Rücken'' wieder auf. Korruption und Vetternwirtschaft, juristisch diffuse Landbesitzverhältnisse und manipulierte Schätzungen von nicht registrierten Ländereien eröffneten der Spekulation Tür und Tor. Laut Gesetz sollten nun in einem Stufenplan Grundbesitzer enteignet und Landlose so mit Boden versorgt werden. Das dazu notwendige ,,Saatgeld'' sollte von der Weltbank und anderen Kreditgebern kommen (ca. 2,3 Mrd. Dollar). Doch die Weltbank winkte ab: das Land sollte unter Anleitung der Weltbank und des IWF die Landreform aus eigenen Mitteln finanzieren.

Dagegen formiert sich bereits die rechte nationale Agrarbourgeoisie. So erstellten etwa in der Provinz Negros Occidental die Großgrundbesitzer (,,haceneros'') das ,,Negros Autonomy Movement'' (NAM) mit ca. 10.000 Mann zur militärischen Verteidigung ihrer Haciendas. In dieser Provinz besitzen 5 % der hacenderos 43 % des Landes. Zwischen diesen militanten hacenderos und der NPA steht die ,,Philippine Constabulary Forward Command'' (FC), eine Hybride: so sollen sie einerseits für die Aquino-Regierung die Agrarreform durchsetzen, werden aber andererseits von den hacenderos entlohnt! Ferner stellen etwa in dieser Provinz Negros Occidental die Großgrundbesitzer alle sechs Parlamentsmitglieder.

Die Bauernbewegung KMP (Kilisang Magbubukid ng Pilippinas) sieht darin zurecht eine ,,Verewigung der philippinischen Gesellschaft'' und fordert in ihrem 1986 verabschiedeten ,,Programm für eine echte Landreform'': kostenlose Landverteilung, eigene Verwaltung und Bearbeitung, Enteignung aller aufgrund von Hypotheken überschriebenen Flächen mit anschließender Verteilung, kostenlose Zuteilung von 20 % der Plantagenbetriebe zur privaten Nutzung, Begrenzung der Pacht, Ausrottung des Wuchers u.a.m. (vgl. Südostasien-Info 1/87). Nur derartige Maßnahmen, gepaart mit sozialpolitischen Reformen können einen Ansatz bilden, das Aquino-Paradox — Popularität und Paralyse — aufzuheben. Dementgegen stehen aber neben innenpolitischem Klassenkampf auch ausländisches Kapital, getragen von rechten US-Kreisen und dem CIA (wie im Falle des letzten Putsches).

Sigrid Thomsen

Südafrika

Nach dem Bergarbeiterstreik

An den Maßstäben bundesdeutscher Tarifkonflikte gemessen, hat die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft NUM mit ihrem Streik keinen großen Erfolg erzielt: Ihre wichtigste Forderung, eine Lohnerhöhung um 30 Prozent für die schwarzen Kumpel, konnte sie nicht durchsetzen. Nach drei Wochen Ausstand mußte sie sich Ende August auf das letzte Arbeitgeberangebot von 23 Prozent einlassen.

Die erreichte Verbesserung der Krankheitsversorgung und der Abschluß über eine Hinterbliebenenrente sowie die Verlängerung des Jahresurlaubs sind nicht zu unterschätzende Fortschritte im südafrikanischen Bergbau, der mit jährlich 600 bis 800 Todesfällen als der gefährlichste der Welt gilt. Die Durchsetzung eines Anspruchs auf Sozialleistungen (,,pensionfunds'') war auch für die unabhängigen Gewerkschaften in der verarbeitenden Industrie Anfang der achtziger Jahre Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit den Unternehmern.

Und schließlich: Der Streik war ein Machtkampf. Keine Seite hat ihn verloren. Obwohl die Unternehmen der Bergwerkskammer — bei erheblichen Gewinnverlusten — letztlich ihre harte Linie bei den Löhnen durchgesetzt haben, haben sie die NUM nicht ,,besiegt''. Daß dieser Streik überhaupt durchgehalten werden konnte — ohne Streikkasse, ohne daß Versammlungsverbote und Übergriffe der Werkspolizei die Disziplin unterhöhlt hätten, ohne daß die Gewerkschafft in ihrer Organisation geschwächt worden wäre — das ist nach den Streikerfahrungen der letzten Jahre im Bergbau ein erheblicher Erfolg für die NUM. Dazu gehört auch die Rücknahme der Massenentlassungen, die die Gewerkschaft bei ihrem Einlenken nach drei Wochen durchsetzen konnte.

Die NUM hat in den fünf Jahren ihres Bestehens mit 336.000 Kumpeln die Mehrheit der schwarzen Bergleute organisiert. Ihr Streik traf nicht mehr nur einzelne Unternehmen, sondern die ganze Branche. Und er traf nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch den Staat, der auf die Deviseneinnahmen aus dem Gold- und Kohleexport dringend angewiesen ist.

Die Kraftprobe jedoch hat politisch weiterreichende Aspekte: Arbeitsverweigerung ist das letzte friedliche Instrument, über das Schwarze zur Systemveränderung in Südafrika verfügen. Es liegt in der Verantwortung der Gewerkschaften, es zu benutzen. Und die haben in dem Land, in dem Schwarze kein Wahlrecht haben, in dem politische Organisationen verboten sind und politische Initiativen unterdrückt wer-

75 Jahre African National Congress

In fast einem halben Jahrhundert legaler Existenz und über einem Vierteljahrhundert illegalen Kampfes ist der ANC zur führenden Kraft des südafrikanischen Befreiungskampfes geworden. Als der ANC 1912 als ,,African National Native Congress'' gegründet wurde, war er alles andere als eine revolutionäre Befreiungsbewegung im modernen Sinn. Das änderte sich erst 1948, als nach dem Wahlsieg der burischenNationalpartei das Apartheid-Programm zur offiziellen Regierungsdoktrin wurde.

Bis heute ist die auf dem Weltkongreß in Kliptown 1955 verabschiedete ,,Freedom Charta'' das zentrale programmatische Dokument des ANC und wichtigster Bezugspunkt aller Diskussionen über die Zukunft Südafrikas jenseits des Apartheidsystems geblieben. Wie keine andere Organisation hat der ,,African National Congress'' das Bewußtsein der Schwarzen von ihrer eigenen Stärke entwickelt und wachgehalten, wie keine andere Kraft verkörpert er heute die historische Kontinuität des Widerstandes und Befreiungskampfes in Südafrika.

(Informationsdienst südliches afrika, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1)

den, sobald sie Stärke zeigen, politische Aufgaben übernommen. In diesem Sinne ist jeder Streik auch ein Test für Bewußtseinsstand, Organisationsgrad und Aktionsfähigkeit der Arbeiter gegen die oft vereinte Macht von Staat und Kapital.
Seit Einführung der neuen Verfassung 1984 haben die Gewerkschaften mehrfach und in Zusammenarbeit mit politischen Organisationen auch für politische Forderungen gestreikt: gegen den fortwährenden Ausschluß Schwarzer vom Wahlrecht, für die Zulassung der verbotenen Befreiungsorganisation, für die Freilassung der politischen Gefangenen, gegen den Ausnahmezustand. Sie haben keines dieser Ziele erreicht. Aber sie haben Erfahrungen gesammelt. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß eine Gewerkschaft um so stärker unter staatlicher Verfolgung zu leiden hat, je deutlicher sie in der politischen Auseinandersetzung Stellung bezieht. — Sie mußten lernen, trotz zerstörter Büros, unterbrochener Kommunikationskanäle und inhaftierter Führer ihre Tarifverhandlungen, Einigungsprozesse und politische Willensbildung zu organisieren. Der Ausnahmezustand, unter dem die Bereitschaft zur Radikalität im Widerstand noch weiter gewachsen ist, hat auch den Politisierungsprozeß der Gewerkschaften beschleunigt.

Mehrere Einzelgewerkschaften im größten Dachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions; Gewerkschaftsverband, dem auch die NUM angehört) — zuerst die NUM — haben sich bei ihren Jahreskongressen zur Freiheitscharta bekannt, dem Dokument, das 1955 unter Mitwirkung des damals noch legalen ANC verabschiedet wurde und gesellschaftliche Grundlagen für ein einst freies Südafrika formuliert, die eine sozialistische Perspektive für die Wirtschaft zumindest offenlassen. Im Juli zog die Nationalversammlung von COSATU mit einer entsprechenden Resolution nach.

Die NUM hat sich für 1987 nicht nur die Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen vorgenommen, sondern auch dem System der Wanderarbeit den Kampf angesagt, bessere Wohnbedingungen für die in ,,Herbergen'' auf Bergwerksgelände kasernierten Kumpel und die Abschaffung der ethnisch getrennten Unterbringung gefordert. Das geht an die Grundlagen des Systems.
Südafrikas Wirtschaft basiert auf der Wanderarbeit. Das Homeland-System, Kern der Apartheid, ist vor hundert Jahren im Gold- und Diamantenbergbau erfunden worden. Weil Schwarze damals in Reservate verwiesen wurden, von deren Ertrag sie von Anfang an nicht leben konnten, mußten sich die Männer in die Bergwerke begeben und, rundum kontrolliert, für geringe Löhne arbeiten. Auch die Spaltung der Arbeiterschaft in schwarze und weiße Arbeiter, die heute augenscheinlich ganz unterschiedliche Interessen haben, rührt aus den Anfängen der südafrikanischen Industrialisierung. Sie geschah auf Betreiben der ungelernten weißen Arbeiter, die sich mangels Qualifikation für die Hautfarbe bezahlen ließen und mit Zustimmung der Unternehmer, die langfristig an einer gespaltenen Arbeiterschaft interessiert waren. Die Sperrung der Facharbeit für Schwarze, im Bergbau formal erst jetzt aufgehoben, weil sich die weißen Gewerkschaften dagegen gesperrt haben, rührt aus dieser Zeit. Eine Gewerkschaft, die sich damit nicht auseinandersetzte, könnte die Interessen ihrer Mitglieder nicht vertreten. Die meisten Arbeiter trennen ohnehin nicht zwischen politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung; sie erfahren beides als Aspekte desselben Systems. Vor diesem Hintergrund war der Bergarbeiterstreik nicht nur Lohnkampf.
Auch in der verarbeitenden Industrie besteht ein großer Teil der Gewerkschaftsmitgliedschaft aus Wanderarbeitern und Pendlern. Wo die Homelands unmittelbar an die Industriezentren grenzen und die schwarzen Wohngebiete auf deren Boden liegen, ist Gewerkschaftsarbeit viel zu sehr durch diese Verhältnisse beeinträchtigt, als daß die Beschränkung auf rein ökonomische Fragen — die nach dem Arbeitsrecht von 1979 vorgesehen war — schwarzen Gewerkschaften möglich gewesen wäre.

Auch die zunächst ,,rein ökonomisch'' anmutende diesjährige COSATU-Kampagne für einen ,,Lohn zum Leben'' hat politische Implikationen. NUM-Präsident James Motlatsi formulierte beim Jahreskongreß der NUM Anfang des Jahres: ,,Die Kampagne für einen Lohn zum Leben ist die erste Phase unseres Kampfes um eine bessere Verteilung des Reichtums dieses Landes. Das kann niemals unsere Lösung sein. Das Kernproblem der Wirtschaftskrise kann von dieser oder irgendeiner kapitalistischen Regierung nicht gelöst werden. Nur eine demokratische, sozialistische Gesellschaftsordnung, die die Ressourcen des Landes zum Wohle der Menschen und nicht zum Profit gebraucht, wird die Krise bewältigen'' (nach South African Labour Bulletin 12/3, 1987, S. 46)

Den Streik als politische Waffe einzusetzen, bringt die Gewerkschaften aber auch in objektive Widersprüche und hat verschiedentlich schon zu Konflikten zwischen Gewerkschaften und politischen Gruppen geführt. Gewerkschaften müssen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten; z.B. die an der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Sie vertreten zunächst nicht die Interessen der arbeitslosen schwarzen Jugend. Sie müssen taktisch mit dieser Waffe umgehen, die nur brauchbar ist, wenn sie von einer gut organisierten Arbeiterschaft benutzt wird. Um so wichtiger ist die enge Zusammenarbeit und Absprache zwischen Gewerkschaften und politischen Organisationen, um die sich beide Seiten seit einiger Zeit verstärkt bemühen und die der Druck des Ausnahmezustands offenbar erleichtert hat.
Was den NUM-Streik politisch so brisant machte, ist die Vision, daß er einmal auch um die Abschaffung der Apartheid und das kapitalistische System gehen könnte. Die NUM ist eine der ersten Gewerkschaften, die Mehrheiten in ihrem Industriebereich organisiert. Mit der Zusammenlegung von Einzelgewerkschaften zu nationalen Industriegewerkschaften schreitet dieser Prozeß voran. Aber insgesamt ist die Gewerkschaftsbewegung noch weit davon entfernt, Mehrheiten zu organisieren, die die staatlichen Attacken gegen politische Gewerkschaftsarbeit auch durchstehen könnten. Es ist beachtlich genug, daß sie sie trotz Ausnahmezustand und wirtschaftlicher Krise bislang relativ gut überstanden hat.
Aber die Kraftprobe der NUM eröffnet auch eine schreckliche Vision: Trotz legaler Vorgehensweise, trotz rein ökonomischer Forderungen und erheblicher Vorsichtsmaßnahmen der Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern sogar die Heimfahrt empfohlen hat, um Gewalt zu vermeiden — was die Kommunikation in einem unbefristeten Arbeitskampf unter Ausnahmerecht nicht eben erleichtert —, trotzdem hat es schon in der ersten Streikwoche Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei und einige hundert Verletzte und Inhaftierte gegeben. Neun Bergleute kamen um's Leben. Man kann nicht hoffen, daß ein irgendwann vielleicht möglicher Generalstreik um politische Befreiung ein friedlicher Kampf bliebe. Aber das liegt nicht in der Verantwortung der Gewerkschaften.

Holm-Detlef Köhler

Spanien

Gewerkschaftsbewegung am Scheideweg

Das Jahr 1987 entpuppt sich für die spanische Gewerkschaftsbewegung in vieler Hinsicht als Jahr der Neuorientierung. Zehn Jahre Legalität und Demokratie — im April 1977 wurden die Gewerkschaften legalisiert und im Juni desselben Jahres fanden die ersten demokratischen Wahlen nach dem Tod Francos statt — bieten ebensowenig Grund zu unbeschwertem Feiern wie fünf Jahre sozialistischer Regierungspraxis, gestützt auf eine absolute Mehrheit.

Mit einem Organisationsgrad von kaum 15 Prozent, in eine kommunistische und eine sozialistische Zentrale sowie regionalistische Kleingewerkschaften gespalten und von einer dauerhaften Wirtschaftskrise in die Defensive gedrängt, bezeichnen sich die Gewerkschaften heute als ,,hermano pobre'' (armer Bruder) des demokratischen Übergangs.

Die erst in den 60er Jahren unter dem Schutz des autoritären frankistischen Staates nachgeholte Industrialisierung Spaniens vollzog sich extrem ungleichgewichtig. Während in der nördlichen Peripherie (Katalonien, Baskenland) und in Madrid ein gewaltiger Industrialiserungs- und Urbanisierungsschub einsetzte, verarmten die weiten Agrargebiete im Süden und Zentrum. Entsprechend dieser sozioökonomischen Spaltung bildete sich in den nördlichen Industrieregionen ein modernes, interessenbewußtes Industrieproletariat heraus, Kern der sich formierenden antifrankistischen Opposition, während einem Großteil der Agrarbevölkerung nur der Weg in die Emigration blieb. Die organisierte Arbeiterbewegung bildete sich seit Beginn der 60er Jahre zuerst in Form spontan entstehender Arbeiterkommissionen im Betrieb. Diese organisierten sich dann zunehmend auf regionaler Ebene, unterwanderten das frankistische Einheitssyndikat und gerieten gegen Ende der Diktatur unter dominanten Einfluß der PCE, der es gelang, zur hegemonialen Kraft in der ,,neuen spanischen Arbeiterbewegung'' zu werden. Als sich das Ende des Franco-Regimes abzeichnete, fand daneben, weitgehend unabhängig von der inneren Entwicklung, eine wichtige Transformation der ,,historischen Arbeiterbewegung'', den im Exil zusammengeschrumpften Resten der sozialistischen Partei PSOE und der Gewerkschaft UGT, statt, die nach vierzig Jahren Franco-Regime praktisch keine Verankerung mehr in der inländischen Arbeiterbewegung hatten. PSOE und UGT wurden zum Projekt der europäischen Sozialdemokratie, die mit großzügiger organisatorischer und finanzieller Hilfe die Formierung sozialdemokratischer Organisationen in dem sich wandelnden spanischen Staat organisierte. Damit standen sich zu Beginn der politischen Umbruchs 1975 - 77 zwei konkurrierende Arbeiterorganisationen gegenüber.

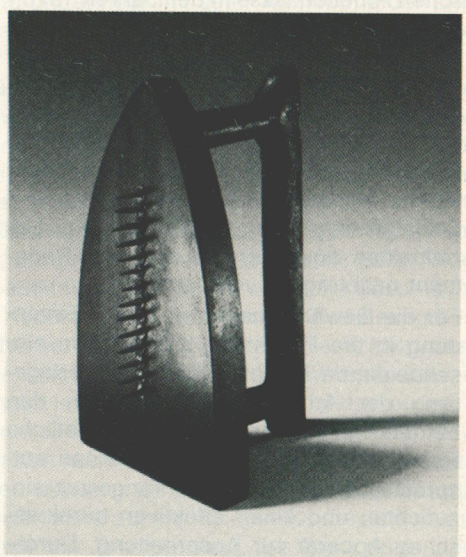
Die sozialistische UGT orientierte sich von Anfang an am deutschen Gewerkschaftsmodell einer zentralistischen, nach Industriezweigen gegliederten Organisation zur ökonomischen Interessenvertretung. Die Orientierung am Staat als zentralem Verhandlungspartner und die Anlehnung an die PSOE als zuständiger politischer Schwesterorganisation bildeten das zentrale Handlungsmuster der ersten Jahre nach Franco.

Die Arbeiterkommissionen (CCOO) versuchten demgegenüber, ihre im antifrankistischen Kampf herausgebildete Struktur ,,soziopolitische Bewegung'', einer dezentralen, auf der Mobilisierung im Betrieb aufbauenden Basisbewegung zur politischen und ökonomischen Interessenvertretung zu erhalten. Mit diesem Konzept gerieten sie jedoch nicht nur in Widerspruch zu den herrschenden Klassen und konkurrierenden Arbeiterorganisationen, sondern bald auch zur PCE.

Die Arbeiterbewegung verliert ihre Protagonistenrolle

Die spanische Arbeiterbewegung erwies sich so im Endeffekt als zu schwach und parzellisiert, um das Franco-Regime zu besiegen. Die Hoffnungen auf einen ,,demokratischen Bruch'' erfüllten sich nicht. Statt dessen organisierten die reformwilligen Kräfte des Regimes unter schrittweiser Einbeziehung der Opposition die sog. ,,paktierte Reform''. In diesem Prozeß verlagerte sich die Protagonistenrolle von den sozialen Bewgungen auf eine sich neu formierende politische Führungsschicht. Die Gewerkschaften ordneten sich dabei den Interessen der jeweiligen Bruderpartei unter.

Neben der Unfähigkeit, den Frankismus zu besiegen, und der Dringlichkeit der politisch-institutionellen Erneuerung trug die ständige Bedrohung von rechts, insbesondere des Militärs, entscheidend dazu



bei, die Gewerkschaften aus der sozialen Führungsrolle zu drängen. Das Militär machte — zuletzt mit dem gescheiterten Putschversuch vom 23. Februar 1981 — stets unmißverständlich deutlich, daß es einen grundlegenden sozialen Wandel nicht hinnehmen würde.

Nicht zuletzt brachte die ökonomische Krise die Gewerkschaften in die Defensive. Die harte Streikpolitik Mitte der 70er Jahre ließ sich angesichts der rapide ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und des überfälligen Strukturwandels der Wirtschaft nicht länger durchhalten. Die Gewerkschaften mußten schließlich nicht nur die politische, sondern auch die ökonomische Konsolidierung als vorrangige Ziele akzeptieren.

Sowohl die rechten Zentrumsregierungen unter Suárez und Calvo Sotelo wie die sozialistische Regierung González ab 1982 versuchten, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in ein Modernisierungskartell einzubinden, um ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik die notwendige Legitimationsbasis zu verschaffen. Seit 1977 wurden in Spanien fast jährlich Sozialpakte zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern unter direkter oder indirekter Beteiligung der Regierung geschlossen. Die Arbeitsbeziehungen verlagerten sich dabei auf die Ebene zentraler Spitzenverhandlungen unter staatlicher Leitung. Ökonomisch hatten die Sozialpakte vor allem eine Lohnmoderation, die der spanischen Arbeiterklasse in den Jahren 1978 - 84 einen Kaufkraftverlust von ca. 14 % bescherte, und eine drastische Reduzierung der Arbeitskonflikte zur Folge, ohne daß die Arbeitslosenrate vermindert werden konnte. Diese stieg vielmehr bis 1985 kontinuierlich auf über 20 % an. Daneben wurden wesentliche Teile der Arbeits- und Sozialgesetzgebung im Rahmen von Sozialpakten ausgehandelt und vom Parlament nachträglich verabschiedet.

Für die Gewerkschaften hatte die Einbindung in die Politik der Konzertation einschneidende Folgen. Durch die Verlagerung der Arbeitsbeziehungen von den betrieblichen auf die zentralstaatliche Ebene waren sie gezwungen, einen entsprechenden zentralen Führungsstab einzurichten und einen effektiven bürokratischen Apparat zur Ausarbeitung, Durchsetzung und Kontrolle der Verhandlungsinhalte einzurichten. Parallel dazu nahm ihre Verankerung in Betrieben ab. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank von ca. 40 % 1978 auf unter 15 %. Zudem verschärfte sich die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung aufgrund der gegensätzlichen Haltungen zur Konzertation (s.u.). Als Gegenleistung für die sozialen Opfer wurde den Gewerkschaften die institutionelle und gesellschaftliche Anerkennung zuteil.

Während die UGT die soziale Konzertation von Anfang an zum Leitmotiv ihrer Strategie machte und in ihr den Königsweg zur Schaffung eines modernen Sozialstats erkannte, wobei sie — aus unterschiedlichen Gründen — mit der Unterstützung von Regierung und Unternehmern rechnen konnte, verhielten sich die CCOO äußerst zwiespältig gegenüber der Konzertation, die ihrer Auffassung von einer soziopolitischen Bewegung widersprach. Der anfänglichen Akzeptanz aufgrund übergeordneter politischer Interessen folgte eine Oppositionsphase, in der sie versuchten, durch Streiks die praktizierten Lohnobergrenzen zu durchbrechen. Diese Strategie war jedoch weitgehend erfolglos. Nach der politischen Krise von 1981 führte das Ziel der demokratischen Konsolidierung die CCOO wieder an den Verhandlungstisch zurück. Die Machtübernahme der sozialistischen Regierung brachte dann eine verstärkte Orientierung an dem wirtschaftlichen Modernisierungsziel, vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden EG-Eintritt. Der Umbau der spanischen Wirtschaft sollte über weitere Arbeitsplatz- und Lohnopfer der Arbeiterklasse bewerkstelligt werden. Die CCOO widersetzten sich dieser Politik und verweigerten ihre Mitarbeit an den darauffolgenden Sozialpakten. Gescheiterte Versuche, einen Generalsterik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu organisieren, demonstrierten jedoch, daß die Folgen der andauernden Wirtschaftskrise, der wachsenden Entpolitisierung der Bevölkerung und des Mitgliederschwundes die CCOO wie die Gewerkschaftsbewegung insgesamt nachhaltig geschwächt hatten.

Notwendige Neuorientierung

1984 kam es nach zwei Jahren harter Modernisierungspolitik der PSOE-Regierung erstmals zum Scheitern der Sozialpaktverhandlungen. Die Arbeitskonflikte nahmen zu, und die UGT begann, die Politik der ihr nahestehenden Regierung zu kritisieren. Die gewerkschaftliche Flanke erwies sich als Schwachstelle im Modernisierungskartell, die keine effektive Kontrolle der Arbeiterschaft mehr gewährleisten konnte. Insbesondere in den am stärksten betroffenen Krisenbranchen kam es zu unkontrollierten Massenstreiks. Die UGT sah sich zunehmend gezwungen, eine parteiunabhängige Politik zu entwickeln. Dabei kam es zu einer langsamen Wiederannäherung zwischen den beiden großen Gewerkschaften. Zwar gelang es der Regierung nochmals, für die Jahre 1985/86 einen Pakt zwischen UGT und Arbeitnehmerverband auszuhandeln, doch nach Ablauf dieses Abkommens zeigt sich, daß eine ungebrochene Fortführung der Paktpolitik nicht mehr möglich ist. Während für die Regierung weiterhin die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft oberstes Ziel bleibt, geht es den Gewerkschaften jetzt darum, ihre organisatorische Stärke über eine stärkere Präsenz im Betrieb und eine verstärkte Aktionseinheit beider Organisationen zurückzugewinnen.

Die Probleme stellen sich dabei für beide Gewerkschaften unterschiedlich. Die UGT besitzt bislang keine Tradition parteiunabhängiger, auf der Mobilisierungskraft der Basis beruhender Gewerkschaftspolitik, und ihre Mitglieder repräsentieren eher den moderaten Teil der Arbeiterschaft. Für sie ist die Abkehr von der staats- und paktorientierten Politik ein schwieriges Unterfangen, zumal sich die konkurrierenden CCOO auf diesem Terrain wesentlich sicherer bewegen. Für die CCOO könnte eine autonomere Gewerkschaftspolitik eine teilweise Wiedererstarkung bedeuten, doch zeigen sich an vielen Stellen schwer zu überwindende Probleme. Zum einen hat der Niedergang der PCE die CCOO nicht unberührt gelassen. Angesichts des bevorstehenden IV. Kongresses, auf dem ein Nachfolger für den charismatischen Vorsitzenden Marcelino Camacho gewählt werden muß, machen sich erhebliche innergewerkschaftliche Kämpfe zwischen verschiedenen Flügeln bemerkbar. Die CCOO leiden außerdem an der einseitigen Verankerung in der traditionellen Industriearbeitergewerkschaft. Ihre Mobilisierungskraft ist im wesentlichen auf einige industrielle Zentren, Groß- und Staatsbetriebe beschränkt.

Nimmt man zu diesen Problemen die allgemeinen Probleme der europäischen Gewerkschaftsbewegung angesichts der technologischen Umstrukturierung des Kapitals hinzu, so sieht die Zukunft der spanischen Gewerkschaften wenig hoffnungsvoll aus. Sie haben sich in ein westeuropäisches Gewerkschaftsmodell integriert, welches in der Prosperität der Nachkriegszeit beachtliche Erfolge erzielen konnte, sich jedoch im aktuellen kapitalistischen Strukturwandel und angesichts der neokonservativen Offensive in einer tiefen Krise befindet. Zur Ausbildung kampfstarker Interessenorganisationen im Abschluß an eine 40jährige autoritärstaatliche Epoche scheint dieses Modell wenig tauglich.

Silvia Lange

Anthropologie und Gesellschaftstheorie bei Leo Kofler

Bis auf sein Buch „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" ist das Koflersche Werk eigentlich kaum rezipiert worden. Besonders schade ist das hinsichtlich seiner anthropologischen Schriften (Der asketische Eros, Aggression und Gewissen, Technologische Rationalität im Spätkapitalismus), die auf der Ebene der Gesellschaftsanalyse fruchtbar gemacht werden könnten.

Leo Kofler begründet die Notwendigkeit einer marxistischen Anthropologie zum einen damit, daß jede kritische Gesellschaftstheorie ein spezifisches Bild vom Menschen voraussetzt, zum anderen fehlt, wenn man den Menschen nur historisch betrachtet, jeder Maßstab zur Beurteilung historischen Fortschritts. Ziel seiner Anthropologie, die er als anthropologische Erkenntnistheorie versteht, ist die Überwindung der einseitigen Verabsolutierung eines Moments der menschlichen Existenz, also sowohl die Überwindung des mechanischen Materialismus wie auch eines metaphysischen Idealismus. Kofler will eine neue Position gewinnen, in welcher Natur und Geist zu einer dialektischen Einheit gelangen. Er bestimmt Anthropologie als die Wissenschaft von den unveränderlichen formalen Voraussetzungen der menschlichen Veränderlichkeit. Diese Voraussetzungen sind lediglich formaler Art, weil sie keinerlei Einfluß auf den konkreten historischen Inhalt haben. Als die wichtigsten dieser formalen Eigenschaften bestimmt Kofler Bewußtsein, Arbeit, Vergesellschaftung und die Geschichtlichkeit des Menschen. Er redet von einer „Transzendentalität des Bewußtseins", welches meint, daß alle Äußerungsformen der menschlichen Existenz durch das Bewußtsein vermittelt sind. Charakteristisch für das Bewußtsein ist seine Fähigkeit zur teleologischen Abstraktion. Sowohl das Bewußtsein, wie auch die Arbeit weisen eine teleologische Struktur auf. Der Sinn aller menschlichen Tätigkeit ist zu suchen in der Dienstbarkeit am Leben, dem Lebensgrund oder Eros. Das Wesen des Eros ist das irrationale Streben nach möglichst ungehemmter Befriedigung der erotischen Lebensbedürfnisse. Der Mensch neigt dazu, alle Hindernisse zu beseitigen, die diesem libidinösen Lebensvollzug im Wege stehen, er strebt nach Freiheit. Diesen Tatbestand bezeichnet Kofler als „anthropologische Dialektik der Freiheit". Sie impliziert zum einen, daß das menschliche Streben nach Freiheit und damit auch nach Emanzipation niemals endgültig und total zu unterdrücken ist, es gibt immer Widerstand und damit Hoffnung auf Veränderung. Auf der Ebene der Gesellschaftsanalyse bedeutet die Kopplung von teleologisch strukturierter Tätigkeit mit dem universalen menschlichen Streben nach Freiheit, daß dem Menschen möglicherweise mit seinem Arbeitsplatz auch seine Möglichkeiten zur Emanzipation genommen werden. Wenn auch die teleologische Struktur der menschlichen Tätigkeit nicht auf die zur gesellschaftlichen Reproduktion notwendige Arbeit beschränkt ist, sondern eine allgemeine Eigenschaft menschlichen Handelns überhaupt darstellt, so resultiert aus dem Verlust des Arbeitsplatzes doch oft eine Art allgemeine Handlungsunfähigkeit. Zum einen fehlt natürlich die materielle Grundlage, zum anderen aber auch die Orientierung und damit möglichen emanzipatorischen Bestrebungen die Richtung.

Das, was in der Literatur oft als „Aggressionstrieb" bezeichnet wird, entlarvt Kofler als das Resultat einer Verletzung des Eros, also des Strebens nach einem libidinösen Lebensvollzug. Folglich redet er auch nicht von einem universalen überhistorischen Aggressionstrieb, sondern lediglich von einer menschlichen Neigung zur Aggression. Diese Aggressionsneigung ist von den konkreten historischen Verhältnissen abhängig, d.h. vom Ausmaß der Verletzung des erotischen Strebens des Menschen. Erotik wird hier keineswegs auf Sexualität reduziert, sie bezeichnet vielmehr die dialektische Einheit der tätig-rationalen Komponente (Appollinische) mit der sinnlich-irrationalen (Dionysische) im Menschen. Aggression, und damit auch ihre Äußerungsformen wie Mord und Krieg sind also keineswegs das Schicksal des Menschen, sondern hängen eng mit der Entfremdung und ihrer Aufhebung zusammen. Von praktischer Relevanz ist diese Erkenntnis vor allem für die Friedensbewegung. Sie verweist darauf, daß der Kampf für Frieden und Abrüstung untrennbar mit einer Aufhebung der Entfremdung und damit allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden ist.

Entfremdung heißt für Kofler die Auflösung der ursprünglichen dialektischen Einheit von Appollinischem und Dionysischem, also der tätig-rationalen und der sinnlich-irrationalen Seite des Menschen. Historisch gesehen sind mit dem Entstehen der Klassengesellschaft die beiden Aspekte getrennt und in verzerrter Form den verschiedenen Klassen zugeordnet worden, der herrschenden das Dionysische, der proletarischen das Appollinische. Nun möchte ich die These aufstellen, daß für das weibliche Geschlecht diese Trennung zwei Aspekte hat, zum einen die Zuweisung beider Momente menschlicher Existenz zu unterschiedlichen Klassen, zum anderen aber auch eine geschlechtsspezifische Zuweisung. So steht auch noch in unserer Gesellschaft „tätig-rational" für männlich und „sinnlich-irrational" für weiblich. Diese Polarisierung bedeutet aber nun keineswegs eine Monopolisierung des Eros durch die Frauen sondern die Unterwerfung des Dionysischen unter das Appollinische auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse, und damit die Unterwerfung der Frau unter den Mann in allen gesellschaftlichen Klassen. Beide Aspekte gehören im Menschen aber untrennbar zusammen, die Aufhebung der Entfremdung setzt somit eine doppelte Synthese voraus.

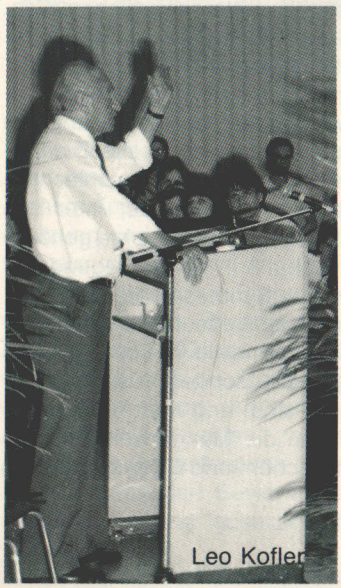
Für die Emanzipation der Frau würde dies bedeuten, daß die heute bestehenden Ungleichheiten nicht irgendwie im überzeitlichen mysteriösen Wesen der Frau begründet, sondern historisch bedingt und somit prinzipiell aufhebbar sind; und zwar nicht durch eine bessere Anpassung der Frau an die Männerwelt, sondern durch eine Vereinigung von Appollinischem und Dionysischem im Menschen schlechthin.

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen

Unter diesem Titel findet seit April '87 aus Anlaß des 80. Geburtstags Leo Koflers an der Ruhruniversität Bochum eine Vortragsreihe mit „Beiträgen zur marxistischen Theorie heute" statt.
Sie versucht sozusagen eine „Bestandsaufnahme" der aktuellen Probleme und theoretischen Konzepte der Linken (nicht nur) in der BRD und will damit einer Diskussion über linke Theorie und Politik nützlich sein.

Termine
(jeweils donnerstags 19 Uhr in H-GB 20):
29.10. Ernest Mandel (Brüssel), Die Dialektik von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Klassenkampf in der materialistischen Geschichtsauffassung
12.11. Siegfried Tornow (Berlin) Homosexualität und Politik in der Sowjetunion
26.11. Joachim Hirsch (Frankfurt) Das neue Gesicht des Kapitalismus
10.12. Ursel Schmiederer (Osnabrück) Rosa Luxemburg — Dialektik von Spontaneität und Organisation
14.01. Oskar Negt (Hannover) Titel steht noch nicht fest
28.01. Frank Benseler (Paderborn) Kritik der Avantgarde — Zur ästhetischen Theorie bei Kofler und Lukács
11.02. Frigga Haug (Hamburg) Feminismus und Marxismus

Marxistische Arbeitsgemeinschaft/Rote Studis Bochum c/o Christian Illian, Dorstener Str. 176, 4630 Bochum, Tel. 0234/52 39 85,


Leo Kofler

Heinz Brakemeier

„Ist die Zukunft noch zu retten?"

Zu Ossip K. Flechtheims neustem Buch

Ossip Flechtheim gehört zu den US-amerikanischen Begründern der — synthetischen — Wissenschaftsdisziplin „Futurologie". (Synthetisch, weil sie sich in besonderer Weise aus Elementen mehrerer Sozial- und auch Naturwissenschaften zusammensetzt.) Zurückgekehrt nach Deutschland, war er der Erste, der hier auf die Notwendigkeit einer solchen neuen Disziplin aufmerksam machte. Daß in der Gegenwart die Technik-Folgen-Forschung so aufwendig betrieben werden kann, verdankt sie auch dem frühen Wegbereiter Ossip Flechtheim.

Schon dieses Verdienst rechtfertigt, daß der Verlag diesen Autor dazu brachte, eine zusammenfassende Darstellung der Fragen, Prognosen und Antworten zu formulieren, die jene Wissenschaft zur Diskussion und Rezeption stellt, indem sie fragt, ob die „Zukunft noch zu retten" ist.
Heute, 1987, ist es nicht Originalität, was diese neue Publikation des Autors auszeichnet. Es ist auch nicht so sehr ein Buch für Fachleute der einen oder anderen Teildisziplin im heutigen Wissenschaftsbetrieb, trotzdem auch ein Buch für Wissenschaftler, wenn sie nicht Fachidioten werden oder bleiben wollen. Und es ist ein Buch für den gebildeten oder bildungsbedürftigen Laien; insbesondere für den, der eingesehen hat, daß Wissenschaft und Politik keine bloße Sache von Fachleuten bleiben oder — wieder — werden dürfen. Gerade für diesen Menschen kann es das Handbuch werden, das ihm Gründe liefert und Entscheidungshilfen anbietet, wenn und wo er eingreifen will, um die „Zukunft . . . zu retten". Flechtheim weist sich erneut als Kritiker der Gegenwart aus. Aber in den Antworten auf die Frage, wie das Rettende beschaffen sein müsse, läßt er nicht nur seine Ideen, sein Ideal, zu Wort kommen, sondern unterschiedliche und gegensätzliche Denkungsarten. Wichtiger als diese Toleranz aber ist der quasi Handbuchcharakter des Werkes. Es bietet notwendige deduktive Begründungen und es bietet Zahlen und andere empirische Fakten in einer Fülle an, die eindrucksvoll ist — aber nicht in einem Umfang, der dem Laien das Empfinden verschafft, in einer Informationsflut zu ertrinken. Wegen all dieser Eigenschaften ist es nach meiner Literaturübersicht ein Buch, welches eine Lücke auf dem Markte füllt.
Für mich, den einst eifrigen Hitlerjungen und Hitler-Soldaten, ist noch mehr als der Befehl und die Bereitschaft, im August 1945 Atombomben auf japanische Städte zu werfen, „Auschwitz" als Möglichkeit menschlichen Handelns zum „größten Einschnitt in der Geschichte der Menschheit" geworden. Für den antifaschistischen Flüchtling aus Deutschland und einstigen geförderten US-Bürger ist es dagegen „Hiroshima und Nagasaki".
Das schreibt er in der Einleitung seines Buches. Obwohl sie von vielen verdrängt wurde — besonders als 1969 ein US-Bürger auf dem Mond landete, nahm danach die Furcht vor Krieg, Zerstörung, Untergang und Elend wieder zu, schreibt Flechtheim. Und schon hier sagt er allgemein, was Rettung verspricht: Wir müssen unsere Institutionen ändern. Wir müssen Wissenschaft und Technik in andere Kanäle lenken. Das setzt voraus, daß der Mensch sich selbst ändert: er braucht eine möglichst genaue Kenntnis von der Zukunft sowie Mut und Willen, „eine Entwicklung aufzuhalten, die uns morgen vernichten könnte." Hier hätte ich gerne hinzugefügt, daß das die sozialen Typen von Menschen in ihren unterschiedlichen Gruppen in je verschiedener Weise ausbilden und gelten lassen müßten.

„Der Griff nach der Zukunft"

Unter „Der Griff nach der Zukunft" referiert Flechtheim in dem Unterkapitel „Der Mensch — ein zwiespältiges Wesen", was Geschichtswissenschaft und dann Anthropologie, Ethnologie, Soziologie und Psychologie an Antworten zulassen, wenn gefragt wird, ob „der Mensch" sich verändern kann, ob er überhaupt lernfähig ist. Die anthropologische Kategorie „Offenheit" ist danach für das Gattungswesen „Mensch" die treffendste — und nicht solche moralphilosophischen oder theologischen Bestimmungen wie „gut" oder „böse".
Wenn Arbeit, Sprache, Liebe und Intelligenz in der Lehre vom Menschen als Auszeichnung menschlichen Lebens gelten, dann können für Flechtheim Gewalt, Macht und

Herrschaft zwar Extrementwicklungen von Charakteren und Institutionen werden, sind aber kaum ungebrochen auf große Dauer zu stellen. Unübersteigbar bleibt für Flechtheim nur der Tod — auch als stets gegenwärtiges Bewußtsein. Hier referiert Flechtheim die jüngere Philosophie.

„Zur Schlüsselrolle der Geschichte" sagt er im nächsten Unterkapitel, daß die Fachwissenschaft Geschichte zwar die Geschichtsphilosophie hinter sich gelassen habe und deshalb nur die Vergangenheit als ihren Gegenstand gelten lassen wollte. Rankes „Wie es denn gewesen ist" drückt sowohl besonders prägnant das Gegenstands- und Methoden-Verständnis aus, das diese Fachwissenschaft sich selbst zuschrieb. Zusammen mit ihrer Annäherung (insbesondere) an die Soziologie gewann in ihr dann aber der Mut an Boden, Blicke in die Zukunft zu richten.

In den folgenden Unterkapiteln „Futurologie und Futuristik", „Prognostik", „Planung" und „Die drohende Megakrise — Einsicht und Mahnung" stellt Flechtheim die Futurologie als Wissenschaft vor. Auch ihre Methoden werden darin kurz benannt. Zusammengefaßt heißt es an einer Stelle: „Die Futurologie besteht aus Futuristik, Prognostik und Planung. Die Futuristik wiederum umfaßt die Philosophie, die Politik und die Pädagogik der Zukunft." Im letzten Unterkapitel über die drohende „Megakrise" bereitet Flechtheim die Diskussion der Themen vor, die er unter der Frage nach dem richtigen Handeln der Menschen an die Stelle der Lehre von den sieben Todsünden der katholischen Theologie in das Zentrum rücken möchte:

In dem 2. Teil „Die sieben existentiellen Herausforderungen" sind es in sieben Unterkapiteln „Rüstungswettlauf und Krieg", „Bevölkerungsexplosion und Hunger", „Bedrohung und Zerstörung der Umwelt", „Wirtschaftskrise und Überplanung" (letzteres auf den „Real-Sozialismus" bezogen), „Demokratiedefizit und Repression", „Kulturkrise der Familie und Identitätsverlust des Individuums".

Oft verbunden mit kurzen Aufrissen der Geschichte des jeweiligen Problems bietet dieser zweite Hauptteil insbesondere mit Zahlen und Fakten die empirischen Befunde dar, die die „Herausforderung" ausmachen; einschließlich der Funktion solcher Ideologie (falsches Bewußtsein der Realität — oft aufgrund von täuschend notwendigem Schein entstanden; vermittels selbsttäuschender Sprachschöpfungen), welche angemessenes Problembewußtsein erschweren. In das Zentrum rückt hier offenbar besonders das geltende Demokratie-Verständnis. Von seinem griechischen Ursprung her als Herrschaft des Volkes verstanden, sieht Flechtheim es unüberbietbar sowohl durch Proudhon (von dem Marx inspiriert wurde) als auch Lincoln weiterbestimmt: Regierung des Volkes, durch das Volk für das Volk, sagte Lincoln! Und die radikal-demokratische Tradition der Großen Französischen Revolution in der Losung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entwickelte Proudhon so weiter, daß Flechtheim ihn wie folgt zitieren kann: „Vom sozialen Standpunkt sind Freiheit und Solidarität identische Ausdrücke; indem die Freiheit eines jeden in der Freiheit anderer nicht, wie die Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers von 1793 sagt, eine Schranke, sondern eine Hilfe findet, ist der freieste Mensch derjenige, welcher die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat." Auf der Basis der Grundeigenschaften des Menschen (s. oben) hält Flechtheim ein solches Gemeinwesen für realisierbar. Um die sieben existentiellen Herausforderungen zu bestehen, ist eine so verstandene Demokratie wohl notwendig.

„Die Qual der Wahl"

Angelehnt an B. Russell, M. Markovic und J. Robertson, die drei, zwei oder fünf mögliche Szenarien oder Modelle futurologisch konzipiert haben, erinnert Ossip Flechtheim an die von ihm erhellten drei Szenarien, die zukünftig realisierbar sind: zwei negative und ein drittes, welches „wünschenswerte Zukunft" wäre. Das erste Szenario wäre, wenn nicht Auslöschung des menschlichen Lebens, jedenfalls ein Rückfall hinter alle humanen Errungenschaften von Hochkulturen: also Rückfall in ein Steinzeitalter oder in ein neues „Finsteres Zeitalter", vergleichbar den ersten Jahrhunderten nach dem Ende der Antike. Die drei Varianten des zweiten Szenarios sind hier nach Flechtheims Voraussicht der totale Überwachungsstaat (wie ihn Orwell und Huxley ausgemalt haben), ein Neo-Cäsarismus oder (gemäß Robertson) Verharren in der schlechten Gegenwart mit schleichender Verschlechterung und immer neuen kritischen Konvulsionen in einer „Dauerkrise" des „Industrialismus".

In der Abwehr solcher negativen „Zukünfte" könnten Schritte zu einer „wünschens- und lebenswerten Zukunft" getan werden: Gewaltfreier Austrag sozialer Konflikte, Überwindung der Gegensätze von (westlichem) Kapitalismus und (östlichem) Etatismus, technischem Gigantismus und primitiver Rückständigkeit, Abbau zentralisierter Staatsgewalten zugunsten kleinerer Selbstverwaltungsorganisationen der Gesellschaft einerseits und Weltföderation andererseits, größere Gleichheit in der Weltwirtschaft, mehr Bürgerautonomie, Mehrheiten und Minderheiten in Vertretungskörperschaften, die demokratisch und solidarisch miteinander umgehen, genossenschaftliche, wenn auch rational-funktionale Leitung gesellschaftlicher Prozesse!

Privilegien aufgrund von Geburt, Status oder Vermögen könnten ebenso verschwinden wie stehende Heere, bewaffnete Polizeitruppen und Gefängnisse. Weniger konsumtive kompensatorische Bedürfnisse bei mehr emanzipatorischen Bedürfnissen könnten mit fortschreitender Verkürzung der Wochen- und der Lebens-Arbeitszeit verbunden werden. Umweltverträgliche Techniken und größere Langlebigkeiten von Gebrauchsgegenständen sind möglich.

„Der dritte Weg", wie ihn Flechtheim im nächsten Unterkapitel vorschlägt, soll eine Synthese von sozialistischen und demokratischen Elementen sein. Flechtheim erinnert an das Ahlener Programm der CDU, das noch immer nicht vergessen sei. Den Terminus Sozialismus verbindet er mit „Global-", „Human-" und „Öko-". Er verweist auf das Programm der tschechischen Partei von Masaryk und Beneš im Jahre 1945, auf den „Prager Frühling" von 1968, auf den libertär-sozialistischen Weg im spanischen Katalanien 1936, ebenso in Aragonien, der Levante und Teilen Andalusiens; Wege, die dann entweder vom stalinistischen Kommunismus oder vom faschistisch-reaktionären Francismus beendet wurden.

Zu den heutigen Vertretern eines dritten Weges zählt er auch die Trotzkisten, libertäre Anarchisten, Syndikalisten, sozialistische Pazifisten, humanistische und christliche Sozialisten. Auch die linken Flügel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Europa gehören dazu; ebenso die heutigen Eurokommunisten.

Die Partei der „Grünen" gilt Flechtheim gegenwärtig wohl als der markanteste Bereiter eines „dritten Weges". Aber er akzeptiert auch anthroposophische Lehren und Einrichtungen. Eine „Zivilisation der Barmherzigkeit" forderte jüngst der evangelische Kirchentag in Frankfurt. Flechtheim sprach dort! Vielmehr unmittelbare Demokratie [illegible] ein System von Bürgerbeauftragten gehören für den Autor dazu. Im heutigen Europarat sieht er einen welt-föderativen Fortschritt, auf den auch die UNO gebracht werden müßte — und der als Weg fortzusetzen wäre, indem weitere staatliche Kompetenzen dorthin gegeben würden.

„Gewaltlos gegen Gewalten"

Im letzten Unterkapitel beschreibt Flechtheim zunächst ein Dilemma: Wissende Minderheiten stehen oft Mehrheiten gegenüber. Heute müßte jede Mehrheit wissen, daß alle in dem oft berufenen „einen Boot" sitzen, in dem Gewalt zum Untergang aller führt. Aber sie ist vielfach strukturell daran gehindert, das in der Weise zu wissen, daß sie daraus die Konsequenz der Gewaltlosigkeit zieht. Auch die Mehrheiten in den Extremgruppen der besonders Privilegierten und der besonders Armseligen sind so borniert. (Militärische) Gewalt kann heute schnell dahin führen, daß alle und alles vernichtet werden.

Darum hält Flechtheim es für das wichtigste Prinzip wissender und revolutionär gesonnener Minderheiten, daß „auf jegliche Form physischer Gewaltsamkeit" verzichtet wird. Im gewaltfreien Widerstand gegen Unrecht, Unterdrückung und negative „Zukünfte" sieht Flechtheim eine Synthese von „revolutionärer Gewaltsamkeit und quietistischem Legalismus." Gewaltfreiheit kann aber an Grenzen stoßen und zum Widersinn werden. Flechtheim verweist auf das Warschauer Getto 1943! Hier mag die Gewalt dann doch nach äußerst kritischer Prüfung und öffentlich begründet als Extremfall gerechtfertigt sein.

Wie groß sind die Aussichten für das Rettende? Nicht sehr groß! Der Atomphysiker Szilard hat nach seinen Erfahrungen mit politischen Mächten erklärt, daß er mit 85 % Wahrscheinlichkeit auf „den gewaltsamen Untergang" rechne. Er lebe und kämpfe aber trotzdem für die verbleibenden 15 %. Ossip Flechtheim sagt uns, daß die Futurologie mit überraschenden Wendungen rechnen kann. 1967 hat kein tschechischer Reformer den „Prager Frühling" von 1968 vorausgesehen. Noch am Tage vorher war die nationale und internationale Öffentlichkeit nicht darauf gefaßt, daß das Militär in Portugal die portugiesische Militärdiktatur im Jahre 1974 stürzen würde.

Ossip K. Flechtheim, Ist die Zukunft noch zu retten? Hoffmann und Campe, 34,— DM

Termine

„Die neue Unübersichtlichkeit in der Gewerkschaftsdiskussion"

Seminar des Arbeitskreises ‚Gewerkschaften' der GFP
Themen: Entwicklung/Erweiterung einer (produktiven) kritischen Gewerkschaftsöffentlichkeit (H. Schauer)
Droht eine „Amerikanisierung" der deutschen Gewerkschaften?
Sozialstaat — Wertkonservative — Wertorientierung
Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen, neue Bewegungen
Termin: 9. - 11.10.1987
Beginn: 9.10., 18 Uhr
Ort: Heimvolkshochschule Springe, Otto-Wehner-Str. 4, 3257 Springe/Deister 1,
Tel. 05041/30 07. Springe ist mit öffentl. Verkehrsmitteln, S-Bahn ab Hannover zu erreichen.
Anmeldung und Information: Gesellschaft für Forschung und internationale Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e.V., M. Heckenauer, Burgherrenstr. 11, 1000 Berlin 42,
Tel.: 030/786 72 24

BUKO: Bündnistreffen

Wir schlagen vor, im Vorfeld der IWF-Tagung, ähnlich wie beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, einen Kongreß zu organisieren, auf dem die Betroffenen der IWF-Politik, der Konzern- und Bankenstrategien in der Peripherie und den Metropolen zu Wort kommen sollen. Anschließend an den Kongreß soll eine bundesweite Großdemonstration bei Beginn der Jahres-Tagung in West-Berlin stattfinden als Auftakt vielfältigster Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen während der Jahrestagung. Deshalb ruft der BUKO zu einem ersten bundesweiten Treffen auf.
Termin: 17.10.1987
Beginn: 11 Uhr
Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1, Frankfurt/M. 1
Information: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56

Linke Politik — linke Bewegung Warum geht eigentlich nichts mehr?

Diskussionsveranstaltung der Gruppe „Kontrovers — Treffpunkt für einen kritischen linken Dialog" Schwäbisch Hall, mit Helmut Schauer
Termin: 22.10.
Beginn: 20 Uhr
Ort: Forum Schwäbisch Hall
Information: Rolf Läpple, Eschenau 73, 7175 Vellberg

„links"-LeserInnen-Kreise

In einigen Städten der BRD haben sich „links"-LeserInnen-Kreise gebildet oder wollen sich welche bilden. Dabei handelt es sich nicht um „Lesezirkel", die dem tieferen Sinn einzelner „links"-Artikel nachgehen wollen. Vielmehr sollen sich mit den LeserInnen-Kreisen Diskussionszusammehänge unter „links"-Leserinnen und Lesern entwickeln, die über das Geschäft der Tagesaktualität hinausreichen und Kontakte und einen politischen Gedankenaustausch ermöglichen. Gerade in einer Situation, in der viele vermeintliche Gewißheiten fragwürdig und die aktuelle Gestalt sozialistischer Theorie und Politik zunehmend unklarer geworden sind, wird die Belebung einer solchen politischen Diskussionskultur immer wichtiger.
Kontaktadressen:
Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Karlsruhe: Lena Khuen-Belasi, Helmholtzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Weitere Kontaktadressen und nähere Informationen über das Offenbacher Büro des SB, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

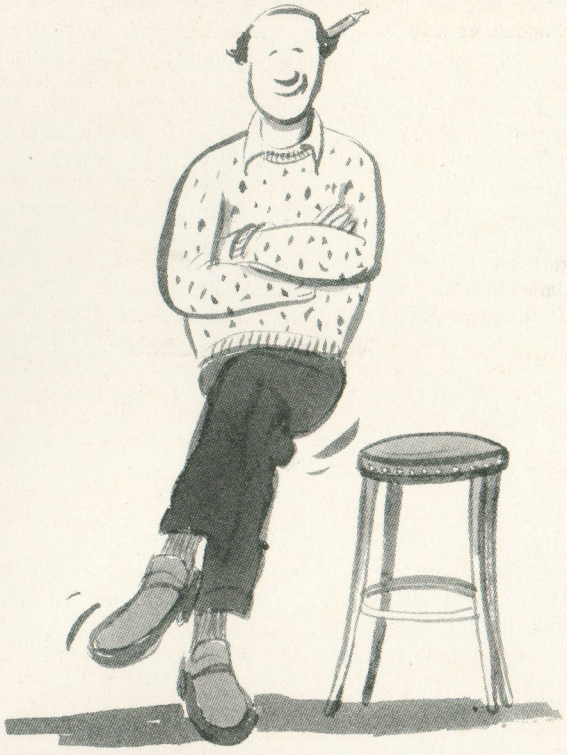
Republikanische Clubs „i.G." (in Gründung)

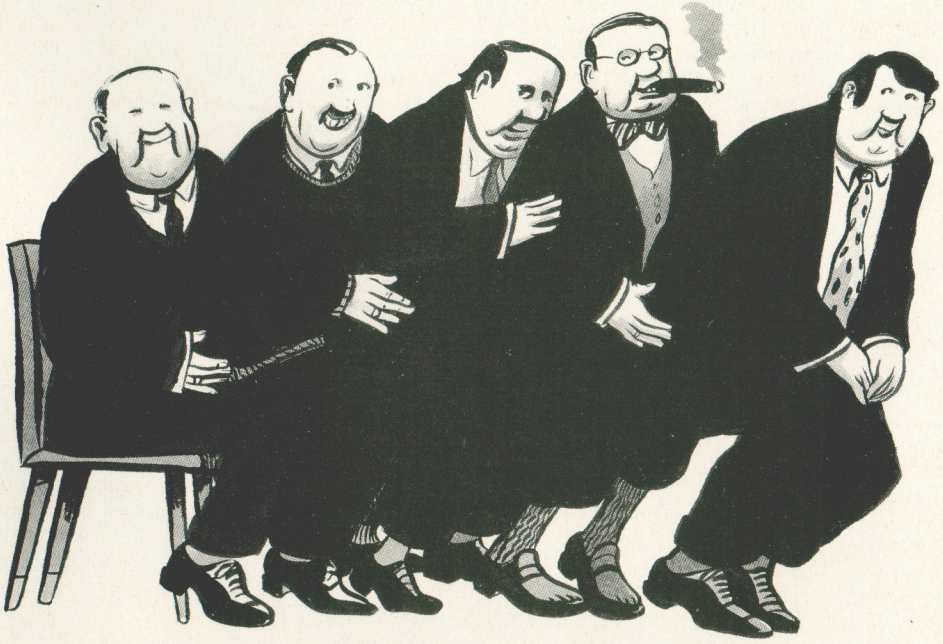
Bereits im Vorfeld des „Prima-Klima"-Kongresses im November letzten Jahres war gemunkelt worden, die „SDS-Veteranen" wollten die Neue Linke reorganisieren und zur Gründung von „Republikanischen Clubs" aufrufen. Zwar blieb der erwartete und von manchen erhoffte Aufruf aus, doch schritten rund ein halbes Jahr später **Berliner** Altgenossen zur Tat und starteten zwanzig Jahre nach der Gründung des ersten „Republikanischen Clubs" einen neuen Versuch. Die „Wessis" in der BRD erfuhren davon erst aus der „Zeit" und auch das nur einmal. 350 sollen dagewesen sein. Viel mehr weiß man nicht, außer, daß in der Zwischenzeit weitere Treffen stattgefunden haben.
Fast zur gleichen Zeit lud die SB-Gruppe **Essen** zu einem Treffen ein, um, wie es im Einladungstext heißt, „die Gründung eines Republikanischen Clubs zu prüfen und/oder vorzuplanen."
Seit Juni trifft sich regelmäßig ein Kreis von ca. 15 bis 20 Leuten unter dem — noch zu revidierenden — Arbeitsgruppentitel „Republikanischer Club in spe". Bei den ersten Treffen konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage „Ist die Neue Linke tot?" Die Frage ist nicht nur deshalb aktuell, weil die Aufklärungsarbeit, das Konzept der Gegenöffentlichkeit und die Festsetzung emanzipatorischer Ziele an Ausstrahlungskraft verloren zu haben scheinen, sondern auch, weil der Zerfall sozialer Beziehungen innerhalb der Linken, sowie die Zerstörung und Selbstzerstörung von Individuen real ein Problem geworden sind.
Nach einer gut besuchten Veranstaltung mit Detlev Claussen zu oben genanntem Thema will der Kreis im Herbst verstärkt den Diskussionsschwerpunkt auf das Problem der Entsorgung der Geschichte, sowie die Gefahr des kollektiven Gedächtnisverlustes anläßlich der Historisierung des Nationalsozialismus verlagern. Diskutiert werden soll weniger der akademische Streit, als vielmehr der politische Horizont der sogenannten Historikerdebatte.
Der ‚Republikanische Club in spe' trifft sich 14tägig (Do., 19 Uhr) in der Zeche Carl, Hömannstr. 10, Essen.
Die nächsten Termine sowie aktuelle Informationen sind zu erfahren bei:
Paul Ciupke/Hum. Union, Tel. 0201/22 79 82,
Andreas Hess, Liebigstr. 55, 43 Essen, Tel. 0201/74 20 00

Erfolgreiche Sommerschule

„Presse hatten wir noch nie!" — bei der Straßentheater-Sommerschule. Das ist allerdings nicht die einzige Veränderung im Laufe der Jahre.
Zum fünften Mal haben wir diese 10 Tage dauernde Sommerschule gemacht. Spannend und produktiv war es immer. Jedesmal waren Menschen mit ganz unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen mit Theaterspielen, Pantomime, Akrobatik, Musik und Kabarett dabei; immer auch welche, die so etwas zum ersten Mal ausprobierten. Und jedesmal gingen wir am Ende auch mit unserem „Produkt" auf die Straße.
Die Veränderung in den letzten beiden Jahren war, daß wir gezielt an Orte gegangen sind, wo e[illegible] nen aktuellen Konflikt gab [illegible]d Gruppen, mit denen wir zusammenarbeiten konnten. 1986 waren wir im Wackerland, haben bei Menschen aus dem WAA-Widerstand gewohnt und unsere Auftritte im Zusammenhang mit den Bls geplant.
In diesem Sommer hatten wir uns das Ruhrgebiet auserkoren, da es kaum ein Problem gibt, das dort nicht akut ist. Wichtig war uns auch, ein Thema aus der Arbeitswelt zu bearbeiten. „Dankenswerterweise" hatte Thyssen rechtzeitig einen gewaltigen Arbeitsplatzabbau bei der Henrichshütte in Hattingen geplant, Politiker dumme Vorschläge gemacht und es gibt einen breiten Widerstand. Wir nahmen Kontakt auf zum Hattinger Frauenkomitee, besorgten uns Unterlagen und hatten genügend Material, um mühelos ein — wie meinen — gutes Programm auf die Straße zu bringen. Die Frauen waren von unserer Unterstützung so begeistert, daß sie uns gleich nochmal für einen Auftritt im „Dorf des Widerstands" im September „engagierten" (200 Mark aus dem Erlös dieser Veranstaltung konnten an den „Arbeitersolidaritätsfonds" gespendet werden!).
Auch das Interesse der „Hattinger Zeitung", der WAZ, verdanken wir der Zusammenarbeit mit dem Frauen-Komitee.
In Zukunft wollen wir deshalb versuchen, die Straßentheater-Sommerschule in enger Verbindung mit örtlichen Gruppen zu machen. Leider müssen wir den Ort ein halbes Jahr vorher festlegen, da wir rechtzeitig ein Tagungshaus finden und das Sommerschul-Programm veröffentlichen müssen. Vielleicht liest diesen Artikel eine Gruppe oder Initiative, die uns im nächsten Sommer „haben" möchte. Ein Anruf genügt bei **Sonja Tesch, Tel. 040/51 58 69.**

Lieber mal daneben...





... als immer da, wo sie alle hocken.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„... kopflastig, nicht radikal genug, zu nachdenklich, zu sozialdemokratisch, zu grün, zu abwartend, ohne klare Linie, traditionalistisch, zu basisfern ...“
— der express seit 1972.
Voll daneben! Eben.

Das Fest zum Jubiläum: 15 Jahre express — seit 1972
Am 7. und 8. November 1987 in Frankfurt im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Lessingstr. 2
Beginn Samstag 14.00 Uhr, Sonntag 10.00 - 13.00 Uhr Frühschoppen
Ein Fest der Gewerkschaftslinken mit den LeserInnen des express und u.a.:
Klaus W. Kowol, Oskar Negt, Helmut Schauer, Rainer Zoll
Diskussionen, Vorträge, Kabarett, Musik, Ausstellung, Essen, Trinken, Reden, Klönen
Information und Anmeldung: express-Redaktion, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

N12

1
[redacted]
D 2800 Bremen 01

Soziale Konflikte

Rolf Bach
Gekaufte Kinder
Babyhandel in der Dritten Welt
(5737)

Petra K. Kelly (Herausgeberin)
Viel Liebe gegen Schmerzen
Krebs bei Kindern (5912)

Frank Matakas
Sprünge in der Seele
Psychische Erkrankungen und was man dagegen tun kann
(4831)

Signe Seiler
Die GIs
Amerikanische Soldaten in Deutschland
(5541)

Christine Swientek
«Ich habe mein Kind fortgegeben»
Die dunkle Seite der Adoption (5119)

Herausgegeben von Freimut Duve

aktuell rororo

5633

5741